kommunistische hochschulzeitung

März 74 Herausgegeben von der Marxistisch - Leninistischen Studentenorganisation / Wien (MLS) 3. Jg./Nr. 2

INHALT:

Die Unruhe auf der Hochschule wächst

Der bürgerliche Staat und seine Agenten auf der Hochschule haben sich bereits über ihre nächsten Aufgaben auf den Hochschulen geeinigt. Sie wollen die Formierung der Hochschulausbildung fortsetzen, die Hochschulreform entscheidend weiterbringen. Dazu planen sie im nächsten Semester, eine Unzahl von Studienordnungen zu beschließen und viele Studienpläne in Kraft zu setzen. Dabei geht es dem kapitalistischen Staat darum, die Hochschulausbildung fest in den Griff zu bekommen und die politische und ideologische Herrschaft über die Studenten aufrecht zu erhalten.
Während die Interessen der Bourgeoisie in jeder Hinsicht darauf hinauslaufen, ein geregeltes und geplantes Studium zu gewährleisten, jedes Anzeichen von Unruhe auf der Hochschule zu unterdrücken, wächst die Zahl der Studenten, die die bürgerliche Wissenschaft und Ideologie in Zweifel ziehen, die die reaktionären Maßnahmen der Kapitalisten ablehnen. Der Widerstand ist aber noch nicht so weit angewachsen, daß es zu offenen Auseinandersetzungen zwischen dem bürgerlichen Staat und der breiten Masse der Studenten gekommen wäre. Auf allen Instituten aber, wo sich eine Bewegung entwickelt hat, hat sich der reaktionäre Charakter der kapitalistischen Hochschulreform offen gezeigt. Fortschrittliche

Fortsetzung auf Seite 2

Aufbau des Sozialismus in der VR China

POLITISCHER MASSENKAMPF ZUR TIEFGEHENDEN KRITIK AN LIN BIAO UND KONFUZIUS

In der VR-China, in der die Arbeiterklasse gestützt auf das feste Bündnis mit den Bauern die politische Macht innehat und unter der Führung der Kommunistischen Partei den Sozialismus aufbaut, ist zur Zeit ein äußerst heftiger Kampf gegen die Bourgeoisie im Gange. Es handelt sich dabei um eine durchgreifende Revolution auf ideologischem Gebiet, die der Erziehung der Massen im Geist der proletarischen Weltanschauung und der politischen Linie der Partei dient. Die KP-Ch betrachtet diesen Kampf - der von Vorsitzendem Mao Tsetung persönlich eingeleitet wurde - als eine Angelegenheit von erstrangiger Bedeutung für die Konsolidierung der gewaltigen Erfolge der Großen Proletarischen Kulturrevolution, für die Festigung der Diktatur des Proletariats und für die Verhinderung einer kapitalistischen Restauration. Die breiten Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten haben sich voll und ganz in diesen Kampf geworfen und bilden die Hauptkraft der Bewegung.



Sie wissen aus eigener Erfahrung: die politische Linie entscheidet alles

Lin Biao - ein Renegat und Verschwörer

Der Inhalt dieser breiten politischen Massenbewegung besteht in der Weiterführung und Vertiefung der Kritik an Lin Biao. Nachdem Lin Biao auf seiner Flucht in die Sowjetunion durch einen Flugzeugabsturz in der Mongolischen Volksrepublik ums Leben gekommen war, führte die gesamte Partei und die breiten Massen Diskussionen über die bürgerliche Linie Lin Biaos durch, in deren Verlauf sie noch gründlicher den Marxismus-Leninismus und die Mao Tsetung-Ideen als Waffen gegen die Bourgeoisie anzuwenden lernten. Ideologisch, politisch und organisatorisch wurde in ganz China mit Lin Biao und seinesgleichen abgerechnet.

Fortsetzung auf Seite 6

Studenten wurden mit Hilfe der Zulassungsbeschränkungen vom Besuch gewisser Lehrveranstaltungen ausgeschlossen, die Anfänger sollten durch die Regelung des Studienablaufs gehindert werden, die Ausbildung und Wissenschaft in Frage zu stellen, sie sollten sich in Hilfswissenschaften verlieren und sich schrittweise das reaktionäre Geschwätz aneignen, um es bei den regelmäßigen Klausuren wiederzugeben. Sie sollten durch die Prüfungsmethoden eingeschüchtert werden. Alle diese Maßnahmen konnten aber nicht verhindern, daß die Studenten der verschiedensten Studienrichtungen begonnen haben, die bürgerliche Wissenschaft zu kritisieren. Sie werfen die Frage auf, wozu diese Wissenschaft dient, für wen sie ausgebildet werden. Viele Studenten erkannten, welche Rolle die Wissenschaft, welche Rolle sie selber in der bürgerlichen Gesellschaft spielen werden. Darüber wollten sie und werden sie mit den Kollegen in den Lehrveranstaltungen diskutieren. Die Verbreiterung der antiimperialistischen Solidaritätsbewegungen führte dazu, daß die fortschrittlichen Studenten das imperialistische, chauvinistische Wesen vieler bürgerlicher Theorien erkennen konnten. Ein ständiger Quell von Unruhe und Empörung unter den Studenten sind die Erziehungs- und Entwicklungstheorien, deren reaktionärer Charakter für jedermann offensichtlich ist, der mit offenen Augen durch die kapitalistische Gesellschaft geht. So erkennen die Studenten die Verlogenheit und Verkommenheit dieser Wissenschaft und Ausbildung und suchen nach einer anderen Wissenschaft und Ausbildung.

Gerade weil sie begannen, sich mit dieser Ausbildung auseinanderzusetzen, gerieten sie in Widerspruch zu den Maßnahmen des bürgerlichen Staats, die darauf hinzielen, eine solche Auseinandersetzung zu verhindern und zu unterdrücken. Der einzige Weg auf dem der bürgerliche Staat die unangefochtene Herrschaft der Bourgeoisie auf der Hochschule wiederherstellen kann, ist der administrative Weg, der Weg der Reglementierung und Formierung des Studiums. Für die fortschrittlichen Studenten wird so das Klasseninteresse der Bourgeoisie immer klarer, die Entstehung einer Bewegung der Kritik und Entlarvung der Ausbildung von vornherein zu verhindern.

Den Kampf auf der richtigen Linie führen!

Die zusätzlichen Scheine, die Klausuren, gegen die sich der Unmut der Studenten zunächst richtet, ebendas, was vordergründig als Leistungsdruck erscheint, ist nichts anderes als ein Mittel, die bürgerliche Wissenschaft unter möglichster Umgehung von Fragen und Kritik in die Köpfe der Studenten zu bringen. Deshalb dürfen wir den Kampf auch nicht gegen den Leistungsdruck an sich richten, sondern müssen stets darauf achten, die kapitalistische Ausbildung selbst im Kampf zu entlarven. Wenn wir die Aufmerksamkeit der Studenten auf die Erhöhung der Anforderungen konzentrieren, dann heißt das, daß wir uns selber noch nicht klar waren über den Charakter der Verschärfungen und die richtige Linie im Kampf dagegen. Der Kampf gegen Verschärfungen der Studienbedingungen an sich läuft darauf hinaus, die Studenten für eine Reform der Ausbildung gewinnen zu wollen, die ihnen einen möglichst leichten und reibungslosen Studienablauf sichert, also den Kampf gegen die Maßnahmen der Bourgeoisie zu einem bloßen Kampf für die nächsten Interessen der Studenten zu machen. Diese Orientierung führt unweigerlich zum Ausgleich mit dem bürgerlichen Staat, zur konstruktiven Mitarbeit an der kapitalistischen Hochschule. Auf gar keinen Fall ist sie geeignet, dem tiefen Unbehagen vieler Studenten über die Ausbildung die einzig fortschrittliche Perspektive zu weisen: Nämlich die der sozialistischen Umwälzung, die Ausbildung und Wissenschaft in den Dienst des Volkes stellen und damit die Intellektuellen aus ihrer entwürdigenden Lage befreien wird, Lakaiendieste für eine völlig überlebte und verfaulende Klasse leisten zu müssen. Es war ein schwerer Fehler unserer Politik im letzten Herbst (im Dezember begannen wir diesen Fehler zu korrigieren), daß wir solchen Tendenzen nicht nur nicht entgegengetreten sind, sondern in einigen Fällen solche Forderungen aktiv unterstützt haben.

Forderungen wie die nach mehr Sezierplätzen auf der Medizin wurden einfach zu demokratischen erklärt, indem sie unter die allgemeine Forderung "Freier Zugang zu allen Bildungseinrichtungen" (einschließlich der Hochschule) gestellt wurden. Dem liegt jedoch ein ganz grobes Mißverständnis zugrunde: die Forderung nach freiem Zugang zu allen Bildungsstätten auch auf die Hochschule zu beziehen, bedeutet die Hochschulausbildung als allgemeines Recht jedes Staatsbürgers zu proklamieren. Die Hochschule stellt aber eine Sondereinrichtung der bürgerlichen Klasse zur Erhaltung ihrer Herrschaft dar. Sie dient dazu, Funktionäre der Bourgeoisie für die Profitproduktion, den Staatsapparat und die diversen ideologischen Apparate auszubilden. Sie ist also ihrem Wesen nach eine Einrichtung für wenige.

Dieser Einrichtung nun das allgemeine Recht auf Ausbildung gegenüberzustellen, bedeutet ihre Abschaffung als Sondereinrichtung fordern. Die Hochschulen werden aber solange als Sondereinrichtung nicht verschwinden, als die Trennung von Hand- und Kopfarbeit nicht endgültig aufgehoben ist, als als der Prozeß der Vergesellschaftung der Wissenschaft nicht völlig abgeschlossen ist. Das wird erst auf einer fortgeschrittenen Stufe des sozialistischen Aufbaus der Fall sein. Dementsprechend hat das Proletariat keine anderen Interessen gegenüber der Hochschule als diese der großen Mehrheit der Bevölkerung dienstbar zu machen, diese ebenso wie die Wissenschaft den Bedürfnissen des sozialistischen Aufbaus unterzuordnen. Solange aber die Kapitalisten die politische Macht innehaben, und die Sondereinrichtung Hochschule ihnen dient, steht die Hochschule als Institution dem Proletariat feindlich gegenüber, und das Proletariat muß gegen diese Institution kämpfen. Versucht man nun trotzdem, dieser Einrichtung gegenüber ein allgemeines Recht auf Ausbildung geltend zu machen, wird man praktisch-politisch im reformistischen Sumpf enden. Man kann dann erstens der entscheidenden Aufgabe, die fortschrittlichen Studenten für die demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse zu gewinnen nicht mehr nachkommen und wird zweitens den Kampf um Rechte auf der Hochschule selbst auf einer falschen Linie führen.

Die Arbeiterklasse und die Kommunisten können die Studenten nur für die proletarische Revolution gewinnen, wenn es ihnen gelingt, sie in den Kampf um die Volksrechte gegen den bürgerlichen Staat, in den Kampf um die demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse einzureihen. Soweit nun die Studenten nur gegen die Zustände auf der Hochschule protestieren und ankämpfen, kämpfen sie gerade noch nicht für allgemein demokratische Rechte des Volkes. Die Kämpfe für freie Diskussion und freie politische Betätigung beziehen sich auf eine Sondereinrichtung, sie sind Kämpfe um Rechte für Angehörige einer Sondereinrichtung und nicht für das ganze Volk. Die Studenten nehmen für sich unter besonderen Bedingungen politische Rechte in Anspruch. Wenn man das schon für den Kampf um allgemein demokratische Forderungen der Arbeiterklasse hält, dann stellt sich gar nicht mehr die Aufgabe, die Studenten über den Kampf um solche akademische Rechte hinauszutreiben und sie als Teile des Volkes für die ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft zu gewinnen. Die Kämpfe der Studenten bleiben dann in ihrer Besonderheit isoliert und sich selbst überlassen, sie werden sich ständig im Kreise drehen und sich schließlich erschöpfen. Man kann dann auch die Kämpfe der Studenten um Rechte auf der Hochschule nicht mehr korrekt führen. Die Kommunisten müssen diese Kämpfe unterstützen und anführen: sie führen sie aber einzig und allein zu dem Zweck, um auch an der Sondereinrichtung Hochschule freien Raum für den ideologischen Kampf zwischen den Anschauungen der Bourgeoisie und der Theorie der Arbeiterklasse zu schaffen. Sie führen sie nicht als Kampf für die unmittelbaren Interessen der Studenten oder um ein "allgemeines Recht auf Hochschulausbildung", was nur eine Rechtfertigung für ersteres ist. Die Revisionisten und Trotzkisten erheben diese Fehler zum Prinzip: die einen in Gestalt des Kampfes gegen das "Bildungsmonopol", die anderen indem sie den "Kampf gegen jede Form des Numerus Clausus" zur Hauptaufgabe erklären. Damit läßt sich praktisch die Unterstützung jeder studentischen Forderung legitimieren, mag sie auch nur auf den

zeitgerechten und reibungslosen Ablauf des Studiums - so wie es ist - gerichtet sein.

Den Kampf gegen die Verschärfungen der Studienbedingungen als Kampf um die Freiheit der Kritik und der politischen Betätigung führen!

Die Kommunisten führen den Kampf um Rechte an der Hochschule einzig und allein, um auch an dieser Sondereinrichtung der bürgerlichen Klasse freien Raum für die Entfaltung des Klassenkampfes zu schaffen. Tatsächlich wenden sich die fortschrittlichen Studenten ja auch dagegen, daß die Bourgeoisie mit Hilfe ihres Staates auf bürokratischem Weg versucht, die Kritik und die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ausbildung zu verhindern. Sie treten dafür ein, daß die Konfrontation der bürgerlichen Ideologie mit der proletarischen Theorie nicht auf administrativem Weg abgewürgt wird, daß die politische Auseinandersetzung über die Maßnahmen der Bourgeoisie und die Bewegungen und Interessen der Arbeiterklasse geführt werden kann und die Unterstützung der Kämpfe der unterdrückten Völker verbreitert werden kann. Wenn der Kampf gegen die Studienverschärfungen tatsächlich als Kampf um die Freiheit der politischen Betätigung und Auseinandersetzung geführt wird, d.h. die Rechte nicht nur proklamiert werden, sondern zur politischen Auseinandersetzung gebraucht werden, geraten die Studenten mit ihren Kämpfen notwendigerweise in Widerspruch zum bürgerlichen Staat.

Verteidigen wir unsere Rechte indem wir sie wahrnehmen!

Wenn wir den Kampf gegen die Studienverschärfungen wirklich als Kampf um die Freiheit der politischen Betätigung und der Auseinandersetzung führen, so ist dies überhaupt nur möglich auf der Linie :"Erkämpfen wir uns die Rechte, indem wir sie gebrauchen". Der Kampf gegen die Studienverschärfungen muß stets ausgehend von der Klarheit darüber geführt werden, daß nicht die fortschrittlichen Menschen die offene Auseinandersetzung fürchten, sondern die Bourgeoisie und ihre Lakaien auf der Hochschule. Wir sind interessiert daran, in jeder Frage den politischen Inhalt aufzuspüren und frei und offen zu diskutieren. Nur wenn wir dies immer beachten, ganz gleich ob es um reaktionäre Wissenschaft oder um die Studienpläne geht, können wir eine breite Auseinandersetzung führen, überall Diskussionen darüber entfachen und uns auf keinen Fall von bürokratischen Maßnahmen einschüchtern lassen. Wenn wir jede Frage auf der Hochschule so angehen, dann werden wir auch echte Erfolge im Kampf um politische Rechte gegen die Studienreform erzielen können. Wenn die Professoren mit Klausuren drohen, um die Studenten einzuschüchtern und zu zwingen, den reaktionären Stumpfsinn zu stucken, dann müssen wir gerade dieses Manöver entlarven und zugleich die bürgerlichen Inhalte kritisieren. Wenn die Professoren Teilnahmebeschränkungen einführen, müssen wir gerade in diese Lehrveranstaltungen hineingehen und dort diskutieren. Wenn sie dann nachher mit dem Entzug der Scheine drohen, müssen wir sie zwingen, die Scheine trotzdem auszustellen.
Auf vielen Instituten nehmen die Professoren die Studienpläne durch Sequenzbestimmungen vorweg. Dagegen müssen wir den Kampf für die freie Wahl der Lehrveranstaltungen führen und uns gegen p. A.-Bestimmungen wehren, die die Studenten spalten, die Studienanfänger von den älteren, erfahreneren Kollegen trennen und die fortschrittlichen Studenten aufsplittern und isolieren sollen. Gerade deswegen müssen wir die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft umso entschiedener in solchen Lehrveranstaltungen führen und dort alle politischen Fragen aufwerfen. Zugleich dürfen wir die Studienordnungen und Studienpläne nicht aus den Augen verlieren. Sie sind langfristig das wirksamste Mittel für den Staat, die Studenten zu disziplinieren. Es ist notwendig, rechtzeitig über ihre Funktion aufzuklären und den Kampf gegen sie zu organisieren. Der Kampf gegen die Studienpläne muß auf der gleichen politischen Linie geführt werden, wie die anderen politischen Kämpfe um Rechte auf der Hochschule. Er kann nur erfolgreich sein, wenn er sich auf ständige Arbeit in den Lehrveranstaltungen gestützt.
Es ist notwendig, die Arbeit der Studienkommissionen zu kontrollieren, schon jetzt festzustellen, wie weit ihre Arbeit fortgeschritten ist. Als sich nach der Hochschulwahl gezeigt hatte, daß auf mehreren Instituten die Studenten die ÖH-Organe völlig in der Hand hatten, haben die Studienkommissionen schnell hektische Aktivitäten entwickelt. Die fortschrittlichen und kommunistischen Studenten waren aber überall schneller und beriefen die alten Studienkommissionsmitglieder sogleich ab. Trotzdem wollten einzelne dieser "Studentenvertreter" nicht an das Ende ihrer Hintertreppenaktivitäten glauben und versuchten mit Hilfe ihrer Professoren-"kollegen" ihre Tätigkeiten fortzusetzen. Die fortschrittlichen Studenten sowohl am psychologischen als auch am philosophischen Institut machten diesem Spuk dann ein Ende.

Hinter den Studienkommissionen steckt der bürgerliche Staat, der sich dieser Instrumente solange bedient, als sie ihre Funktion - Organe des Mitbestimmungsschwindels zu sein - erfüllen. Der Staat erläßt heute schon die Stu enordnungen, er wird die Studienpläne auch selbst erlassen müssen, wenn fortschrittliche Studenten die Studienkommissionsarbeit in die Hände bekommen. Der bürgerliche Staat ist in allen Fragen unser Hauptgegner, er ist die wirkliche Macht, die hinter den oft zufällig erscheinenden Maßnahmen der Hochschulbürokratie und der Professoren steht. Der bürgerliche Staat ist ein Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse, ein von der übrigen Gesellschaft abgesonderter Apparat, den die Bourgeoisie im Imperialismus immer mehr und offener zur Unterdrückung aller fortschrittlichen und demokratischen Bestrebungen im Volk einsetzen muß.

In ihren Kämpfen um Rechte an der Hochschule, in denen die Studenten mit diesem Staat zusammenstoßen, machen sie wichtige Erfahrungen, durch die sie den Gegner kennenlernen, und die Möglichkeiten wachsen, sie massenhaft in die Volkskämpfe um allgemein demokratische Forderungen einzureihen. Erfolge im Kampf um Rechte an der Hochschule verbessern die Bedingungen, alle Fragen des gesellschaftlichen Klassenkampfes vor den Studenten aufzuwerfen.

Schaffen wir uns Instrumente für den Kampf!

Um den Kampf für die politischen Rechte breit und erfolgreich zu führen, brauchen die Studenten verschieden Kampfinstrumente. Auf vielen Instituten bestehen bereits Institutsgruppen (IGen). Ihre Arbeit muß intensiviert werden, in jeder einzelnen Frage des Kampfes muß die Auseinandersetzung über die richtige Linie geführt werden. Nur dann kann es gelingen, die Fehler und Schwächen, die es bis heute noch gibt, zu überwinden und die IGen zu echten Organen des Kampfes gegen die reaktionären Maßnahmen der Hochschulbürokratie und des bürgerlichen Staates zu machen.

Von großer Bedeutung ist es auch, sich in den Lehrveranstaltungen zusammenzuschließen und dort Kollektive zu gründen. Diese vereinen die Aufgabe, die bürgerliche Ideologie zu entlarven mit dem Kampf um politische Rechte. Hier wird die Richtigkeit der Linie: Verteidigen wir unsere Rechte, indem wir sie gebrauchen! offensichtlich. Wirkliche Fortschritte im Kampf können überhaupt nur erzielt werden, wenn es gelingt die Studenten in die politischen Auseinandersetzungen einzubeziehen und sie ihnen zum Bedürfnis zu machen!
Ein noch neues Instrument für die fortschrittlichen Studenten sind die ÖH-Organe. Diese müssen zu tatsächlichen Positionen der Bewegung ausgebaut werden. Sie müssen zur Organisierung und Mobilisierung der Studenten für die Kämpfe benützt werden.

Schließlich müssen wir die Hörerversammlungen als wichtiges Instrument, alle dringenden Fragen der Bewegung breit zu diskutieren und Kampfschritte zu beschließen, benutzen.

G.F./ H.V.

FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG! FÜR FREIE DISKUSSION IN DEN LEHRVERANSTALTUNGEN!

KAMPF DER KAPITALISTISCHEN AUSBILDUNG!

FÜR EINE AUSBILDUNG UND WISSENSCHAFT IM DIENSTE DES VOLKES!



AUSSTELLUNG ARCH ARCHÄOLOGISCHER FUNDE AUS DER VR CHINA IN WIEN

Vom 23. Februar bis 20. April findet im Museum für Angewandte Kunst (Wien 1, Stubenring 5) eine Ausstellung äußerst bedeutender archäologischer Funde aus der VR China statt (geöffnet täglich 10 - 20 h). Sie steht unter der Devise, die ihr der Vorsitzende Mao Tsetung mitgegeben hat: "Die Vergangenheit möge der Gegenwart dienen." Wir werden in der nächsten Nummer der KHZ einen Artikel zu dieser Ausstellung bringen.

Weg mit dem Studienlehrgang! Weg mit dem ÖAD! Weg mit dem System der Vertrauensdozenten!

Im Dezember 1973 haben wir in der KHZ die Ursachen und die Bedingungen der besonderen Entrechtung, der die ausländischen Kollegen in Österreich unterworfen sind, aufgezeigt. Eine zentrale Rolle spielen dabei der Österreichische Auslandsstudentendienst (ÖAD) und der von ihm organisierte Vorstudienlehrgang, sowie das System der Vertrauensdozenten.

Die Verlegung des Vorstudienlehrgangs von Mödling nach Wien, ein Ergebnis des entschlossenen Widerstands der ausländischen Kollegen im Frühjahr 1973, hat an den empörenden Zuständen und dem durch und durch reaktionären Charakter dieser Institution nicht geändert. Kleinliche Schikanierung, plumpe ideologische Indoktrinierung und politische Disziplinierung nahmen kein Ende.

Der Unmut und die Kampfentschlossenheit der Kollegen im Vorstudienlehrgang ist groß. Ende Jänner organisierten sie, unterstützt von den Organisatipnen der studierenden Ausländer, eine Protestversammlung. Auf ihr wurde die Lage der ausländischen Kollegen diskutiert und konkrete Kampfmaßnahmen beschlossen. In einer einheitlich verabschiedeten Resolution wurden die Zustände im Vorstudienlehrgang scharf gebrandmarkt. Es wurde die Freiheit der politischen Betätigung sowie überhaupt die Auflösung des Vorstudienlehrgangs, des ÖAD und des Systems der Vertrauensdozenten verlangt. Die ausländischen Kollegen sind nicht länger bereit, es bei Resolutionen bewenden zu lassen, sondern sie wollen sich auch im Kampf dafür einsetzen, daß ihre Forderungen erfüllt werden.

«Ausbildungshilfe»-Bestandteil der imperialistischen Politik der österreichischen Bourgeoisie

Das Streben nach Extraprofit und die sich verschärfende Konkurrenz auf dem Weltmarkt zwingen die österreichische Bourgeoisie, mehr wirtschaftlichen und politischen Einfluß in kolonialen und halbkolonialen Ländern zu suchen. Der Kapitalexport in diese Länder hat in den letzten Jahren rasch zugenommen. Österreichische Kapitalisten (VÖEST, Böhler, Waagner-Biro, Elin etc) investieren ihr Kapital in große Projekte in mehreren Ländern Asiens, Afrikas und Latein-Amerikas und naschen so begierig am Kuchen der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung der Völker der Dritten Welt mit. Der "Brief aus Österreich" des ÖAD (verschickt an ehemalige Auslandsstudenten, die in ihre Heimat zurückgekehrt sind) strotzt von solchen Erfolgsmeldungen aus dem Iran, Indonesien, Saudi-Arabien, Ost-Afrika etc.

Um in der internationalen Jagd nach Profiten zu bestehen, um angesichts der übermächtigen Konkurrenz nicht völlig unterzugehen, setzt die österreichische Bourgeoisie alle ihr verfügbaren Mittel ein, versucht sie die Methoden ihrer imperialistischen Konkurrenten selbst anzuwenden. Als für Österreich besonders brauchbares Instrument wird die Entwicklungshilfe angesehen, in deren Rahmen die "Ausbildungshilfe" einen Schwerpunkt bildet. Letztere ist dem Bemühen untergeordnet, "die österreichischen Außenwirtschaftsbeziehungen auch mehr und mehr auf die Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Südamerikas auszudehnen." (Nota Bene, Zeitung des ÖAD, Sept 72). Die österreichischen Kapitalisten bauen deshalb zum Beispiel Schulen im Iran und in der Türkei, schicken österreichische Lehrer in verschiedene Länder der Dritten Welt. "Einen Schwerpunkt der österreichischen Entwicklungshilfe bildet schließlich die Ausbildung und Betreuung von Angehörigen aus Entwicklungsländern an österreichischen Hochschulen. "(Nota Bene) Den Sinn der ganzen Ausbildungshilfe v.a. der Ausbildung von Studenten aus den Ländern der Dritten Welt sprechen die Kapitalisten selbst am offensten aus:"... die heutigen Überseestudenten sind die morgigen Kunden unserer Exportwirtschaft, und die in Österreich angeknüpften Beziehungen können für unser Land zur denkbar besten Exportwerbung werden." (Die Industrie) Als zukünftige "Elite" ihres Landes kommt dabei den ausländischen Studenten die wichtigste Aufgabe zu"... in ihrem Heimatland ein freundliches Klima unserem Land gegenüber zu schaffen."

Zur Erreichung der oben dargestellten Ziele ist es notwendig, daß die Auszubildenden jedes Verständnis für die Interessen und Bedürfnisse des eigenen Volkes verlieren und uneingeschränkt die Ansichten und die Ideologie der Imperialisten übernehmen, deren Interessen sie später vertreten sollen. Der normale Studienbetrieb reicht dazu nicht aus. Die Kollegen aus den Ländern der Dritten Welt wurden bisher gezwungen, sich einer besonderen ideologischen Vorbereitung zu unterwerfen, ehe sie ihr Studium beginnen durften. 2 - 4 Semster lang mußten sie den sogenannten Vorstudienlehrgang über sich ergehen lassen.

Der Vorstudienlehrgang dient der ideologischen Beeinflussung und Einschüchterung der ausländischen Kollegen

In der Reihe der speziellen Unterdrückungsmaßnahmen gegen ausländische Kollegen nimmt der Vorstudienlehrgang eine erstrangige Stellung ein. Die ausländischen Kollegen müssen ihn zu einer Zeit besuchen, wo sie durch die ungewohnte Situation in Österreich noch unsicher sind, wo sie sich in dem fremden Land erst zurechtfinden müssen. Das ist nach Meinung des ÖAD, der den Vorstudienlehrgang organisiert, der richtige Zeitpunkt, um sie gründlich in "die österreichische Kultur und Denkungsart" einzuführen.

Im Vorstudienlehrgang hören sie dann, daß sie eigentlich nicht reif für die österreichischen Hochschulen sind. Dort hören sie dann, daß ihr "Niveau" nicht das der österreichischen Hochschulen wäre. Dort hören die ausländischen Kollegen immer wieder, daß sie eigentlich froh und dankbar sein müssen, in Österreich überhaupt studieren zu "dürfen". Dort hören sie, daß ihre Vorfahren erst durch die Kolonialisten "zivilisiert" worden seien. Alte Nazis schwärmen von Hitler und Mussolini und warnen vor dem Kommunismus. So ist der Lernstoff reichlich mit imperialistischer Ideologie durchtränkt, um den Studenten eindringlich die Überlegenheit der kapitalistischen Metropoien klarzumachen.

Solche "Lehr"inhalte können natürlich nicht ohne äußeren Druck durchgesetzt werden. Die Teilnehmer des Vorstudienlehrgangs sind für ihr Fortkommen vom guten Willen und der Willkür des meist reaktionären Lehrpersonals abhängig. So kann man auch während des Lehrgangs, ohne überhaupt noch zu Prüfungen angetreten zu sein, hinausfliegen, "wenn die Leistungen des Studierenden ein erfolgreiches Hochschulstudium nicht erwarten" lassen (so der ÖAD). Der Lehrbetrieb ist von kleinlichen Unterdrückungsmaßnahmen, Schikanen, Disziplinierungen und puren Frechheiten von Seiten der Leitung und des Lehrpersonals geprägt: von Semester zu Semester schwerere Prüfungen; Hinauswurf bei dreimaligem unentschuldigten Fernbleiben; entwürdigende und rassistische Beschimpfungen durch das Lehrpersonal; kleinliche Strafen etc.

Politische Diskussionen werden in den Lehrveranstaltungen nicht zugelassen. Politisches Propagandamaterial zu verteilen ist strengstens verboten. Mit allen Mitteln wird versucht, die Kollegen von politischer Betätigung und von Kontakten mit fortschrittlichen Organisationen ausländischer Studenten abzuhalten. Jene Kollegen, die sich nicht abschrecken lassen und trotz allem die Unterdrückung im Vorstudienlehrgang aufzeigen und verurteilen, die über die Unterdrückung ihrer Völker durch den Imperialismus diskutieren wollen, laufen Gefahr, aus dem Vorstudienlehrgang ausgeschlossen und in der Folge aus Österreich ausgewiesen zu werden.

Die guten Kontakte, die zwischen ÖAD und Leitung des Vorstudienlehrganges und den Botschaften der oft reaktionären Regimes der Heimatländer der ausländischen Studenten bestehen, sind eine weitere Garantie für die Disziplinierung der Kollegen. Die ausländischen Kollegen sind

im Vorstudienlehrgang ohne Zweifel einer systematischen Einschüchterung und Kontrolle ausgesetzt. Eine solche Einschüchterung und politische Kontrolle wäre ganz überflüssig, wenn der Vorstudienlehrgang wirklich den Interessen der Kollegen entsprechen würde, tatsächlich nötig wäre, um die Kollegen zum Studium an einer österreichischen Hochschule zu befähigen. Aber er ist dazu nicht nötig.
Von den naturwissenschaftlichen Fächern, die im Vorstudienlehrgang unterrichtet werden, haben die ausländischen Kollegen ebensoviel Ahnung wie ihre österreichischen Kollegen, die dieselben Studienrichtungen zu studieren beginnen. Deutsch kann jeder ausländische Kollege in einem einfachen Hochschulkurs lernen, wie sehr viele ausländische Kollegen auch jetzt schon tun, ohne einen Vorstudienlehrgang besuchen zu müssen.
In welcher Form der Vorstudienlehrgang auch abgehalten wird: er dient ausschließlich der Einschüchterung, der ideologischen Formierung und der politischen Disziplinierung der ausländischen Kollegen im Interesse des Kapitals.

aus, wenn man sie nicht mehr braucht.
Die ausländischen Arbeiter behält man im Land, solange sie die Bourgoisie zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft braucht. Die ausländischen Studenten braucht die Bourgoisie, um internationale Verbindungen und Wirtschaftsbeziehungen anzuknüpfen, um ihre imperialistischen Interessen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern wahrzunehmen. Es ist klar, daß antiimperialistisch eingestellte Studenten aus den Ländern der Dritten Welt für die Zwecke der österreichischen Bourgoisie unbrauchbar sind. Durch die großen Siege, die die unterdrückten Völker in den letzten Jahren gegen den Imperialismus errungen haben, verstärkt sich aber die antiimperialistische politische Strömung unter den ausländischen Studenten immer mehr. Und desto größere Bedeutung wird die Handhabung des reaktionären Ausländerrechts und die Einschüchterung und Kontrolle der ausländischen Kollegen für die österreichische Bourgoisie bekommen.

soll gesichert werden, daß sie sich zu willigen Werkzeugen der imperialistischen Politik gegenüber ihren Herkunftsländern entwickeln. Die Bourgoisie setzt alles daran, die Studenten aus der 3. Welt zu Teilen einer proimperialistischen Intelligenz zu erziehen. In ihre Herkunftsländer zurückgekehrt, soll sich diese Intelligenz nicht gegen die kolonialistische und neokolonialistische Ausbeutung ihrer Heimat und gegen die herrschenden reaktionären Cliquen, die mit dem Imperialismus kollaborieren zur Wehr setzen. Sie soll sich vielmehr dienstbar machen bei der Ausbeutung und Unterdrückung ihres Volkes.
Insbesondere geht es der Bourgoisie und ihrem Staat darum, durch die verschiedensten Einrichtungen und gesetzlichen Regelungen (Vorstudienlehrgang etc. bei den Studenten, generelle reaktionäre Ausländergesetzgebung) die "Politisierung" der in Österreich arbeitenden und studierenden Ausländer zu verhindern, zu verhindern, daß sie in die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes gegen die Herrschaft der Bourgoisie und den

und ihres Staates. Alle Maßnahmen, die diese Politik abstützen sollen, müssen schärfstens bekämpft werden. Allen Maßnahmen der Bourgoisie, die die Spaltung von arbeitenden oder studierenden Inländern und Ausländern zum Ziel haben, müssen wir mit aller Kraft entgegenarbeiten und sie unwirksam machen. Dazu gehören insbesondere auch alle, in der letzten Zeit verstärkt betriebenen Versuche, die Volksmassen mit reaktionären Vorurteilen, sowie mit rassistischer und chauvinistischer Ideologie zu vergiften (Araberhetze, Anti-Gastarbeiterkampagne).
Denn die Spaltung der Ausgebeuteten und Unterdrückten dient einzig und allein den Interessen der herrschenden Klasse. Sei es im ökonomischen Kampf in den Betrieben, wo die Bourgoisie inländische und ausländische Arbeiter gegeneinander ausspielt, sei es im politischen Kampf, von dem die Bourgoisie die ausländischen Arbeiter und Studenten durch deren Entrechtung und politische Disziplinierung von vornherein ausschließen möchte. Dagegen gilt es den Kampf zu

"Angehörige einer neuen Elite. Sie haben sich von der Tradition gelöst. Bildung und Leistung bestimmen ihre soziale Position." (aus: Informationen zur politischen Bildung)

Bei der Ausbildung von Studenten aus der Dritten Welt geht es darum, Eliten heranzuzüchten, die als Agenten der imperialistischen Staaten in ihrem eigenen Land auftreten. Als bewußte und zuverlässige Träger der westlichen Zivilisation haben sich diese Eliten von den Traditionen ihres Heimatlandes gelöst, d.h. sich von ihrem Volk weit entfernt. Sie sind durch Bildung, Kultur und soziale Stellung an den Imperialismus gebunden.

Schluß mit der Gängelung Kontrolle durch die und Vertrauensdozenten

Mit dem Abschluß des Vorstudienlehrgangs hört die spezielle Gängelung und Kontrolle der ausländischen Kollegen keinesfalls auf. Auf der Hochschule sind sie Vertrauensdozenten überantwortet, von denen sie Bestätigungen über erfolgreichen Studienfortgang bekommen müssen, damit ihre Aufenthaltgenehmigung in Österreich überhaupt verlängert wird. Die Kriterien dafür, was ein erfolgreicher Studienfortgang ist, liegen weitgehend im Ermessen der jeweiligen Vertrauensdozenten.
Die Funktion der Vertrauensdozenten ist also nicht, den ausländischen Kollegen bei der Gestaltung ihres Studiums zu helfen, sondern sie zu kontrollieren und zu überwachen. Die Kontrolle und Überwachung beruht auf der Abhängigkeit der Kollegen von der Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung, wie überhaupt die ganze Einschüchterung, Kontrolle und Gängelung der ausländischen Kollegen die reaktionäre Ausländergesetzgebung, die allgemeine Rechtlosigkeit der Ausländer in Österreich zur Grundlage hat. Sowohl die ausländischen Studenten als auch die ausländischen Arbeiter sind durch diese Gesetzgebung auf Gnade und Ungnade der Willkür der österreichischen Behörden unterworfen. Man holt die Ausländer ins Land, weil man sie gerade braucht, man weist sie

Neben die Forderung: Weg mit den Vertrauensdozenten! muß man die Forderung nach unbefristeten Aufenthaltsgenehmigungen und die Forderung nach völliger rechtlicher Gleichstellung der Ausländer mit den Inländern stellen, um der speziellen Einschüchterung und Kontrolle der Ausländer und der Spaltung des Volkes in In- und Ausländer die Grundlage zu entziehen.

Die Forderungen der ausländischen Kollegen sind unsere Forderungen

Die besondere Behandlung der ausländischen Kollegen entspricht den besonderen Interessen, die die Bourgoisie ihnen gegenüber hat. Durch ihre Entrechtung und Unterdrückung

Imperialismus einbezogen werden.
Die Arbeiterklasse und alle mit ihr verbündeten fortschrittlichen Kräfte stehen in unversöhnlicher Opposition zur imperialistischen Politik der österreichischen Bourgoisie

führen. Für Bedingungen, die die Herstellung der einheitlichen Kampffront von arbeitenden und studierenden In- und Ausländern gegen Imperialismus und Kapitalismus begünstigen.

FÜR VOLLE GLEICHBERECHTIGUNG ALLER IN ÖSTERREICH ARBEITENDEN UND STUDIERENDEN AUSLÄNDER MIT DEN INLÄNDERN!
FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG DER AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN UND IHRER ORGANISATIONEN!
WEG MIT DEM VORSTUDIENLEHRGANG!
WEG MIT DEM SYSTEM DER VERTRAUENSDOZENTEN!
WEG MIT DEM ÖAD!

KONFUZIUS...

Lin Biao hatte, gestützt auf eine Handvoll Leute in Partei und Armee, den Plan gefaßt, durch einen bewaffneten Staatsstreich die höchste Macht in Partei und Staat zu ursupieren. Er scheiterte jedoch schon bei den ersten Schritten, die er unternahm, um diesen Plan in die Tat umzusetzen. Sein am 8. September 1971 unternommener Versuch, den Vorsitzenden Mao Tsetung zu ermorden und ein separates Zentralkomitee zu bilden, konnte leicht vereitelt werden, weil er mit seinen Leuten bereits zu diesem Zeitpunkt im ganzen Volk äußerst isoliert war und daher die Situation als Ganze nicht zu beeinflussen vermochte.

Lin Biao war ein legitimer Erbe und Fortsetzer der konterrevolutionären Politik Liu Schao-tschis, des chinesischen Chruschtschows. In allen Fragen wich er vom Marxismus-Leninismus ab und versuchte, die grundlegende Linie der Partei für den Aufbau des Sozialismus zu verändern. Er leugnete, daß der Hauptwiderspruch in der VR-China der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist und vertrat die revisionistische Theorie, der Hauptwiderspruch sei der zwischen "dem fortgeschrittenen sozialistischen System und den rückständigen gesellschaftlichen Produktivkräften". Entsprechend stellten er und seine Anhänger sich auch nach dem IX. Parteitag der KPCh (1969) gegen die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und vertraten die Ansicht, daß die Hauptaufgabe in der Entwicklung der Produktion bestünde.
Seine Lage war aber von vornherein sehr ungünstig. Im Kampf gegen Liu Schao-tschi hatten die Massen ihr sozialistisches Bewußtsein gefestigt und waren keineswegs mehr bereit, sich denselben revisionistischen Unrat nun von Lin Biao vorsetzen zu lassen. Geleitet von seinen persönlichen Ambitionen, die Macht in Partei und Staat zu übernehmen - was nur im Interesse der kleinen Minderheit von in- und ausländischen Ausbeutern und Konterrevolutionären gelegen hätte - sah sich Lin Biao also gezwungen, die Taktik eines Doppelzünglers einzuschlagen. Während er den Zitatenband nie aus der Hand legte und stets in Hochrufe ausbrach, heckte er hinterrücks Intrigen und Verschwörungen aus.

Leute wie Liu Schao-tschi und Lin Biao, die die Interessen der gestürzten Großgrundbesitzer und Bourgeois sowie aller in- und ausländischen Reaktionäre an einer Restauration des Kapitalismus vertreten, indem sie eine opportunistische Linie einschlagen, bleiben von den revolutionären Volksmassen in China, die von einer kampferfahrenen marxistisch-leninistischen Partei angeleitet werden, nicht lange unentdeckt. "Weil sie nur für die Interessen einer Handvoll von Ausbeutern arbeiten, geraten die Anführer der opportunistischen Linien zwangsläufig in eine Position, die der Partei und dem Volk antagonistisch gegenübersteht. Aber gerade weil sie sich gegen das Volk stellen, müssen sie untergehen. Auch ein konterrevolutionärer Doppelzüngler wie Lin Biao, der das Aushecken von Verschwörungen beherrschte, konnte das Volk nur für eine kurze Zeit, nicht aber lange täuschen. Auch er mußte letztlich seine wahren Gesichtszüge als Pseudokommunist und wirklicher Renegat und Landesverräter enthüllen." (Peking Rundschau Nr. 50/1973, S 9).

Die Kritik weiterführen und vertiefen

Am X. Parteitag der KPCh (August 1973) faßte Tschu En-lai im Namen des Zentralkomitees die bisherigen Ergebnisse des Kampfes gegen die parteifeindliche Lin Biao-Clique zusammen. Er stellte fest: "Dank der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und zur Verbesserung des Arbeitsstils ist die Linie des IX. Parteitags noch tiefer im Volk verwurzelt." (Dokumente des X. Parteitages der KPCh, S 8). Der Kampf sei jedoch noch keineswegs zu Ende gekommen. Es komme vielmehr darauf an, die "Kampf-Kritik-Umgestaltung" der Großen Proletarischen Kulturrevolution an allen Fronten noch tiefgehender durchzuführen.

"Unsere Partei muß die gegenwärtige günstige Zeit ausnutzen, um die Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution zu festigen und auszubauen und gute Arbeit auf allen Gebieten zu leisten. In erster Linie müssen die Kritik an Lin Biao und die Verbesserung des Arbeitsstils mit Erfolg weitergeführt werden. Man muß die parteifeindliche Lin-Biao-Clique umfassend als Lehrer im negativen Sinne benutzen, um die gesamte Partei, die gesamte Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes im Sinne des Klassenkampfes und des Kampfes zweier Linien zu erziehen, den Revisionismus und die bürgerliche Weltanschauung kritisieren, damit sich die breiten Massen die historischen Erfahrungen aus den zehnmaligen Kämpfen zweier Linien in unserer Partei aneignen können, zu einem tieferen Verständnis der Besonderheiten und Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes und des Kampfes zweier Linien in der Periode der sozialistischen Revolution in unserem Land gelangen und ihre Fähigkeit, den echten Marxismus vom Pseudomarxismus zu unterscheiden, erhöhen." (Tschu En-lai, ebd. S 36f).

Nach dem X. Parteitag gingen Partei und Volk Chinas daran, diese vordringliche Aufgabe der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats zu erfüllen. In der Pekinger Kunstgewerbefabrik ist die Kritik an Lin Biao durch die Kritik an Konfuzius vertieft worden."Unter der Leitung des Parteikomitees der Fabrik betrachten die Arbeiter und Angestellten, ausgehend vom Gesichtspunkt der Weltanschauung, die Kritik an Konfuzius als einen wichtigen Aspekt für die Vertiefung der Kritik an dem ultrarechten Wesen von Lin Biaos revisionistischer Linie. Sie kritisieren des Konfuzius reaktionären Standpunkt und entlarven und verurteilen das verbrecherische Ziel, das in der Vergötterung des Konfuzius durch Liu Schao-tschi, Lin Biao und andere Schwindler verfolgt wurde. Das trägt dazu bei, das Bewußtsein im Klassenkampf und im Kampf zweier Linien zu heben und in allen Positionen des Überbaus die Vorherrschaft der proletarischen Ideen zu sichern." (Peking Rundschau Nr. 5/1974, S 3)

Dem Beispiel der Pekinger Kunstgewerbefabrik folgend, haben auch die Arbeiter aus anderen Fabriken sowie die Bauern und Soldaten unter Anleitung der KPCh die reaktionären Lehren des Konfuzius als Bestandteil der Kritik an Lin Biao zu kritisieren begonnen.

Der Konfuzianismus ist eine Philosophie der Restauration

Konfuzius (551-479 v.u.Z.) war ein Ideologe der zugrundegehenden Sklavenhalteraristokratie, die sich zu seiner Zeit nur mehr mit Mühe gegen die revoltierenden Sklaven einerseits, gegen die aufkommende feudale Grundbesitzerklasse andererseits behaupten konnte. Er widersetzte sich hartnäckig allen Reformbestrebungen und klagte die Monarchen ihrer zu großen Nachgiebigkeit gegenüber den Feudalen an.

Die Aufrechterhaltung bzw. volle Wiederherstellung der alten Ordnung, das ist der klassenmäßige Inhalt der konfuzianischen Ideologie, einer Ideologie der Restauration. Sie ist der Sinn des konfuzianischen Satzes "Es gibt vieles auf Erden, das Allerwichtigste aber ist: Selbstzucht üben und das Ritual wiedereinführen!" Der Zentralbegriff des Konfuzianismus ist die "Menschlichkeit", die Kindespietät, Bruderliebe (korrektes Verhalten gegenüber älteren Brüdern), Loyalität, Toleranz, Anpassung an die Begriffe,Tugend und Weisheit erfordere. Konfuzius "Menschlichkeit" war nichts anderes als durch und durch eine Klassenmoral der untergehenden Sklavenhalter-Aristokratie. Kindespietät und Bruderliebe sollten den Zusammenhalt der sich auflösenden Klasse in vertikaler (Kindespietät) und horizontaler Linie (Bruderliebe) sichern. Loyalität meinte Loyalität der Sklaven gegenüber ihren Eigentümern, der hohen Beamten und der unteren Aristokratie gegenüber den Herzögen, der Herzöge gegenüber den Monarchen. Untereinander sollten die Sklavenhalter tolerant sein, um sich besser gegen ihre Klassenfeinde zusammenschließen zu können. "Anpassen an die Begriffe" hatte zum illusionären Ziel, subjektive Begriffe zur Gestaltung und Beschränkung der objektiven Realität zu benutzen. Mit Tugend oder Regieren mit Tugend meinte Konfuzius nicht etwa ein gutes Regieren über die versklavten Werktätigen, denn sein Prinzip sollte nur auf die Sklavenhalterklasse angewandt werden. Konfuzius behauptete, "Diejenigen, die mit dem Besitz des Wissens geboren sind, gehören zur obersten Klasse der Menschen." Er vertrat die Ansicht, daß vieles geändert werden kann, "nicht aber die Weisheit der Menschen der Oberklasse und die Dummheit der unteren Schichten." Kurz, des Konfuzius Menschlichkeit schloß die Werktätigen aus. Und das ist natürlich kein Zufall: "Was die sogenannte Menschenliebe anbelangt, so hat es seit der Aufspaltung der Menschheit in Klassen keine solche allumfassende Liebe gegeben. Diese Liebe wurde von allen herrschenden Klassen der Vergangenheit gern gepredigt; viele sogenannte Weise taten es ebenfalls, aber keiner hat sie je wirklich praktiziert, denn in der Klassengesellschaft ist sie unmöglich." (Mao Tsetung)

Die systematisch ausgearbeitete Philosophie der Restauration des Konfuzius hat seit jeher schon eine äußerst wichtige Rolle für alle zugrundegehenden Ausbeuterklassen in China gespielt. Lu Hsün (1881-1936), der große nationalrevolutionäre Schriftsteller Chinas, hatte darauf hingewiesen: "Für die Unbelehrbaren in China besteht die Rückkehr zur Vergangenheit darin, die konfuzianischen Riten wiederzubeleben. Aber ist das, was sie aus dem Staub hervorziehen, wirklich brauchbar? Es ist reaktionär und unbrauchbar und bedeutet keinen Fortschritt, sondern Rückschritt." (Lu Hsün, Der Einsturz der Lei-Feng Pagode, S. 80)
Weil das Wesen der Philosophie des Konfuzius in der Restauration besteht, haben sich alle Ausbeuterklassen in China durch die Geschichte gegen Konfuzius gestellt, als sie an die Macht kommen und neue Verhältnisse herstellen wollten. Und sie haben Konfuzius propagiert, als sie an der Macht waren und zur reaktionären herrschenden Klasse geworden waren, oder wenn sie - nachdem sie bereits gestürzt waren - wieder an die Macht kommen wollten. Bis zur

ersten chinesischen Revolution (1911) wurde Konfuzius offiziell als "Vortrefflichster, Allerheiligster König der Kultur" bezeichnet. "Die Regierung schrieb allen Studenten vor, orthodoxe Texte zu lesen wie die 'Vier Bücher' und die 'Fünf Klassiker'; sie durften nur orthodoxe Kommentare benutzen und mußten in der orthodoxen Form des achtteiligen pa-ku-Essays schreiben, wobei sie nur orthodoxe Meinungen zum Ausdruck bringen durften." (Lu Hsün, ebd. S 172)

Yüan Schi-kai, der nach der Revolution von 1911 die Macht in einem großen Teil Chinas übernahm und die Wiedereinführung der Monarchie anstrebte, führte die alten konfuzianischen Riten wieder von Staats wegen ein. "Zugegeben, Konfuzius hat ausgezeichnete Methoden der Staatsführung ersonnen, aber das sind Methoden für die Herrschenden, die Mächtigen; nichts davon ist brauchbar für das Volk. Das ist die Bedeutung des Satzes: 'Das Volk ist zu den Riten nicht zugelassen!'" (Lu Hsün, ebd, S 175) Seit jeher haben die herrschenden Ausbeuterklassen ihre Intellektuellen und Beamten streng im Geist des Konfuzius erzogen. Die scheinbare "allgemeingültige" und klassenunspezifische Moral der "Menschlichkeit" war seit jeher das geeignetste Mittel für die Ausbeuter und ihre Ideologen, die Massen von der Rebellion abzuhalten und an sich zu fesseln.
"Kurz gesagt, es sind die Herrschenden gewesen, die Konfuzius' Ruhm in China verbreitet und ihn zum Schutzheiligen der Mächtigen oder derjenigen, die nach Macht dürsten, erhoben haben, zu einem Heiligen also, der mit der Masse des Volkes nichts zu tun hat." (Lu Hsün, S. 174)

Lin Biao war ein getreuer Schüler des Konfuzius

Weil der Kern der konfuzianischen Lehre in der Restauration besteht, ist es also kein Wunder, daß sich in China auch die Revisionisten, die den Kapitalismus restaurieren wollen, ihrer bedienen. Liu Schao-Tschi legte seinem Machwerk über die "Selbstschulung" ("Wie man ein guter Kommunist wird") die Grundgedanken des Konfuzius über die "Menschlichkeit zugrunde und zitierte ihn zustimmend. Die Massen sollten nicht die Revolution gegen die Bourgeoisie weiterführen, sondern "tolerant" und "loyal" gegenüber den Revisionisten sein. Lin Biao war ebenfalls ein getreuer Schüler des Konfuzius. Er propagierte öffentlich die reaktionäre Anweisung des Konfuzius "Selbstzucht üben und das Ritual wiedereinführen" um den Schwung der Massen in der Kritik am Revisionismus zu bremsen.

Wie Konfuzius faselte auch Lin Biao vom "Genie" und machte sich über die "Dummheit der Massen" lustig. Lin Biao leugnete, daß die Geschichte von den Volksmassen gemacht wird, was darauf abzielte, die Massen davon abzuhalten, daß sie ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Er stellte sich den Maßnahmen zur Aufhebung der Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit in den Weg und propagierte den konfuzianischen Satz "Die mit dem Geist Arbeitenden regieren, die mit ihrer körperlichen Stärke Arbeitenden werden regiert".

Zur Kritik an Konfuzius und Lin Biao schrieb Li Yüan, ein Arbeiter der Pekinger Volksdruckerei: "Im Gegensatz dazu können die breiten Massen der Werktätigen durch ihre Arbeit und Weisheit alles vollbringen - die Schätze des Bodens fördern, das Land fruchtbar machen, Gebirge abtragen, Flußläufe verändern, große Gebäude errichten, riesige Brücken schlagen, Erdsatelliten starten und in Wissenschaft und Technik das Weltniveau erreichen. Wir sind verpflichtet, die alte Gesellschaft in Stücke zu hauen und eine neue Welt aufzubauen. Die Arbeiter kümmern sich nicht um private Gewinne oder Verluste, Vorteile oder Klagen, sondern streben danach, die die gesamte Menschheit zu befreien. Aber Lin Biao und eine Handvoll anderer Vertreter der Bourgeoisie führten, von unersättlicher Gier erfüllt, ein verschwenderisches und ausschweifendes Leben. Sie waren in keiner Weise 'Genies von Geburt' oder 'Heilige', sondern ganz einfach schlechte Elemente, Abschaum der Gesellschaft." (Peking Rundschau Nr. 6/1974, S. 9)

Wie Konfuzius sprach sich auch Lin Biao für "Menschlichkeit" und "Toleranz" aus und meinte damit die Toleranz und Menschlichkeit gegenüber Elementen seiner Art, die den Kapitalismus und damit Grund und Ursache von Ausbeutung und Unmenschlichkeit wiederherstellen wollen. Die Politik der Arbeiterklasse besteht jedoch nur in der Solidarität mit allen Werktätigen und fortschrittlichen Menschen und in der rücksichtslosen, vom Klassenhaß geleiteten Bekämpfung aller Ausbeuter und Reaktionäre. Nur wenn sie diese Politik konsequent befolgt, wird sie ihr Ziel, die klassenlose Gesellschaft erreichen können.

Den Einfluß der Bourgeoisie auf ideologisch-kulturellem Gebiet beseitigen!

Die gegenwärtig in ganz China durchgeführte politische Massenbewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius wurde vom Vorsitzenden Mao Tse-tung persönlich eingeleitet und steht unter seiner Führung. Sie ist ein schwerer Schlag gegen die Revisionisten, die sich ihr hart wiedersetzen. Während die Revisionisten jedoch vor der Großen proletarischen Kulturrevolution noch hohe Ämter in der Partei bekleidet hatten, ist ihr Einfluß heute in der VR-China wesentlich geringer geworden. Heute bekennt sich das gesamte Zentralkomitee entschieden zur revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao. Die Kader der Kulturrevolution haben die bürgerlichen Machthaber in der Partei und im Staat abgelöst. Die KPCh ist heute voll in der Lage, der politischen Massenbewegung die revolutionäre Stoßrichtung anzugeben.

Im Verlauf dieser großen Bewegung dehnen die Massen die Kritik am Revisionismus aus und führen sie in die Tiefe. Einige hartnäckig die Linie des Revisionismus weiterbefolgenden bürgerliche Elemente werden entschieden kritisiert und ihrer Ämter enthoben. In einem Bericht über diesen Massenkampf in der Peking Rundschau heißt es:

"Die Kader und Arbeiter verbanden Lin Biaos Plan zur Restauration mit den Worten und Taten vieler historischer Figuren, die der alten Ordnung zu neuem Leben verhelfen wollten, ebenso wie mit den Gegebenheiten des Klassenkampfes in der heutigen Gesellschaft. Sie kamen zum Schluß, daß alle diese Dinge von den Theorien von Konfuzius und Menzius nicht zu trennen sind. Deshalb ist es notwendig, will man eine Restauration des Kapitalismus verhindern und die Revolution weiterführen, die Kritik an Lin Biao und Konfuzius zu vertiefen. Dabei muß man besonders das ultrarechte Wesen - den Plan für eine Restauration - anpacken.

Die Kader und Arbeiter verbanden ihr Studium mit dem Klassenkampf und dem Kampf zweier Linien im Bereich der Erziehung sowie mit der Umgestaltung der Weltanschauung der Intellektuellen. Sie erkann-

KAMPAGNE DER MLS

CHINA: AUFBAU DES SOZIALISMUS

1949 besiegte das chinesische Volk unter der Führung der KP-Chinas endgültig Feudalismus und Imperialismus und ging in den Jahren danach zum Aufbau des Sozialismus über. Während in der SU mit dem Machtantritt des Revisionismus der Kapitalismus restauriert wurde und das sowjetische Volk heute unter Ausbeutung und faschistischer Tyrannei leidet, erringt das chinesische Volk immer neue Erfolge beim Aufbau des Sozialismus. Das sozialistische China zeigt: Revisionismus und Restauration des Kapitalismus sind keine zwangsläufige Entwicklung; verfolgt die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei eine korrekte, proletarische Linie, kann der Klassenkampf siegreich weitergeführt und der Sozialismus erfolgreich aufgebaut werden.

China ist ein sozialistisches Land mit beginnender Blüte, leuchtendes Vorbild und feste Stütze der internationalen Arbeiterklasse und aller unterdrückten Völker. Der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus ist ein schwerer Schlag gegen Imperialismus und Sozialimperialismus und alle Reaktionäre der Welt.

Ende März veranstaltet die MLS mehrere Teach-Ins mit Filmen und eine Fotoausstellung, in denen über die großen Erfolge und die internationale Bedeutung des sozialistischen Aufbaus in China berichtet wird.

ten, daß die Kritk an Konfuzius nicht etwa ihnen fern Stehendes betrifft, sondern ein sehr realer Kampf der Umwandlung ihrer Weltanschauung ist. Einige unterstrichen, daß die Ideologie von Konfuzius und Menzius, die in China mehr als 2000 Jahre vorherrschte, einen tiefen Einfluß auf die Intellektuellen ausübte. Auf die Arbeiter und Bauern herabsehen, die körperliche Arbeit verachten, das Wissen als Privateigentum ansehen und es für einen guten Preis verkaufen wollen, der Doktrin von Maß und Mitte folgen und der Auffassung "Wer gut lernt, wird Beamter werden" anhängen (Lin Biao hatte sich gegen die Umerziehung der Intellektuellen gestellt; Sch.) - diese ideologischen Probleme stellen sich noch oft bei Intellektuellen. Nur durch eine energische Kritik an Konfuzius und Menzius kann die Wurzel dieses ideologischen Problems erfaßt und ausgerissen werden. Eine in die Tiefe gehende Kritik an Lin Biao und Konfuzius wird daher die Umgestaltung der Weltanschauung der Intellektuellen bedeutend vorantreiben.

Alle Kader und Arbeiter stimmtem in den Diskussionen überein, daß diese Kritik eine große Aufgabe ist, wichtig für die Konsolidierung und Weiterentwicklung der Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution, die Konsolidierung der Diktatur des Proletariats und die Verhütung einer Restauration des Kapitalismus. Es ist eine umfassende Revolution, um mit der alten Kultur, den alten Traditionen und der alten Ideologie zu brechen. Sie steht im Einklang mit dem Bedürfnis nach der Umgestaltung des Überbaus und der Ideologie der Intellektuellen." (Peking Rundschau Nr. 6/1974, S. 12)

Wenn, wie in der VR-China, die politische Macht in den Händen der Arbeiterklasse ist, die Bourgeoisie politisch entmachtet und große Siege bei der ökonomischen Transformation der Gesellschaft erzielt worden sind, gewinnt der Kampf gegen die Bourgeoisie auf ideologisch-kulturellem Gebiet erstrangige Bedeutung. Hier bleibt der Einfluß der gestürzten und politisch entmachteten Ausbeuterklassen am längsten bestehen. Diesem Umstand müssen die revolutionären Massen höchste Bedeutung zumessen, weil sich sonst gerade das Feld der Ideologie und Kultur sehr schnell zu einem äußerst gefährlichen Hort der Konterrevolution entwickeln kann. Das Proletariat steht vor der Aufgabe, den Einfluß der Bourgeoisie auf allen Ebenen der politischen, der ökonomischen und der ideologisch-kulturellen zu beseitigen. Nur so wird es in der Lage sein, sein historisches Ziel, die klassenlose Gesellschaft zu erreichen. "Die kommunistische Revolution ist das radikalste Brechen mit den überlieferten Eigentumsverhältnissen; kein Wunder, daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird." (Kommunistisches Manifest)

K. P. Sch.

Pressekonzentration

VOLKSBETRUG MIT DER MEINUNGSVIELFALT

Anfang dieses Jahres wurden Verhandlungen über eine Kapitalverflechtung von Kurier und Kronenzeitung, die schon längere Zeit geführt worden waren, bekannt. Unter anderem sollte ein gemeinsamer Vertriebsapparat beider Zeitungen aufgebaut und wechselseitig stimmrechtlose Kommanditistenanteile in der Höhe von jeweils einem Drittel des Gesamtkapitals ausgetauscht werden. Hans Dichand sollte die Geschäftsführung des Kurier übernehmen. Derzeit gelten die Verhandlungen zwar offiziell als gescheitert, es ist aber keineswegs sicher, ob sie tatsächlich abgebrochen sind oder ob nicht schon eine Kapitalverflechtung zwischen Kurier und Kronenzeitung stattgefunden hat. Die Verhandlungen wurden offiziell abgebrochen, weil sich die "demokratische Öffentlichkeit" über das drohende "Meinungsmonopol" ziemlich aufgebracht zeigte, und v. a. weil sich in den eigenen Reihen der verhandlungsführenden Gruppierungen Widerstände regten. Der Geschäftsführung, deren Bank, die BAWAG, hinter der Kronenzeitung steht, fielen die Gewerkschaften der Privatangestellten, der Drucker, und der Journalisten mit Resolutionen gegen das "Pressemonopol" in den Rücken, die die ÖGB - Führung nicht einfach ignorieren konnte. Beim Kurier konnten sich die Gesellschafter nicht einigen. Aber es handelt sich jedenfalls nur um einen taktischen Rückzug der Kräfte die die Kapitalverflechtung von Kurier und Kronenzeitung betreiben, einen Rückzug, durch den die "demokratische Öffentlichkeit" wieder beschwichtigt und Zeit zur beseitigung der Widerstände in den eigenen Reihen gefunden werden.soll. Inzwischen wurde der Geschäftsführer des Kurier, Dr. Hans Sassmann, der gegen eine allzu enge Verbindung mit der Kronenzeitung war, von der Gesellschaftsversammlung des Kurier bereits ausgewählt.

Warum Verflechtung Kurier - Kronenzeitung ?

Die Gründe, die eine Kapitalverflechtung von Kurier und Kronenzeitung nahelegen, sind in erster Linie ökonomische. Kurier und Kronenzeitung zusammen würden das Zeitungsgeschäft in halb Österreich von der Papierproduktion bis zum Vertrieb kontrollieren und planen können. Es entstünde ein ökonomisch übermächtiger Monopolverband, von dem eine Reihe kleinerer Kapitalien der Papier-und Druckereiindustrie sowie die anderen Ostösterreichischen Zeitungen praktisch abhängig wären, was die ökonomische und politische Macht der finanzkapitalistischen Gruppierungen, die hinter Kurier und Kronenzeitung stehen, steigern würde. Zugleich würde ein gemeinsamer Vertriebsapparat, die Ausschaltung kostspieliger Konkurrenz in Form von Preisrätsel, Werbekampagnen und gegenseitige Abwerbung von Journalisten, gemeinsame Planung der Produktion und das vollständige Monopol über den ostösterreichischen Inseraten- und Zeitungsmarkt bedeutende Unkosten ersparen und noch größere Monopolgewinne als bisher ermöglichen. Ein Monopolverband von Kurier und Kronenzeitung würde das Emporkommen jedes weiteren Konkurrenten von vornherein verhindern. Eine Zeitung, die hier einzubrechen versucht, bekäme nicht einmal das Papier geschweige denn die nötigen Druckereikapazitäten. Andererseits bedeutet die fortbestehende Konkurrenz zwischen Kurier und Kronenzeitung bei der größe der eingesetzten Kapitalien, beim bestehenden Umfang und der Konzentration der Produktion eine ständige Bedrohung. Wenn - im Falle der Krise - das Inseratenvolumen nur um 10 bis 20 % zurückgeht, kommen beide Zeitungen trotz derzeit hoher Gewinne tief in die roten Zahlen. Ein Konkurrenzkampf könnte in der Krise für beide Zeitungen mörderisch sein. Daher ist es durchaus richtig, wenn Hans Dichand in der Podiumsdiskussion auf der Uni am 28.1. sagte, daß die Kapitalverflechtung von Kurier und Kronenzeitung dazu diene, beide Zeitungen krisenfest zu machen.

Würde so ein Meinungsmonopol entstehen ?

Die meisten Kritiker der Verbindung von Kurier und Kronenzeitung begründeten ihre Kritik damit, daß eine Kapitalverflechtung notwendig eine Meinungsverflechtung zur Folge haben werde. Das ist entweder dumm oder heuchlerisch. Denn eine Verbindung von Kurier und Kronenzeitung wäre derzeit überhaupt nicht möglich, wenn die hinter den beiden Zeitungen stehenden finanzkapitalistischen Gruppierungen, auf Seiten der Krone die Gruppierung um die BAWAG, auf Seiten des Kurier die Gruppierung, deren bekanntester Vertreter der Industrielle Turnherr ist, grundlegend verschiedene politische Zielsetzungen verfolgen würden. Die Verbindung von Kurier und Kronenzeitung ist möglich, weil beide Zeitungen im wesentlichen bereits bisher die gleiche Politik unterstützten - nur auf verschiedene Wei-Weise; die Verbindung ist möglich, weil die Meinungsverflechtung bereits existiert. Unterschiede der Schreibweise der beiden Zeitungen würden im Falle der Kapitalverflechtung weiterbestehen, sich vielleicht sogar verstärken, weil die eine Zeitung nicht mehr in das Leserpotential der anderen einzubrechen versuchen würde.

Beide Zeitungen verteidigten bisher immer die Politik der Sozialpartnerschaft und werden es auch künftig tun. Beide Zeitungen suchen die bestehende Entpolitisierung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, das Interesse der Menschen auf Nebensachen, Kleinigkeiten, Skandale etc. hinzulenken, den Klassenkampf und den Befreiungskampf der Völker zu ignorieren oder zu verketzern, die fortschrittlichen politischen Kräfte in der Welt und in Österreich herabzumindern und zu verleumden. Bei allen großen Ereignissen der letzten Zeit, vom Nahostkrieg über die Erdölkrise bis zur sich entwickelnden ökonomischen Krise bei uns, haben beide Zeitungen vollständig dieselben Strategien des Volksbetrugs zur Anwendung gebracht, dieselben Lügenmärchen der Bourgeoisie erzählt. Sie haben sich beide an der chauvinistischen Hetze gegen die arabischen Völker (die "Ölscheichs") und die Gastarbeiter beteiligt. Gegenwärtig versuchen beide Zeitungen die Gefahren der Krise herunterzuspielen und predigen der Arbeiterklasse und dem Volk zugleich Mäßigung als Rezept gegen die Krise. Kurier und Krone sind die Zeitungen der größten österreichischen finanzkapitalistischen Gruppierungen. Diese Gruppierungen haben derzeit keine wesentlichen politischen Differenzen. Beide Zeitungen betrügen das Volk - nur auf verschidene Weise; aber auch die anderen Zeitungen, die zum Teil so heftig gegen das "Pressemonopol" gewettert haben, sind Organe von Kapitalistengruppen und Bourgeoisparteien und nur verschieden in der Form, in der sie das Volk politisch und ideologisch an die Bourgeoisie zu binden suchen. Daß das so ist, kam in der

Über den Kommunistischen Bund Wien (KB) und über die Marxistisch - Leninistische Studentenorganisation (MLS) können folgende deutschsprachige chinesische Zeitschriften abboniert werden:

P E K I N G R U N D S C H A U :

politische Wochenschrift über China und Weltangelegenheiten

Sie enthält:

- Berichte über Chinas sozialistische Revolution und sozialistischen Aufbau
- Chinas Ansichten in internationalen Fragen
- Theoretische Artikel
- Wichtige Erklärungen und Dokumente

PREIS: S 75.- (1Jahr) S 112,50.- (2Jahre) S 150.- (3Jahre)

C H I N A I M B I L D :

Monatsschrift in Großformat mit reichem Bildmaterial und knappen Texten

Diese Zeitschrift berichtet von Chinas neuen Erfolgen auf verschiedenen Gebieten, zeigt das neue Leben von Chinas Nationalität und informiert über den freundschaftlichen Verkehr zwischen dem chinesischen Volk und den Völkern aller Länder der Welt

PREIS: S 60.- (1Jahr) S 90 (2Jahre) S 120.- (3Jahre)

SOWIE ALLE ANDEREN IN DER VR CHINA ERSCHEINENDEN ZEITSCHRIFten

Die Bestellung der Zeitschriften erfolgt durch die Bezahlung der angegebenen Summe auf unser Konto der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Nach Erhalt Ihres Zahlungsbeleges werden wir Ihre Bestellung sofort nach China weiterleiten. Die erste Nummer werden Sie ca. 4 Wochen darauf erhaltem.

UNSERE KONTONUMMER: 701273708

erwähnten Diskussion auf der Universität klar heraus. So sagte Thomas Chorherr, stellvertretender Chefredakteur der "Presse", die von der Bundeswirtschaftskammer finanziert wird, daß die Unabhängigkeit einer Zeitung auf ihrer finanziellen Basis beruhe. Er sagte auch: "Wer zahlt, schafft an!"; daß die Meinungsfreiheit des Journalisten darin bestehe, daß er innerhalb der vom Kapitalgeber der Zeitung festgelegten Bandbreite schreiben könne, was er wolle. Feichtelbauer, der Chefredakteur des Kurier, erklärte, daß ihm natürlich von den Industriellen, denen der Kurier gehört, nicht im einzelnen vorgeschrieben werde, was er zu schreiben habe. Die Zeitungen sind eben Instrumente der Bourgeoisie und so organisiert, daß sich die Herren Kapitalisten nicht um jedes Detail kümmern müssen. Dazu haben sie Journalisten, die innerhalb einer gewissen Bandbreite die Freiheit haben, alles zu schreiben, was der Bourgeoisie nützt. Die Zeitungen sind unabhängig - zwar nicht vom Kapital, so sondern von den Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes. Das "Meinungsmonopol" ist das Meinungsmonopol der Bourgeoisie.

Die Heuchelei mit der Meinungsvielfalt

Derselbe Chorherr sagte bei obiger Gelegenheit, daß ein Meinungsmonopol die Basis der Demokratie gefährde und daher nach Garantien für die Meinungsvielfalt zu suchen wäre. Gemeint ist die Meinungsvielfalt in der Kapitalistenpresse und die bürgerliche Demokratie, die nicht als Fassade der Diktatur der Bourgeoisie durchschaut werden soll. Die Verteidigung der Meinungsvielfalt dient der Aufrechterhaltung der demokratischen Hülle der Bourgeoisherrschaft. Es geht nicht um die Verteidigung der Pressefreiheit, sondern um die Bewahrung des Scheins. Günther Nenning, ein Oberheuchler, hat das treffend formuliert: "Viel Zeit ist nicht mehr. Die Kluft zwischen dem Ideal von Demokratie und der Realität unserer Presse wird immer größer. "(Profil 3/74). Mit anderen Worten: Die Kluft zwischen bürgerlicher Ideologie und Wirklichkeit wird immer größer. Man muß sie zudecken. Es geht hier nur um mehr oder weniger raffinierte Formen des Volksbetruges.

Auch die Einführung von Redaktionsstatuten, die die Meinungsfreiheit der Journalisten in gewissen Grenzen sichern soll, lenkt vom wesentlichen nur ab. Währenddessen genießen die Journalisten keineswegs die Freiheit politischer und gewerkschaftlicher Betätigung am Arbeitsplatz. Bei der Kronenzeitung gab es bis vor kurzem nicht einmal einen Betriebsrat. Als 1972 ein fortschrittlicher Journalist zum Betriebsrat des Kurier gewählt wurde, focht die Betriebsleitung die Wahl sofort an und entließ den betreffenden Journalisten. Hier liegt das Kampfgebiet für demokratische und fortschrittliche Journalisten, die gezwungen sind, bei bürgerlichen Zeitungen zu arbeiten. Außerdem würden Redaktionsstatute im besten Fall nur den Journalisten ein Meinungsprivileg sichern, also überhaupt nichts an der Ausschaltung der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen von der Öffentlichkeit ändern.

Die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen haben ein Interesse an der konsequenten Verteidigung und Verwirklichung der Pressefreiheit, am Aufbau von Presseorganen, die ihren Interessen dienen. Die Arbeiterklasse kann gegen die bürgerliche Ideologie nur ankämpfen, indem sie ihre eigenen Klassenzeitungen schafft und nicht, indem sie für die bürgerliche Meinungsvielfalt in den Kapitalistenblättern kämpft. Die vollständige Verwirklichung der Pressefreiheit für die breiten Massen ist aber erst unter der Diktatur des Proletariats möglich, die der Bourgeoisie die Druckereien, Papiervorräte und sonstigen Dinge, die für die Produktion von Zeitungen nötig sind enteignet und die werktätigen Massen dazu organisiert, alle öffentlichen Angelegenheiten, einschließlich des Pressewesens, in die eigenen Hände zu nehmen.

L.K.

KLASSENKAMPF

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN

Erscheint 12 mal jährlich. Einzelpreis S 3.-. Jahresabonnement inklusive Porto (12 Nummern) S 50.-. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf das Konto "KB Wien" BAWAG-Zentrale 00663047.

DIE MORALISCHEN VORZÜGE DER KRISE (Zur ›Krisenanalyse österreichischer Forscher‹)

einem loyalen Mitglied der imperialistischen Ausbeutergesellschaft mache - die "sozialpartnerschaftliche, freie Marktwirtschaft".
Heute? Wehgeschrei! Die krisenhafte Entwicklung des Imperialismus ist nicht mehr wegzuleugnen und schon geht es los mit einer "Kritik" an einzelnen "Auswüchsen", die keine Auswüchse, sondern Gesetz des Kapitalismus sind, um den ganzen bürgerlichen Kram, den sie Tag für Tag bisher an den Mann

"Nie' hat es noch eine Prosperitätsperiode gegeben, wo sie (die bgl. Optimisten, d. Verf.) nicht die Gelegenheit wahrgenommen, uns zu beweisen, daß dieses Mal die Medaille keine Kehrseite habe, daß dieses Mal das unerbittliche Schicksal besiegt sei. Am Tage des Krisenausbruchs aber stellten sie sich unschuldig und legten mit moralischen, banalen Salbadereien los gegen Handel und Industrie, die weder genügend Vorsicht noch genügend Voraussicht geübt hätten" (MEW 8, S. 373)



Lohnarbeit und Kapital:
Vereint und voll Mäßigung in die Krise!

Mehr als 12o Jahre ist es her, seit Marx das geschrieben hat. Geändert hat sich nichts, soeben erleben wir das gleiche Schauspiel. Nach dem 2. Weltkrieg allgemeiner Wachstumstaumel: berauscht von der Akkumulation des Kapitals, die keine Grenzen zu kennen schien, meinten die bürgerlichen Ideologen endlich jenes System gefunden zu haben, das den Kapitalismus vom der Krise verschone und die Arbeiterklasse zu zu bringen versucht haben, doch wieder über die Runden zu bringen. Wir wären in der Verschwendung zu maßlos gewesen, die Ölkonzerne etwas zu geldgierig. Daß die Bewegung des Kapitals rastlos, die Gier nach Profit maßlos ist - das wollen dieselben Herren aber natürlich nicht begreifen. Einschränken müssen wir uns, dann geht es wieder aufwärts-ohne Kehrseite. Einschränken - das ist das Wichtigste, denn an der Krise haben die Kapitalisten immer schon gefürchtet, daß die Arbeiterklasse nicht bereit sein kön-

nte, die Lasten auf ihre Schultern zu nehmen. Einen Ausweg aus der Krise aber gibt es für die Bourgeoisie nur, wenn die Arbeiterklasse verstärkte Ausbeutung hinnimmt und nicht zum Bewußtsein kommt, daß Kapitalismus und Krise zusammengehören. Das werktätige Volk muß also rechtzeitig auf den Konsumverzicht - zum Abbau der Verschwendung - vorbereitet werden.

Vom "Club of Rome" bis zur "Krisenanalyse österreichischer Forscher" im Auftrag des IFES (siehe Kurier vom 4. 2. 74) reicht der facettenreiche Bogen, der dem Volk die Suppe schmackhaft machen soll, die ihm im Zuge der Veränderung des Konsums von der Verschwendung zur Einschränkung vorgesetzt werden soll.

"Das Bewußtsein des Konsumenten ist tiefgreifend zu verändern, entweder mit politischen und religiösen Überzeugungsmitteln oder mit den modernen Überredungstechniken der Werbung und des Marketings" heißt es in der "Krisenanalyse der österreichischen Forscher". Wenn nun die Kirche vor einiger Zeit bemerkt hat, daß das Essen von Fleisch an einem Freitag keine Todsünde ist, wird es jetzt vielleicht wieder mehr dem Zug der Zeit entsprechen, wenn einen der Teufel nicht nur wegen des Fleischgenusses am Freitag holt, sondern auch am Sonntag. Nützt das vielleicht nicht mehr, dann her mit den "modernen Überredungstechniken"! "Die Regierung dürfte allerdings bei einer Umschichtung der Konsumwünsche der Bevölkerung..." , meinen die Wissenschaftler " nicht zu weit gehen", denn, "eine übertriebene Konsumeinschränkung könnte nur zu leicht zu einer Sparsucht(!) der Bevölkerung und damit zu einem arbeitsplatzbedrohenden Nachfrageрückgang führen" (alles Kurier 4. 2.)

Daß jede "Konsumeinschränkung" noch dadurch erreicht worden ist, daß ,die Preise hinaufgesetzt und die Löhne gesenkt wurden - zur Dämpfung der Nachfrage, wie es so schön heißt - ist kein rechtes Geheimnis mehr. Geheimnis bleibt nur, wie man von"Sparsucht" befallen werden kann, wo es nichts zu sparen gibt. Aber das ist eigentlich auch gleich, wichtig ist, daß dann, wenn weniger konsumiert wird auch noch die an der Arbeitslosigkeit schuld sind, die sich nichts kaufen können.

Eines konnten die "Experten aber leider auch nicht herausfinden:"Ob Menschen durch die materielle Mäßigung (!) Schaden nehmen oder vielleicht sogar glücklicher werden"!

Jedenfalls:"Es wäre möglich, daß durch den raschen Wandel gewisse (!) Bevölkerungsgruppen auf der Strecke bleiben und ihr Heil in der politischen Aggression suchen. Es könnte aber uch sein, daß den Menschen angenehme Arbeit lieber ist (oder keine, wenn es Arbeitslosigkeit gibt, d. Verf.) als hoher(!) Verdienst und es zu einer Wiederentdeckung immaterieller Werte kommt". Dabei muß ihnen natürlich geholfen werden - siehe oben.

Sollte das nicht genügen, dem Volk das "Schöne"und "Gute" bei entsprechend wenig Konsum nahezubringen, dann hilft hier sicherlich der Knüppel, von dem allerdings bei den "Wissenschaftlern" nicht die Rede ist, wenn die die auf der Strecke bleiben, die "politische Aggression suchen". Den schwingt nämlich dann die Polizei.

P. M.

Zivildienstgesetz
WIR MÜSSEN DEN KLASSENKAMPF IN DIE ARMEE TRAGEN

Nach Billigung durch den Verfassungsausschuß soll noch im Verlauf dieses Jahres das neue Zivildienstgesetz im Parlament verabschiedet werden. SPÖ und ÖVP haben sich bereits Ende Jänner darüber geeinigt. Laut diesem Gesetz soll ab 1. 1. 1975 die Möglichkeit geschaffen werden, daß "Wehrpflichtige, die aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe ablehnen", und dieses entsprechend begründen und beweisen können, einen Wehrersatzdienst bzw. einen Zivildienst ableisten können. Die Dauer des Zivildienstes soll 8 Monate betragen. Vom Einsatz im Leichen- und Bestattungswesen, in der Lawinen- und Wildbachverbauung, in der Vermarkung der Bundesgrenze, in der Verwendung als Naturschutzhüter bis zur Heranziehung zur Krankenpflege, zum Rettungswesen, zur Katastrophen-und Sozialhilfe und dgl. soll die breite Skala "gemeinnütziger Dienstleistungen" im Rahmen des des Zivildienstes bestehen.

Das Zivildienstgesetz eröffnet damit dem Staat die Möglichkeit, in verschiedenen wichtigen öffentlichen Bereichen, in denen zum Großteil aufgrund geringer Bezahlung und schlechter Arbeitsbedingungen chronischer Arbeitskräftemangel herrscht, einen paramilitärisch organisierten Arbeitsdienst einzurichten. Nicht zuletzt wird den Zivildienstleistenden auch die Rolle eines staatlich organisierten Streikbrecherkorps zugedacht.

Mit der Einführung des Zivildienstgesetzes folgt die Regierung dem Drängen verschiedener, parteigebundener, religiöser und pazifistischer Vereine, die allesamt von der Bourgeoisie unterstützt und hochgepäppelt werden. Die Regierungspartei und auch die ÖVP versuchen sich demokratisch und friedliebend zu geben, indem sie dem Wunsch einiger kleinbürgerlicher Pazifisten nach einer Welt ohne Waffen und Blutvergießen stattgeben.

So soll die antimilitaristische Strömung innerhalb der Jugend kanalisiert und von der Aufrüstung des bürgerlichen Staates (Bereitschaftstruppe, Erhöhung des Heeresbudgets, Verstärkung der Polizei) und den verstärkten Versuchen der Militarisierung der Jugend und der gesamten Bevölkerung abgelenkt werden.

Der Antimilitarismus der Jugend wächst

Immer mehr Jugendlichen wird klar, daß die Heere und Armeen der imperialistischen Staaten und der kapitalistischen Länder der Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker dienen, dem Kampf um Rohstoffquellen und Absatzmärkte gegen die imperialistischen Konkurrenten und zur Aufrechterhaltung der politischen Macht der Ausbeuterklasse über die Arbeiter und alle Werktätigen im Inneren der kapitalistischen Länder selbst. Immer mehr von ihnen begreifen, daß neben Schule und Kirche, neben Klassenjustiz und Polizei dem Heer eine besondere Rolle in der Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse zukommt. Der Drill zum blinden Gehorsam, zum Duckmäusertum, offenbart beim Heer ganz besonders deutlich den Zwangscharakter der Institutionen des bürgerlichen Staates. Es wird vielen Jugendlichen nicht nur klar, daß der Drill zur Unterordnung sie auf ihr späteres Verhalten im Betrieb, in der Fabrik oder im Büro vorbereiten soll, sondern, daß sie hier "lernen" sollen, zum Unterdrücker und Feind, zum Mörder der eigenen Klassengenossen zu werden. Das wird nicht nur im Wehrgesetz offen gesagt ("Das BH.. dient zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren"), dafür spricht auch die Geschichte des österreichischen Bundesheeres. Es wurde bereits mehrmals gegen das Volk in Einsatz bzw. in Alarmbereitschaft gesetzt; bei den Demonstrationen der Arbeiter in den Jahren 1918-24, bei der Niederschlagung des Aufstandes der Arbeiter im Februar 1934, bei den Massenstreiks 1950 und jüngst bei der Anti-Nixon-Demonstration zu Pfingsten 1972 in Salzburg, usw.

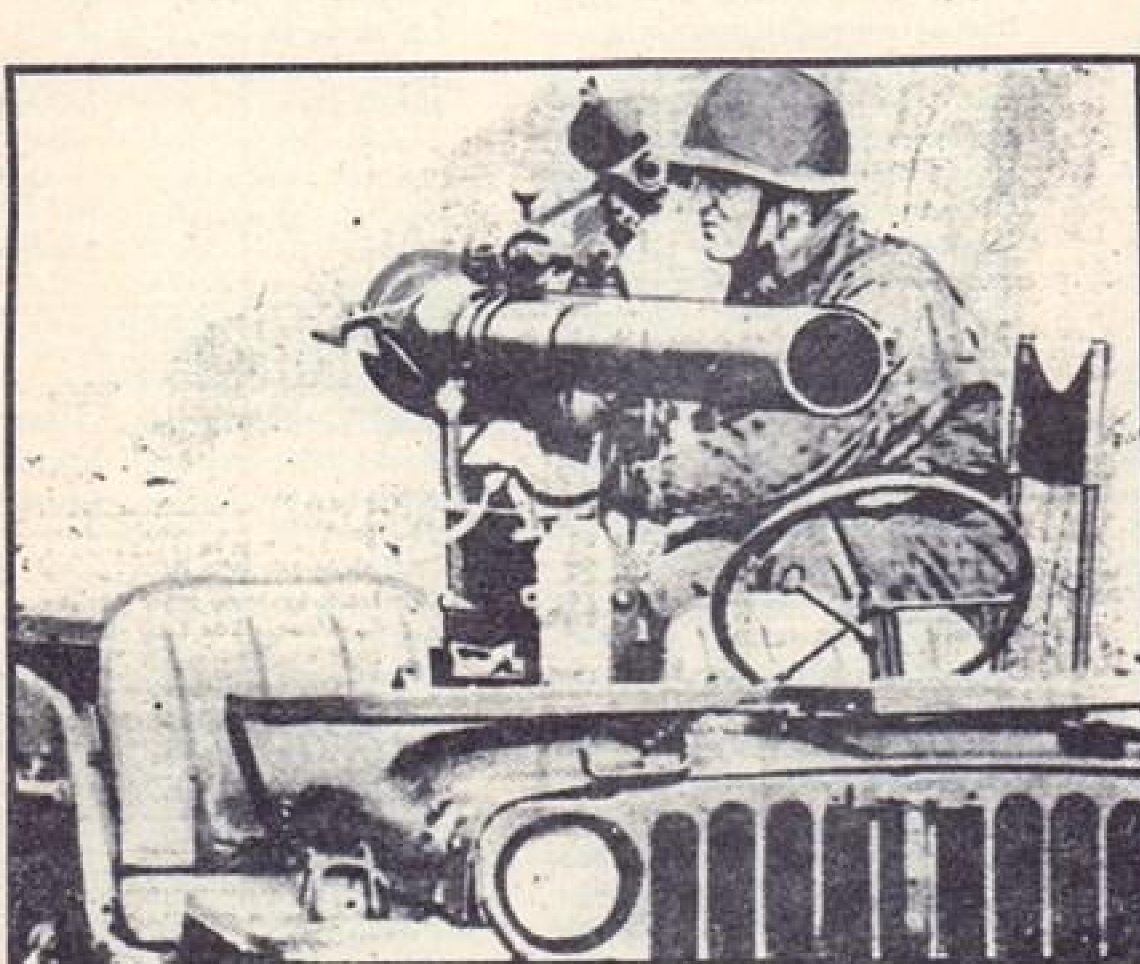
Es ist völlig klar, daß auch in Österreich der Unmut und der Widerstand der Jugendlichen im Bundesheer, der immer mehr oder weniger stark war, zunimmt. Die immer offener auftretenden Widersprüche zwischen den Volksmassen auf der einen Seite und den Kapitalisten, ihrem Staat und ihrer Regierung auf der anderen Seite, werden diesen Unmut und Widerstand noch gewaltig verstärken.

Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung ihrer Herrschaft verfügt, muß das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen!

Von den Kommunisten kann der Kampf gegen den Militarismus und gegen das bürgerliche Heer nur als Kampf gegen den Kapitalismus selbst verstanden werden. "Nur mit dem Kapitalismus - der letzten Klassengesellschaft - zugleich kann der Militarismus fallen"(Liebknecht). Daher ist der Antimilitarismus der Kommunisten nur ein Teil des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und ihren Staat. Als solcher muß er aber auch konsequent geführt werden. Denn die bewaffneten Formationen der Bourgeoisie sind deren Hauptstützen in der Aufrechterhaltung ihrer Macht und der herrschenden Gesellschaftsordnung. "Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. "(Lenin) Angesichts dieser Tatsache ist jedes Geschwätz vom "friedlichen Übergang" zum Sozialismus eine Irreführung der Massen Und eine ideologische Unterstützung der Bourgeoisie. Die Losung der Kommunisten hingegen muß lauten: "Bewaffnung des Proletariats, um die Bourgoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu entwaffnen. Das ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse ... Erst nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, alle Waffen zum alten Eisen werfen, was es dann auch zweifellos tun wird, aber erst dann, auf keinen Fall früher ..." "Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffen handhaben zu lernen und Waffen zu besitzen, ist nur wert, als Sklave behandelt zu werden. Wir können doch nicht, ohne uns in bürgerliche Pazifisten oder Opportunisten zu verwandeln, vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben, und daß es daraus keinen anderen Ausweg gibt und auch nicht geben kann als den Klassenkampf und die Niederwerfung der Macht der herrschenden Klasse. "(Lenin, Über die Losung der "Entwaffnung")

Die allgemeine Wehrpflicht wird von der bürgerlichen Klasse dazu benutzt, um die große Masse der werktätigen Jugend aus Stadt und Land ideologisch und organisatorisch für die Zwecke der Bourgeoisie dienstbar zu machen, indem sie diese unter ihren Befehl und Gehorsam preßt. Die allgemeine Wehrpflicht führt aber auch dazu, daß große Teile der werktätigen Jugend im Waffengebrauch geübt werden. Sie bietet die Möglichkeit, in einer revolutionären Situation die Waffen gegen die Bourgeoisie zu richten.

Aber ohne im Kampf um die Massen, die in der Armee dienen, Erfolge erzielt zu haben, ohne daß größere Teile des Heeres auf die Seite des Proletariats übergehen, kann die Herrschaft der Bourgeoisie nicht abgeschüttelt werden. Daher kann es für Kommunisten und alle klassenbewußten Arbeiter und Lehrlinge, für alle fortschrittlichen Schüler und Studenten keine Wahl zwischen Militärdienst und Zivildienst geben. Daher ist jede Kriegs- bzw. Wehrdienstverweigerung nichts als "eine Dummheit, ein jämmerlicher Traum vom unbewaffneten Kampf gegen die bewaffnete Bourgeoisie, ein Seufzen nach Beseitigung des Kapitalismus ohne erbitterten Bürgerkrieg" (Lenin, in "Lage und Aufgabe der Sozialistischen Internationale")



Die Kommunisten müssen den Klassenkampf ins Heer tragen

Sie müssen selbst in Zeiten der Stagnation der Klassenkämpfe und des bloß allmählichen Aufschwungs der Massenkämpfe damit beginnen, durch aufklärende Propaganda und Agitation das bürgerliche Heer zu zersetzen, indem sie dessen Klassencharakter und dessen Funktion als Werkzeug der Herrschenden Klasse entlarven. Die Kommunisten müssen durch die Organisierung von Zellen, von revolutionären Zirkeln und Gruppen innerhalb der Armee schon jetzt die Positionen schaffen, die es ihnen im entscheidenden Augenblick ermöglichen, die auf die Arbeiter gerichteten Gewehre der Soldaten abzulenken und sie gegen die herrschende Klasse zu kehren. Die klassenbewußten Soldaten müssen darauf hinarbeiten, daß die im Heer massiv vertretenen Arbeiter und Werktätigen die Waffen niemals gegen das eigene Volk richten, sondern zum gegebenen Zeitpunkt die Waffen zum Sturz der Bourgeoisie ergreifen.

Um dem Klassenkampf in der Armee und der antimilitaristischen Arbeit im Heer und im Volk eine richtige Perspektive zu geben, stellen die Kommunisten folgende Forderungen auf:

- Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung
- Wahl der Offiziere
- Die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz zubringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten.

W.O.

Ergebnisse der ÖH-Wahlen

Die Ergebnisse der ÖH-Wahlen Mitte Jänner dieses Jahres sind ein nicht unbedeutender Indikator für die Einschätzung des politischen Kräfteverhältnisses an den Hochschulen. Sie zeigen, daß die krisenhafte Verschärfung der Widersprüche in der ganzen Gesellschaft, die Zunahme der Kämpfe der Arbeiterklasse und das Interesse der Massen am Kommunismus gerade unter der studierenden Jugend als besonders sensibler und mobiler Schicht in der bürgerlichen Gesellschaft deutlichen Ausdruck findet. Die Linksentwicklung unter den Studenten hat ein anderes Tempo angenommen. Ca. 10 % der Stimmen sind mit einem Male von rechts nach links gerutscht. Man kann heute von einer Linksentwicklung sprechen, die sich nicht bloß innerhalb einer Minderheit politisch aufgeschlossener Studenten abspielt, sondern tatsächlich breite Teile der Studentenschaft erfaßt und politisch und ideologisch in Bewegung setzt. Das ist ein grundlegender Unterschied zu allen bisherigen ÖH-Wahlen.

Die beträchtlichen Stimmenverluste, die ÖSU und RFS als offene Vertreter der Bourgeoisie unter den Studenten einstecken mußten, zeigen klar, daß die Ablehnung der offen reaktionären Politik dieser Gruppierungen unter der studierenden Jugend zunimmt. Auch die äußerst niedrige Wahlbeteiligung (34,24 %) muß in diesem Sinn verstanden werden: sie läßt erkennen, daß ein großer Teil der Studenten heute noch sein Mißtrauen in bürgerlich-parlamentarische Spielregeln und deren Vertreter in politische Apathie umsetzt. Diese politische Apathisierung ist nicht zuletzt Folge der Politik der bürgerlichen Studentengruppen vom Schlage ÖSU und RFS, die ihr Ziel, die ideologische und politische Bindung der Studenten an die Bourgeoisie zu erhalten, durch die Ausschaltung der breiten Masse der Studenten von politischer Aktivität zu erreichen suchen.

Viele Studenten haben bereits das unmenschliche und grausame System der Ausbeutung und Unterdrückung der 3. Welt durch den Imperialismus durchschaut und sich in die antiimperialistische Solidaritätsbewegung zur Unterstützung der Kämpfe der unterdrückten Völker eingereiht. Sie erkennen immer

deutlicher das volksfeindliche Wesen der bürgerlichen Wissenschaften und beginnen sich gegen die Verschärfung der Studienbedingungen und die ideologische Formierung an den Hochschulen zur Wehr zu setzen. Diese hauptsächlich noch spontanen Bewegungen finden ihren mehr oder weniger konsequenten Ausdruck in dem bedeutenden Stimmenzuwachs, den die "linken" VSSTÖ, KSV und GRM und die Kommunisten erringen konnten.

Dieser Stimmenzuwachs zeigt, daß sich Teile der studierenden Jugend von den offenen Vertretern der bürgerlichen Reaktion abwenden, er zeigt aber auch, daß diese Abwendung oft über den Protest gegen einzelne reaktionäre Maßnahmen nicht hinauskommt und deshalb eine beträchtliche Anzahl der fortschrittlichen Studenten eine leichte Beute der Revisionisten wird. Die Reformisten locken mit Versprechungen vielfältigster Art, sie reichen von einer "qualifizierteren Ausbildung", einer gesicherten Berufsperspektive, mehr Mitspracherecht in den Gremien bis zum verbalradikalen Unsinn, daß man sich im Kampf um mehr Freiheiten an der Hochschule bereits in den Kampf des Proletariats einreiht, daß man mit einer Stimmabgabe für eine "revolutionäre Liste" an den Hochschulen bereits einen Beitrag "zum Aufbau einer neuen revolutionären Avantgarde in Österreich" leistet. Auf diese oder jene Weise lenken die Reformisten so in jedem Fall davon ab, daß nur die Einreihung in den einheitlichen politischen Klassenkampf unter der Führung der Arbeiterklasse, nur die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates zu einer radikalen Änderung der Verhältnisse führen kann.

Die Stimmengewinne der kommunistischen Hochschulorganisationen in ganz Österreich, die damit zur viertstärksten Fraktion in der Hochschülerschaft wurden und die vielen Mandante, die die Kommunisten auf der Ebene der Institute und Studienrichtungen erringen konnten (so sind rund zwei Drittel der gewählten Kandidaten der Institutsgruppen auf der Uni Wien Mitglieder oder Kandidaten der MLS), bestätigt unsere Einschätzung, daß die Bedingungen dafür immer günstiger werden, daß die Kommunisten durch organisierendes und führendes Eingreifen die in Bewegung geratenen Studenten für den politischen Kampf gegen die Ausbildung im Interesse des Kapitals, für das Bündnis mit der Arbeiterklasse im Kampf um den Sozialismus gewinnen können.

Die Stimmenverteilung unter den "linken" Gruppen in Wien zeigt aber auch, daß es uns auf Grund einer Reihe von Fehlern, die wir im vergangenen Semester gemacht haben, nicht gelungen ist, einen breiten Einbruch in die Masse der nach links gehenden Studenten zu erzielen. Es ist uns nicht gelungen, breite Kämpfe vorzubereiten, in diesen Kämpfen die Loslösung von der bürgerlichen Ideologie voranzutreiben und die proletarische Ideologie unter den Studenten zu verankern. Wir waren politisch, ideologisch und organisatorisch noch nicht gefestigt genug, um dem spontanen Unmut eine klare Perspektive zu weisen. Es gelang uns nicht, allseitig in die ideologische Offensive zu gehen. Weder in den Lehrveranstaltungen noch in Hörerversammlungen und Teach-ins waren wir in genügendem Maße imstande, die ideologische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Spielarten der bürgerlichen Ideologie und des Opportunismus richtig, d.h. im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung politischer Massenkämpfe zu führen. Unser Auftreten war vorwiegend kommentierend: wir verabsäumten es, eine Linie zu propagieren, auf deren Basis die Massen den Kampf auch aufnehmen und führen können. Deshalb blieben die ideologischen Kämpfe besonders mit den modernen Revisionisten und Trotzkisten oft abstrakt und konnten von vielen Studenten nicht verstanden werden.
Bei der Arbeit an den Instituten richteten wir zum Teil selbst den Blick der Studenten einzig und allein auf die Studienverschärfungen. Wir führten den Kampf gegen den Prüfungsdruck nur als Kampf um Studienerleichterungen oder nur als Kampf um freien Zugang zu den Lehrveranstaltungen, statt ihn zu verstehen als Mittel und Bedingung, um auf den Hochschulen freien Raum zu schaffen für die Entfaltung des Klassenkampfes. Weil wir die einzelnen Teilkämpfe nicht auf der richtigen Linie führten, gelang es uns nicht, die Massen von reformistischen Illusionen loszulösen, die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes aufzuzeigen und ihre Verbindung zu fördern.

Bereits vor den Wahlen, im im Verlauf des Wahlkampfes, hatten wir unsere Fehler erkannt, in Teach-ins und Hörerversammlungen zu korrigieren begonnen und gingen unter der Parole "Aus den Fehlern lernen" an die ideologische und politische Festigung der Organisation. Die Überwindung dieser Fehler erfordert den entschiedensten Kampf gegen den Opportunismus in den eigenen Reihen.

In dem Maße, in dem es uns gelingen wird, die Studenten in die Kämpfe des Volkes einzureihen, die ideologische Offensive zu verstärken und im Kampf gegen die einzelnen reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie auf der Hochschule die Bewegung der Kritik und des Kampfes gegen die bürgerliche Wissenschaft und Ausbildung zu entfalten, werden sich die fortschrittlichen Studenten immer mehr vom Einfluß jeder Spielart bürgerlicher Ideologie loslösen und zu Mitstreitern der Arbeiterklasse im Kampf um den Sozialismus werden. Die Bedingungen sind für die Kommunisten günstig. Das Wahlergebnis hat gezeigt, daß die Studenten nach einer fortschrittlichen Perspektive suchen.

E. R.

Hungerstreik 40 iranischer Kollegen in Wien

Ende Jänner traten rund 40 iranische Kollegen in den Hungerstreik. Sie beteiligten sich damit an einer internationalen Aktion der Organisation iranischer Studenten CISNU, die in mehreren Ländern - in der BRD, Schweden, Italien, England und in den USA - Hungerstreiks organisiert hatte. Sie wollten damit ihren scharfen Protest gegen ein neues Verbrechen des Schahregimes zum Ausdruck bringen und die Weltöffentlichkeit darauf aufmerksam machen. Das Schahregime hat Anfang Jänner 5 Intellektuelle zum Tode verurteilt. Diese 5 Revolutionäre gehörten einer Gruppe von 12 fortschrittlichen Menschen an, die die iranische Polizei vor einigen Monaten verhaftet hatte. Sie hatten durch ihre publizistische und literarische Tätigkeit und durch Filme scharfe Kritik an den Zuständen im Iran und an der Herrschaft des Schah geübt. 2 der Revolutionäre konnten nicht gerettet werden. Sie standen fest zu ihren Ansichten und lehnten es ab, den Schah um Gnade zu bitten. Wenige Tage später wurden 4 andere Verhaftete umgebracht.

Seit einigen Jahren vergeht im Iran kein Tag, an dem die Polizei, der Geheimdienst SAVAK oder die Militärtribunale nicht fortschrittliche Menschen verhaften, foltern und töten. Trotz der totalen Nachrichtensperre melden sogar die westlichen Zeitungen fast jeden Monat Todesurteile gegen iranische Revolutionäre. Das alles hindert die imperialistischen Staaten, insbesondere die USA, BRD und Großbritannien nicht, die Armee des Schah aufzurüsten. Vor kurzem haben die deutschen Imperialisten einige Hundert Panzer geliefert - als Gegenleistung für ein abgeschlossenes Ölgeschäft. Womit hängt diese hektische Aktivität der Imperialisten und der iranischen Reaktion zusammen? Ist der brutale Terror, die Erschießungen und die Folter ein Ausdruck der Stärke des Schahregimes? So darf man die Sache nicht sehen. Gerade in letzter Zeit nehmen die Kämpfe der iranischen Arbeiterklasse und der Bauern einen neuen Aufschwung, häufen sich die politischen Bewegungen im Volk. Die Streiks nehmen zu und in den letzten Monaten war die Kraft der Arbeiterklasse so groß, daß sie Erfolge erzielen konnte. Immer wieder kommt es in verschiedenen Teilen des Landes zu Bauernaufständen, die blutig niedergeschlagen werden. In den Städten mehren sich die Kämpfe des Volkes um politische Rechte. So haben die Studenten der TH von Teheran im Dezember die Hochschule besetzt. Obwohl das Gebäude von der kaiserlichen Garde blutig gesäubert wurde, ist es der Polizei bis heute noch nicht gelungen, Verhältnisse zu schaffen, daß die Hochschule wieder geöffnet werden kann. Der Aufschwung der revolutionären Kräfte ist ein wesentlicher Grund, warum die Imperialisten den Iran derart aufrüsten und die faschistischen Banden im Iran so blutig wüten.
Wo es Unterdrückung und Ausbeutung gibt, gibt es auch Widerstand! Diese unumstößliche Wahrheit der Geschichte können die Imperialisten weder durch Waffenlieferungen noch

Die Studenten müssen den Kampf um ausreichende Stipendien aufnehmen!

Durch die ständige Preistreiberei und die in die Höhe schnellenden Mieten sind die Lebenshaltungskosten für das ganze Volk enorm gestiegen. Besonders stark ist in den letzten Monaten die Verteuerung der Konsumgüter und der Brennstoffe gewesen. Von dieser Verschlechterung der Lebensbedingungen sind auch viele Studenten betroffen, die keine reichen Eltern haben, die sie finanziell unterstützen können. Die studierenden Kinder der ärmeren Familien müssen von den Stipendien leben. Diese Stipendien sind seit 3 Jahren nicht mehr erhöht worden, das Höchststipendium für die Kollegen, die nicht am Studienort zuhause sind beträgt heute S 1900.-
Mit diesem Betrag kann heute kein Student die lebensnotwendigen Ausgaben decken. Die Stipendienbezieher sind also auf immer größere Unterstützung durch die Eltern angewiesen, was zu einer weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen der werktätigen Familien führt.
Dazu kommt noch, daß die Stipendien vieler Kollegen sogar gesunken sind, durch die nominellen Lohnerhöhungen ihrer Eltern, die von der Inflation schon längst wieder weggefressen sind.
Gegenwärtig plant die Regierung eine Erhöhung der Stipendien, allerdings nur um S 300.-im Monat. Damit wird nicht einmal die Steigerung der Lebenshaltungskosten für das letzte Jahr ausgeglichen! Der Gesetzentwurf sieht auch eine geringfügige Erhöhung der Einkommensgrenzen vor, doch auch diese lächerlichen S 5000 pro Jahr gleichen nicht einmal die Inflation des Jahres 1971 aus. Demgegenüber müssen wir für alle Studenten, deren Eltern nicht mehr als das durchschnittliche Einkommen einer Arbeiterfamilie verdienen, ein Stipendium verlangen, das die lebensnotwendigen Ausgaben deckt. Dieser Betrag liegt bei mindestens S 3000.- Zugleich fordern wir die Erhöhung der Bemessungsgrundlage für das Höchststipendium auf einen Betrag, der dem Durchschnittseinkommen einer Arbeiterfamilie entspricht. Das sind ca. 8 800,-- S monatlich. Heute müssen schon fast in jeder zweiten Arbeiterfamilie auch die Frauen arbeiten gehen, deswegen müssen wir bei unserer Forderung das Gesamteinkommen beider Eltern berücksichtigen.

Die Kapitalisten werden die Ausplünderung des Volkes auf dem Warenmarkt in nächster Zeit nicht verringern, sie werden sie verstärken. Je früher wir den Kampf um ausreichende Stipendien aufnehmen, desto besser!

FÜR DIE SOFORTIGE ERHÖHUNG DES HÖCHSTSTIPENDIUMS AUF MINDESTENS S 3 000,-- PRO MONAT!

ERHÖHUNG DER BEMESSUNGSGRUNDLAGE FÜR DAS HÖCHSTSTIPENDIUM AUF S 8 800,-- MONATLICH!

Die Studenten müssen sich mit dem gesammten Volk gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließen!

Um den Kampf um ausreichende Stipendien wirklich erfolgreich und mit einer fortschrittlichen Perspektive zu führen, müssen wir uns über die Ursachen, die zur Verschlechterung der materiellen Lage vieler Studenten führen, im klaren sein. Der Kapitalismus braucht in seinem imperialistischen Stadium eine große Anzahl von hochqualifizierten Agenten zur Aufrechterhaltung seiner politischen und ideologischen Herrschaft, zur Verschärfung der Ausbeutung. Die Bourgoisie kann die ständig steigende Anzahl von Studenten nicht mehr nur aus der herrschenden Klasse und den ihr nahestehenden Schichten rekrutieren, sondern sie muß auch Kinder aus werktätigen Schichten und Klassen auf die Hochschule holen. Deshalb mußten auch die österreichischen Kapitalisten im Jahr 1963 zu einer geregelten Ausbildungsförderung übergehen. Die Stipendien dienen ausschließlich dazu, die Kinder aus ärmeren Schichten durchs Studium durchzubringen, um die Heranbildung einer ausreichenden Anzahl von Akademikern für die Kapitalisten zu gewährleisten. Zugleich macht es die Entwicklung des imperialistischen Kapitalismus dem Staat immer unmöglicher, die Intelligenz und besonders die Studenten durch Sonderrechte und Privilegien politisch und ideologisch an die Bourgoisie zu binden.
Die materielle Lage großer Teile der werktätigen Intelligenz gleicht sich zunehmend der Lage der übrigen Werktätigen an, die Kapitalisten müssen auf Grund der Konkurrenzverschärfung auch die Stipendien kürzen und üben so materiellen Druck auf die Studenten aus ärmeren Schichten und Klassen aus. Nicht nur der materielle Druck auf viele Studenten verstärkt sich, sondern ganz besonders auch der politische. Der Staat greift zu einer immer kleinlicheren Kontrolle über die Ausbildung und ihre Inhalte, er baut die bürokratische Kontrolle und Gängelung des Studiums aus. Die Studenten nehmen das jedoch nicht so einfach hin. Immer wieder gibt

Fortsetzung Seite 14

durch blutige Verbrechen außer Kraft setzen. Das Schahregime wird beseitigt werden und mit ihm die imperialistische Ausbeutung. Das iranische Volk erstarkt im Widerstand. Die Unterdrücker des iranischen Volkes werden ihrer gerechten Strafe nicht entgehen!

Solidarität mit dem kämpfenden iranischen Volk - Nieder mit dem Schahregime!

Zentralausschuß der ÖH zur Unterstützung der iranischen Studenten in ihrem Kampf gegen das Schahregime gezwungen!

Der ZA der ÖH hatte am Tag des Beginnes des Hungerstreiks in Wien seine konstituierende Sitzung. Vor der Sitzung hatten wir mit den iranischen Kollegen eine Resolution aufgesetzt. Gleich zu Beginn der Sitzung weigerte sich der alte Vorsitzende der ÖH Pototschnig (ÖSU) mit bürokratischen Argumenten die Frage überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen! Dieser Versuch, die Frage auf kaltem administrativem Weg vom Tisch zu wischen, wurde ebenso vom reaktionären Vorsitzenden des HA an der Uni Wien - Ketzer (ÖSU) - fleißig unterstützt. Als sich im Laufe der Sitzung, die hauptsächlich aus kindischem Gezeter der einzelnen bürgerlichen Fraktionen bestand, der Saal immer mehr mit iranischen Kollegen und sich mit ihnen solidarisierenden österreichischen Studenten zu füllen begann, akzeptierte plötzlich ein Teil der ÖSU-Fraktion den Resolutionsentwurf, während die Clique um Ketzer eilig den Saal verließ. Die Solidaritätsresolutionen wurden mit großer Mehrheit angenommen. Die Erzreaktionäre vom RFS enthielten sich der Stimme, da sie das politische Mandat ablehnen, d.h. das Recht der ÖH, allgemein politische Erklärungen abzugeben.
Im folgenden Auszüge aus der Resolution:

Der Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft bringt hiemit seine Empörung über die Todesurteile gegen die fünf iranischen Intelektuellen durch das Schah-Regime zum Ausdruck.

Der Zentralausschuß und die in ihm vertretenen Madatare erklären sich solidarisch mit den iranischen Kollegen, die sich seit gestern im Hungerstreik befinden. Dieser Streik soll auf die Verhältnisse im Iran aufmerksam machen und die unmenschlichen Zustände klar aufzeigen. Es kann nicht länger geduldet werden und es muß schärfstens gegen das Zusammenspiel der Österreichischen Bundesregierung mit dem Schah-Regime protestiert werden. Dieses Zusammenspiel zeigt sich ganz offen im Verbot und in der Unterdrückung der Protestaktionen anläßlich des Besuchs des Schah im Dezember 1973 in Wien. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Schritte gegen die permanente Bespitzelung und die Beschneidung der Menschenrechte verbunden mit Verfolgungsdrohungen, die gegen die Vereinigung der iranischen Studenten gerichtet sind, zu setzen. Der Zentralausschuß der österreichischen Hochschülerschaft unterstützt die diesbezüglichen Forderungen der CISNU und aller iranischen Kollegen und fordert:

1) Die Aufhebung der Todesurteile der fünf Intellektuellen
Tifoor BATHAI
Khosro GOLSORKHI
ALLAMEH-ZADEM
Keramat DANESCHIEN
Abasali SEMAKAR

2) Die Abschaffung des Militärtribunals.

Im Sinne dieser Resolution wird das Bundesministerium für Äußeres aufgefordert, sich in diesen Belangen für die fünf Intellektuellen und politisch Verfolgten in der Republik Österreich Asyl zu gewähren. ■

es Kämpfe gegen die administrative Reglementierung des Studiums, für freie Diskussion und freie politische Betätigung. Immer mehr Studenten sehen, daß solange die Kapitalisten ihre Herrschaft aufrechterhalten, die Intelligenz keine andere Funktion haben wird, als Lakaiendienste für eine völlig verkommene und verfaulende herrschende Klasse auszuüben. Sie solidarisieren sich mit den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker und den Kämpfen der internationalen Arbeiterklasse. So entsteht eine Bewegung die zunehmend in Widerspruch zum bürgerlichen Staat gerät. Nur die sozialistische Gesellschaft, die im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung liegt und durch die große Mehrheit der Bevölkerung aufgebaut wird, kann der Masse der Studenten eine Perspektive weisen. Erst die soziale Revolution des Proletariats wird auch die entwürdigende Lage der Intellektuellen verändern, indem sie die wissenschaftliche Ausbildung in den Dienst des Volkes stellt.
Kann aber die Arbeiterklasse ein Interesse an konstruktiver Mitarbeit an der kapitalistischen Hochschule haben? Soll sie sich für die Forderung "mehr Arbeiterkinder an die Hochschulen" einsetzen, wie uns das die Revisionisten einreden wollen?
Die kapitalistische Hochschule ist eine Sondereinrichtung der bürgerlichen Klasse zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer politischen Herrschaft. An ihr werden besonders qualifizierte Funktionäre der Bourgoisie und ihres Staates ausgebildet. Die Arbeiterklasse muß gegen die Institution der bürgerlichen Hochschule wie gegen die bürgerliche Wissenschaft den entschiedensten Kampf führen. Sie wird die Hochschulen nach der Machtergreifung unter Kontrolle und in den Dienst des Volkes stellen. Das ist jedoch prinzipiell erst möglich, wenn die Arbeiterklasse die Staatsmacht schon in den Händen hat und vermittels der Staatsmacht ihre Aufsicht und Herrschaft auch über die Hochschulen ausüben kann. Es ist falsch, gegenüber der Hochschule als Sondereinrichtung der Bourgoisie demokratische Forderungen, die auf gleiche Ausbildung für alle hinauslaufen, aufzustellen. Wir sind selbst in den Fehler verfallen, auf diese Weise den gerechten Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage breiter Teile der Studenten gegen den bürgerlichen Staat auszurichten zu wollen.
- Vgl. KHZ Nov 73: " Wir kämpfen für eine ausreichende staatliche Ausbildungsförderung der Kinder der werktätigen Bevölkerung, um für sie wenigstens ansatzweise das allgemeine Recht auf Ausbildung durchzusetzen . . ." Das läuft entweder auf die Forderung an die Bourgoisie hinaus, die übergroße Mehrzahl der Jugendlichen zu ihren Funktionären auszubilden, was offensichtlich unsinnig ist. Oder auf die Forderung nach Abschaffung der Hochschulen als Sondereinrichtung. Das wird jedoch erst auf einer sehr entwickelten Stufe der sozialistischen Gesellschaft mit der Aufhebung der Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit möglich werden.
Die Revisionisten gehen über die Verkennung des besonderen Charakters der bürgerlichen Hochschulen weit hinaus, sie wollen der Arbeiterklasse einreden, daß der Weg zu ihrer sozialen Befreiung über die bürgerliche Hochschule ginge. Die seit Jahren steigende Anzahl von Arbeiterkindern auf den Hochschulen verschiedener Länder hat jedoch nicht das geringste am Elend, an der geistigen Verkümmerung und an der Knechtschaft der Massen geändert. Nur der Sturz des Kapitalismus wird diesen Zustand, wird die Grundlage jeder Knechtschaft beseitigen.

Für diesen Kampf sucht die Arbeiterklasse die Studenten wie das ganze Volk zu gewinnen. Der entscheidende Schritt, um zum Aufbau des Sozialismus zu kommen, ist die Beseitigung der politischen Herrschaft der Bourgoisie, die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse. Um dieses nächste Ziel zu erreichen kämpft die Arbeiterklasse darum, das ausgebeutete und unterdrückte Volk gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen.

Der Kampf um ausreichende Stipendien richtet sich zunächst nur gegen die Verschlechterung der Lebenslage der ärmeren Studenten. Die Kommunisten, die die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, sind bestrebt, diesen gerechten Kampf gegen den bürgerlichen Staat auszurichten. Um den Kampf um ausreichende Stipendien tatsächlich zu einem Teil des allgemeinen Kampfes gegen den bürgerlichen Staat zu machen, müssen wir ihn mit der Forderung verbinden, daß die Kapitalistenklasse für die Stipendien wie für alle anderen Kosten der Hochschule aufkommen soll.

Bezahlen sollen die Kapitalisten und nicht das Volk!

Die gesamte Hochschulausbildung steht ausschließlich im Interesse der Bourgoisie, die Universitäten sind Einrichtungen der herrschende Klasse. Ihre Entwicklung wird von dem Bedürfnissen bestimmt. Wie die gesamte Tätigkeit des Staates steht sie dem Proletariat feindlich gegenüber als ein Moment seiner Unterdrückung. Finanziert aber wird sie, so gut wie alle anderen Staatstätigkeiten, aus den Steuermitteln, die der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen abgepreßt werden. Dabei bedient sich der Staat vor allem der Lohnsteuer und der indirekten Steuern auf Konsumgüter, wie der Mehrwertsteuer. Diese zusätzliche Ausplünderung wird insbesondere dann verschärft, wenn öffentliche Einrichtungen ihre Funktion für die Kapitalisten nicht mehr erfüllen. Vor kurzem erst haben die Kapitalisten das österreichische Gesundheitswesen zu sanieren begonnen und die dabei anfallenden Kosten zugleich durch Schaffung einer neuen indirekten Steuer gedeckt. Dagegen, daß die Kapitalistenklasse die Staatstätigkeit durch zusätzliche Ausplünderung des Volkes deckt, erhebt die Arbeiterklasse die Forderung nach:
ABSCHAFFUNG ALLER INDIREKTEN STEUERN!
Da sie kein Interesse daran hat, daß diese durch eine Lohnsteuer ersetzt werden, fordert sie zugleich:
BESTREITUNG ALLER ÖFFENTLICHEN AUSGABEN AUS DER PROGRESSIVEN BESTEUERUNG VON EINKOMMEN, VERMÖGEN UND ERBSCHAFT!
Indem wir unsere Kämpfe unter diesen Forderungen führen, machen wir klar, daß wir nichts an dieser Hochschule konstruktiv verbessern wollen. Wir kämpfen gegen sie als eine Einrichtung der Bourgoisie. Damit weisen wir auch alle Versuche zurück, die Hochschulausbildung als eine Gemeinschaftsaufgabe zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, zwischen Unterdrückern und Unterdrückten auszugeben. Wir entlarven damit alle Versuche, die Reform der kapitalistischen Hochschule als Maßnahme im Interesse des Volkes anzupreisen. Dazu gehört auch die Forderung der Revisionisten nach "mehr Bildung statt Bomben". Diese Forderung richtet sich gar nicht gegen den bürgerlichen Staat, sie drückt vielmehr die grundsätzlich positive Haltung der Revisionisten ihm gegenüber aus. Sie fordern damit, die eine Staatstätigkeit zu gunsten der anderen einzuschränken. Die Lage der unterdrückten Massen würde sich dadurch allerdings nicht ändern. Denn sowohl die Hochschulen als auch das Heer sind von der Gesellschaft abgesonderte Einrichtungen zur Aufrechterhaltung der Ausbeuterherrschaft. In dieser Hinsicht besteht zwischen ihnen kein qualitativer Unterschied.
Konsequenterweise kommen die Revisionisten gar nicht auf die Idee, auch unter den Studenten die Ausplünderung des werktätigen Volkes durch die Steuern anzuprangern. Sie fordern einzig und allein eine Umverteilung des abgepreßten Steuergeldes vom Heeresbudget auf das Bildungs- und Hochschulbudget, und dessen zusätzliche Erhöhung durch Eintreibung der Steuerschulden der Unternehmer. (vgl. Wahlbroschüre des KSV "Studienbeihilfenmisere-Heimmisere")
Nur indem wir konsequent gegen die Steuerpolitik der herrschenden Klasse auftreten und damit den Klassencharakter der Hochschule im Kampf selbst entlarven, können wir dem Kampf um ausreichende Stipendien eine eindeutige Richtung geben, reihen wir uns ein in den Kampf des unterdrückten Volkes gegen den bürgerlichen Staat.

Der Kampf um ausreichende Stipendien muß gegen die bürokratische Kontrolle und gegen die ideologische Bindung an die Bourgeoisie geführt werden!

Der Staat und seine Agenten versuchen auf dem Wege von kleinlicher bürokratischer Kontrolle, Verstärkung des Prüfungsdrucks u.s.w., die Studenten vom Kampf gegen die bürgerliche Ausbildung abzuhalten, sie von jeder politischen Betätigung fernzuhalten. Dem dient auch die Bindung der Stipendienvergabe an die zeitgerechte Erfüllung des Studienplans. Gegen diese administrativen Maßnahmen des bürgerlichen Staates müssen wir den Kampf aufnehmen. Wir müssen auf jeden Fall verhindern, daß die Kollegen, die ein Stipendium beziehen, einer besonderen politischen Unterdrückung, einer besonderen Einschränkung ihrer Möglichkeiten zur Diskussion über die reaktionäre Ausbildung und Wissenschaft ausgesetzt sind! Wir lehnen jeden Leistungsnachweis ab, der über die Absolvierung einer bestimmten Anzahl von Semesterwochenstunden hinausgeht.
ABSCHAFFUNG DES NOTENDURCHSCHNITTS!
KEINE BINDUNG DER VERGABE DES STIPENDIUMS AN DIE ERFÜLLUNG DES STUDIENPLANS!
Um jeder bürokratischen Gängelung und Einschüchterung der Studenten durch die Behörden entgegenzutreten fordern wir:

EINFACHES ZUTEILUNGSVERFAHREN DER STIPENDIEN UNTER DER KONTROLLE VON GEWÄHLTEN VERTRETERN DER STUDENTEN!
Dazu kommt noch eine Forderung, die bisher immer übersehen worden ist! Die ausländischen Kollegen sind nicht in die allgemeine Studienförderung einbezogen. Große Teile von ihnen sind von allen möglichen dubiosen Stiftungen abhängig, die die ausländischen Studenten in unverschämter Weise bespitzeln und kontrollieren. Die Aufnahme von Kollegen aus den unterentwickelt gehaltenen Ländern entspricht keineswegs einer humanen Laune der österreichischen Kapitalisten, sondern ist ein für sie durchaus nützlicher Teil ihrer neokolonialistischen Politik. Die besonderen Bedingungen und Schikanen, denen die ausländischen Kollegen auch bei der Studienförderung unterworfen sind, entsprechen genau den imperialistischen Interessen, die die österreichische Bourgoisie ihnen gegenüber hat. (vgl. Artikel über die Lage der ausländischen kollegen - in dieser Nummer) Unsere allgemeine Forderung nach völliger rechtlicher Gleichstellung der ausländischen kollegen, die in Österreich ausgebildet werden oder arbeiten,umfaßt natürlich auch die Forderung nach voller Einbeziehung der ausländischen Kollegen in die staatliche Studienförderung. VOLLE EINBEZIEHUNG DER AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN IN DIE STAATLICHE AUSBILDUNGSFÖRDERUNG!

Die Angriffe der Kapitalisten auf die Lebensbedingungen vieler Studenten werden sich in den nächsten Monaten verstärken. So ist für die nächsten Wochen eine starke Anhebung der Mensapreise auf der UNI Wien geplant. Wir müssen die ersten Kampfschritte möglichst früh setzen. Wir müssen den bürgerlichen Staat bald zwingen, ausreichende Stipendien zu zahlen. Deswegen ist es notwendig, daß sich alle betroffenen Studenten zusammenschließen, die Forderungen diskutieren und eine möglichst breite Bewegung auf allen Hochschulen entfalten. Nutzen wir die Hörerversammlungen am Beginn des Semesters, um über die Stipendienfrage zu diskutieren und Kampfschritte zu besprechen.

Wenn wir den Kampf um ausreichende Stipendien mit dem Kampf gegen das kapitalistische Steuersystem verbinden, wird es der Bourgoisie nicht gelingen, den Kampf der Studenten um ausreichende Stipendien gegen die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter und anderer werktätiger Schichten auszuspielen.

G.F./H.V.

SOFORTIGE ERHÖHUNG DES HÖCHSTSTIPENDIUMS AUF MINDESTENS S 3 000,-- IM MONAT!

SOFORTIGE ANHEBUNG DER BEMESSUNGSGRUNDLAGE FÜR DAS HÖCHSTSTIPENDIUM AUF EINEN BETRAG, DER DEM DURCHSCHNITTSEINKOMMEN EINER ARBEITERFAMILIE ENTSPRICHT - AUF S 8 800,-- IM MONAT!

KEINE BINDUNG DER STIPENDIENVERGABE AN DIE ERFÜLLUNG DES STUDIENPLANS!

FÜR EIN EINFACHES ZUTEILUNGSVERFAHREN UNTER KONTROLLE GEWÄHLTER VERTRETER DER STUDENTEN!

FÜR EINE VOLLE EINBEZIEHUNG DER AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN IN DIE STAATLICHE AUSBILDUNGSFÖRDERUNG!

BESTREITUNG DER AUSGABEN FÜR DIE HOCHSCHULEN WIE ALLER ÖFFENTLICHER AUSGABEN AUS DER PROGRESSIVEN BESTEUERUNG VON EINKOMMEN, VERMÖGEN UND ERBSCHAFT!

ABSCHAFFUNG ALLER INDIREKTEN STEUER

ABSCHAFFUNG ALLER INDIREKTEN STEUERN!

VORWÄRTS IM KAMPF UM DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES!
VORWÄRTS IM KAMPF UM DEN SIEG DES SOZIALISMUS!

UMWELTZERSTÖRUNG UND BÜRGERLICHE NATURWISSENSCHAFT

Die Verschärfung der ökologischen Krise hat unter anderem auch dazu geführt, daß die Naturwissenschaftler ein neues Betätigungsfeld gefunden haben: den Umweltschutz. An der Universität Wien wurde ein Lehrstuhl für Umwelthygiene eingerichtet, etliche physikalische chemische und biologisch Institute erhalten auf dem Umweltsektor Forschungsaufträge von Staat und Industrie.

Ebenso hat das Thema "Umweltzerstörung" in die Lehrveranstaltungen Eingang gefunden. So richtete beispielsweise Prof. Weinzierl (I. Physikalisches Institut) zu Beginn der physikalischen Einführungsvorlesung einen Appelll an die Studenten: die Naturwissenschaftler müßten vermehrte Anstrengungen unternehmen, um der neuen ökologischen Probleme Herr zu werden und so die Menschheit vor dem Untergang wie ihn der Bericht des Club of Rome "Grenzen des Wachstums" prophezeit - zu retten. Der technische Fortschritt, den die Naturwissenschaft hervorgebracht habe, führe zu einer Zerstörung der Umwelt, Aufgabe der Naturwissenschaftler müsse es sein, diese Zerstörung abzuwenden; das ist auch das Leitmotiv des Umweltseminars und der Ringvorlesung über Umweltschutz an den biologischen Instituten.

Die ökologische Krise spitzt sich zu

Richtig an der Argumentation der Wissenschaftler ist, daß auch in Österreich das Wachstum der Industrie - von 1965-1971 stieg die Industrieproduktion um mehr als die Hälfte - eine fortschreitende Verschmutzung von Luft, Gewässer und Boden mit sich gebracht hat.

In österreichischen Industriegebieten wurde eine alarmierende Zunahme des Schwefeldioxidgehaltes, das das Lungengewebe angreift, festgestellt. Einem Bericht des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie zufolge gelangten allein im Jahr 1969 aus der Verbrennung von Heizöl 380 000t Schwefeldioxid in die Atmosphäre. Im gleichen Jahr wurden durch die Kraftfahrzeuge 4000t Kohlenwasserstoffe, 11 000t Stickoxide und 265 000t Kohlenmonoxid, das schon in niedrigen Konzentrationen Herz, Kreislauf und Nervensystem schädigt, freigesetzt. Aus der Verbrennung von fossilen Brennstoffen entstanden 115 000t Ruß, Asche und Staub. Täglich werden tonnenweise Quecksilber, Farbstoffe, DDT, schwefelige Säure, Wasch- und Düngemittel in die Gewässer geleitet. Ebenso Mineralöle, die bereits in einer Verdünnung von 1:1 000 000 das Wasser unbrauchbar machen. Nach Angaben der ÖMV fallen in Österreich jährlich etwa 32 000t Altöl an, das nur zu geringem Teil Verbrennungsanlagen zugeführt wird. In Österreich werden 85% der Industrieabwässer überhaupt nicht und nur 10% ausreichend gereinigt. An festem Müll fallen allein in Wien 3,6 Mio. m^3 pro Jahr an.

Allein diese wenigen Zahlen zeigen, daß die Fakten, die die Wissenschaftler ins Treffen führen, die reale Situation widerspiegeln. Jedoch in der

Behandlung der Fragen erweist sich der Standpunkt, von dem Weinzierl &Co. ausgehen, als bürgerlicher. Die Aufdeckung der Erscheinungsformen der ökologischen Probleme, über die sie nicht hinauskommen, schlägt so notwendig um in die Verschleierung des Wesens dieser Probleme.

«Die bedrohte Menschheit» eine Erfindung der bürgerlichen Ideologen

Die bürgerlichen Ideologen ergehen sich dabei in Begriffen wie "die Umwelt" und "bedrohte Menschheit"; diese Begriffe täuschen aber über die Tatsache hinweg, daß es in einer Klassengesellschaft, in der das Eigentum an Produktionsmitteln und damit die Verfügung über den produzierten Reichtum in der Hand einer Klasse liegt, keine gleichen Lebensbedingungen für die ganze Gesellschaft, keine Umwelt schlechthin geben kann. Das läßt sich schon am Beispiel der Luftverschmutzung zeigen: seit dem Beginn der industriellen Revolution stieg der Gehalt der Luft an gesundheitsschädlichen Stoffen besonders am Arbeitsplatz und in den Wohnvierteln des Proletariats stark an. Man denke nur an die Berufskrankheiten wie Silikose oder Schwermetallvergiftungen, oder an die engen, lärmdurchlässigen und lärmausgesetzten Wohnungen in Vierteln mit hoher Konzentration der Abgase.

Wenn aber die Arbeiterklasse seit der Entstehung des Kapitalismus der Hauptleidtragende der Umweltzerstörung ist - das ist aber nicht nur der schmutzige See, sondern ebenso die Bedingungen am Arbeitsplatz - so fragt man sich, wieso die Kapitalistenklasse plötzlich ihr Interesse am "Schutz der Umwelt" entdeckt, wieso die Naturwissenschaften plötzlich zur Rettung der Umwelt auf den Plan gerufen werden.

Der Schutz der Umwelt ist für die Bourgeoisie der Schutz ihrer Profite

Die Bourgeoisie hat die Ökologieproblematik aufgegriffen, weil die Schädigungen bereits solche Ausmaße angenommen haben, daß sie zwar noch nicht die Lebensbedingungen der Kapitalisten, wohl aber bereits die Produktion durch Ausfall von geschädigten Arbeitern, große Wasseraufbereitungskosten, Störung empfindlicher Produktionsprozesse gefährden. Die arbeitende Bevölkerung leidet am meisten unter der Zerstörung der Umwelt. (Hat jemand, wenn wir von der "Managerkrankheit" absehen, schon gehört, daß ein Kapitalist sich eine Berufskrankheit zugezogen hat - etwa Silikose?)

Für den Kapitalisten aber ist der Arbeiter nur personifizierte Arbeitszeit. Droht der Ausfall, wird er hellhörig. Es ist hier so wie am Beginn des 19. Jahrhunderts als die Ausdehnung des Arbeitstages auf oft 15 Stunden pro Tag die vorzeitige Erschöpfung und Abtötung der Arbeitskraft hervorrief und damit die kapitalistische Produktion selbst in Frage stellte. Es ist daher im Interesse der Bourgeoisie, solche Bedingungen zu schaffen, die ihr nicht den Boden unter den Füßen wegziehen. So wie aber die Verkürzung der Arbeitszeit nichts am Charakter der Arbeit als Lohnarbeit geändert hat, so beseitigen Gesetze, die der Bourgeoisie aufgezwungen werden, die Umweltzerstörung nicht, sondern schränken sie nur in gewisser Weise ein.

Der Umweltschutz ist für die Bourgeoisie aber auch interessant, weil er ein "wirtschaftlich lukrativer Produktionszweig"(BuMin. Leodolter) ist, weil die sogenannte Entsorgungsindustrie riesige Profite abwirft. So haben sich z. B. die Umsätze der größten ausschließlich mit Umweltschutzsystemen beschäftigten Gesellschaft der USA, der Research Cottrell Inc. innerhalb von 5 Jahren vervierfacht. Der Umsatz der führenden deutschen Unternehmen Babcock-Wicox und Frankfurter Metallgesellschaft beträgt jeweils 300 Mio. DM. und die Kapitalisten erwarten für die nächste Zeit ein jährliches Umsatzwachstum von 20%. Dementsprechend wächst auch die Zahl der Betriebe, die Umweltschutzprodukte herstellen, rapide. Allein in Österreich nennt ein vom WIFI und der Kammer für gewerbliche Wirtschaft 1972 herausgegebener Katalog 137 Firmen, die Verfahren, Geräte und Produkte, die dem Umweltschutz dienen, anbieten. Gerade jene Kapitalisten, die durch die Industrieabfallstoffe einen wesentlichen Beitrag zur Schädigung von Natur und Lebensraum beitragen, investieren auch auf dem Umweltsektor; z. B. die VÖEST(1. Grundsatz für die Unternehmenleitung:"Fragen des Umweltschutzes sind im ganzen Unternehmensbereich und auf allen Führungsebenen mit höchster Priorität zu behandeln." VÖEST Information 1/71) und die Stickstoffwerke in Linz, die die Hauptverantwortlichen für die thermische Verschmutzung(Aufheizung) der Donau sind.

Wir sehen also: Nicht um die "Menschheit zu retten", werden die Naturwissenschaften auf den Plan gerufen, sondern um unter dem Deckmantel der "Verbesserung der Lebensqualität" die Profite der Kapitalisten zu garantieren und zugleich zu vermehren. Die Einschränkung der Umweltverschmutzung, die dabei in gewisser Weise geschieht, ist so der der Profitrealisierung- und -maximierung untergeordnet.

Die ökologische Krise des Kapitalismus

Genauso wie die Entstehung des Umweltschutzes, geht die ökologische Krise selbst auf das Profitstreben der Kapitalisten zurück, und nicht wie die bürgerlichen Naturwissenschaftler weismachen wollen auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt schlechthin. Es handelt sich hier nicht um Probleme von Sachen, sondern um gesellschaftliche Probleme. Überhaupt ist es den bürgerlichen Wissenschaften eigen alle Fragen als Sachfragen zu behandeln. Auf diese Weise gelingt es auch, den Kapitalismus als Grundlage aller gesellschaftlichen Probleme aus dem Spiel zu lassen.

Die Umweltzerstörung, die es in gewissem Maß immer schon gegeben hat, spitzt sich gerade im Kapitalismus nur wendig zu einer Krise zu, da die Produktionstechnologien, die man wählt, die industrielle Standortwahl, die Einführung neuer Werkstoffe und die Produkte, die man herstellt, nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung, sondern am Kalkül der Profitmaximierung orientiert sind. Die Ballung der Industrieräume, die rücksichtslose Ausplünderung der Natur, die bedenkenlose Verwendung von Materialien, die Durchsetzung der Luft und und der Gewässer mit Abfallstoffen, die nicht mehr mit Gewinn verarbeitet werden können, die sorglose Ablagerung von giftigem Müll, sind die spezifischen Produkte einer kapitalistischen Wirtschaft.



Der Ausweg aus der ökologischen Krise - ein technologisches Problem ?

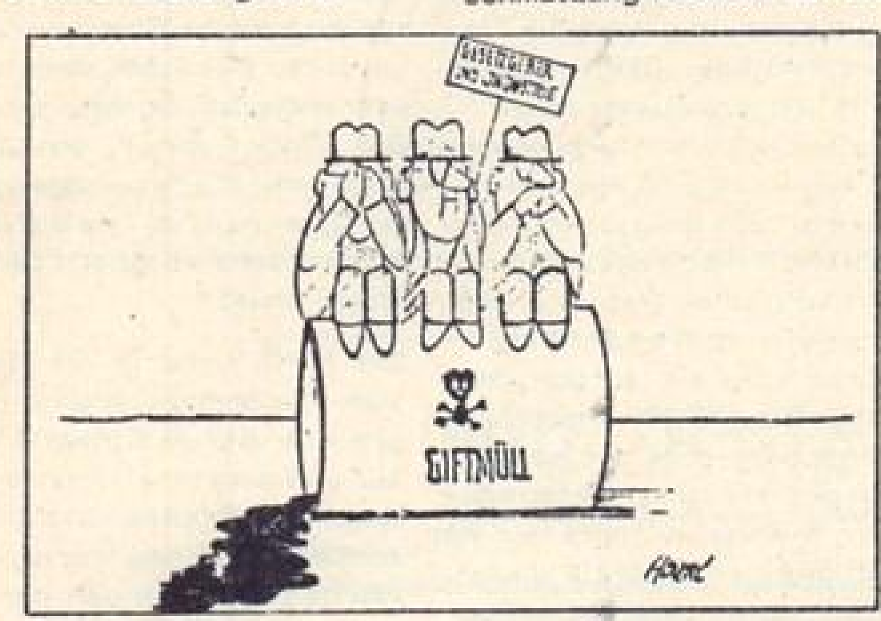
Weil die Umweltkrise nichts anderes als eine Krise des Kapitalismus selbst ist, kann sie nicht grundsätzlich gelöst werden, solange für den Geldsack der Kapitalisten und nicht für die Bedürfnisse der Bevölkerung produziert wird.

Der fromme Glaube der Naturwissenschaftler, durch ihre wissenschaftlichen Anstrengungen könnten sie der Umweltzerstörung Herr werden, geht somit am Problem vorbei. Die ganzen technologischen "Lösungen" laufen auf Oberflächenkorrekturen und Detaillösungen hinaus und sind zum Scheitern verurteilt, da die gesellschaftlichen Wurzeln ungangetastet bleiben. Sie können die Probleme höchstens hinausschieben oder verlagern. Die Löcher, die die Wissenschaft zustopft, entstehen an anderer Stelle neu. So läßt beispielsweise die Ersetzung kalorischer Kraftwerke durch Reaktoren an Stelle der Atmosphärevergiftung die Probleme Temperaturhaushalt der Flüsse und Atommüll entstehen. Ein anderes Beispiel: es gelang in den USA, die Menge der Kohlenwasserstoffe in den Auspuffgasen der Autos zu reduzieren, dafür har man sich einen wesentlich größeren Bleigehalt der Luft eingehandelt. Abgesehen davon, wird durch rapide Vermehrung der Autos in einigen Jahren der alte Kohlenwasserstoffgehalt der Abgase wieder erreicht sein. Dazu stellte Starphysiker und Nobelpreisträger Murray Gell-Mann lapidar fest: "Wir hoffen, daß wir in der kommenden Dekade mehr Glück mit einer anderen Strategie der Regulierung haben werden." und der Naturwissenschaftler, der vom bürgerlichen Standpunkt ausgeht, davon, daß die kapitalistische Gesellschaft das mehr oder weniger fertige Endprodukt der historischen Entwicklung ist, kann auch nicht anders, als blindlings auf Wissenschaft und Technik vertrauen. Hier zeigt sich, daß das bürgerliche Selbstverständnis der Naturwissenschaft, das sich im Begreifen der Probleme der Aneignung der Natur als rein technologische Probleme manifestiert, den Naturwissenschaftler daran hindert, das Wesen der Ökologieproblematik zu erfassen. Bürgerliche Ideologie innerhalb der Naturwissenschaft wird so zu deren Schranke.

Um die Kapitulation der bürgerlichen Naturwissenschaft vor der kapitalistischen Wirklichkeit aufzuhalten, die bürgerliche Ideologie der Naturwissenschaftler zu retten, springen die Kapitalisten sogar höchstpersönlich in die Bresche: So haben CIBA, Hoffmann La Roche und andere pharmazeutische Firmen den Film "Die lautlose Revolution" gedreht, der im letzten Wintersemester gleich fünf Mal an den biologischen Instituten gezeigt wurde. Er empfiehlt, die Menschen genetisch zu verändern, dann würden sie mit den ökologischen Problemen schon fertig werden....

Die tatsächliche Rolle der Umweltschutzforschung

Die Ideologie von der "technologischen Lösung" der Umweltprobleme verschleiert aber nicht nur deren Wurzeln, sie täuscht auch über die tatsächliche Rolle, die der naturwissenschaftlichen Forschung zukommt, hinweg. Die Naturwissenschaft, die im Sold der Kapitalisten oder deren Staat steht, kann sich nur um das Wohl des Volkes kümmern, indem sie für die Erhaltung und Vermehrung der Profite sorgt. Im Kapitalismus ist der Profit, seine Sicherung und Maximierung universelle Schranke. Der Profitrealisierung ist al-



les untergeordnet, auch die Gesundheit und die Lebensbedingungen des Volkes. Auch fortschrittliche Wissenschaftler können sie nicht allein überspringen. Sie können diese Schranke nur niederreissen, indem sie mit der Arbeiterklasse um den Sozialismus kämpfen, und ihre Kenntnisse in den Dienst der Arbeiterklasse stellen zur allseitigen Enthüllung der kapitalistischen Wirklichkeit. Das dient auch dazu, der Kapitalistenklasse Gesetze aufzuzwingen, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse verbessern.

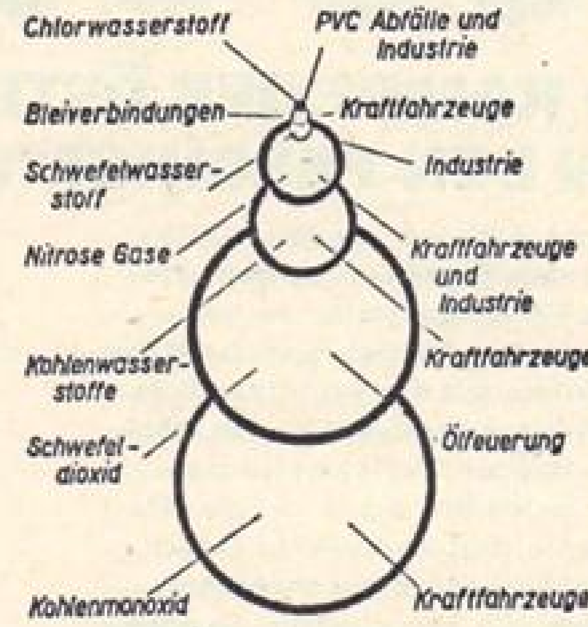
Es ist daher vor allem Aufgabe der Umweltschutzforschung, die notwendigen Technologien und deren Grundlagen für die Entsorgungsindustrien bereitzustellen bzw. den Einsatz dieser Produkte zu lenken und damit den Absatz zu sichern. Ob die Produkte und Verfahren, die die Naturwissenschaften liefern, die Umweltverschmutzung kurzfristig aufhalten können, ist daher eine sekundäre Frage. Das läßt sich schon daran zeigen, daß gewisse Zweige wie z.B. die Aerosolphysik gleichzeitig der ökologischen Kriegsführung – also der Zerstörung der Umwelt – und dem Umweltschutz dienen. Die Chemiker des Monsantokonzerns stellten wirkungsvolle Entlaubungsmittel für den Vietnamkrieg der US-Imperialisten her, gleichzeitig wurden bei Monsanto Chemical Produkte und Verfahren für den Umweltschutz ausgetüftelt.

Sofern der Kapitalist nicht am Schutz, sondern an der Zerstörung der Umwelt profitiert, weil er durch mangelnde Reinigung der Abfallstoffe und bei der Werkstoffwahl die Produktionskosten niedrig halten kann, ist es darüberhinaus noch Aufgabe der Naturwissenschaft, diese Zerstörung durch "wissenschaftliche" Forschung zu verharmlosen. So ist es ein beliebter Trick, die Abgase eines Betriebs oder Kraftwerks bei niedriger Temperatur und Niederdruckwetter zu messen, weil unter diesen Bedingungen die Abgase des Hausbrands in der Fabriksumgebung höher sind, und die Schuld an der Umweltverschmutzung leichter auf die Haushalte abgewälzt werden kann. Ein anderes Beispiel lieferten die Forscher von Dow Chemical (Werbespot:"Was wir verkaufen, ist ein besseres Leben"): um die teratogene Wirkung (=Deformierung von Embryos) des Dow-Produktes 2,4-D ungeschehen zu machen, modelten sie einfach den Begriff "teratogen" um, sodaß 2,4-D nach der neuen Definition als harmloses Produkt erscheint.

Wenn sich die durch ein bestimmtes Unternehmen verursachte Umweltzerstörung nicht mehr hinwegforschen läßt, verschwinden die wissenschaftlichen Ergebnisse in den Tresoren des Unternehmens. Beispielsweise verweigerte W.H. Somerton, Prof. für Ölingenieurwesen in Kalifornien, jede Auskunft über die Ölverschmutzung der kalifornischen Strände und ihre Ursachen, "weil ich bei meiner Arbeit auf gute Beziehungen zur Ölindustrie angewiesen bin. Es ist mein Interesse der Ölindustrie zu dienen."

Die Naturwissenschaft muß also einerseits die Zerstörung der Umwelt durch den einzelnen Kapitalisten verharmlosen, andererseits die "allgemeine" Umweltverschmutzung konstatieren, um den Absatz der Entsorgungskapitalisten zu sichern. Dabei kommt ihr noch die Aufgabe zu, den Nachweis zu zu führen, daß eigentlich "jeder Österreicher direkt oder indirekt mitschuldig ist an der Umweltverschmutzung."(Die Industrie). Betrachten wir z.B. das folgende Diagramm, das ein Forscher des Laboratoriums für Kunststofftechnik (TGM Wien) in einem Buch für die Lehrerfortbildung präsentiert:

Müllbeseitigung, ein Umweltproblem



Mengenvergleich verschiedener Luftverunreinigungen

Es entsteht der Eindruck, als ob hauptsächlich die Haushalte, die mit Öl heizen und die Autofahrer die Luft verunreinigen. Die Aktion "Lebensbaum" beispielsweise, mit der "die Kraftfahrer darauf aufmerksam gemacht werden (sollen), daß sie zu den Luftverschmutzern gehören"(Wiener Zeitung), findet also ihre wissenschaftliche Absicherung! Die Kraftfahrer sollen also dafür verantwortlich gemacht werden, daß die Abgase Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoffe und Blei enthalten, die Haushalte dafür, daß sie nicht entschwefeltes Öl verwenden.

Mit diesen wissenschaftlichen Argumenten soll erstens legitimiert werden, daß die Umweltschutzkosten über Steuern und Teuerung auf die Bevölkerung abgewälzt werden und zweitens soll von den tatsächlichen Wurzeln der Umweltzerstörung, der kapitalistischen Produktionsweise, demagogisch abgelenkt werden.

Die Umweltschutzforschung erschließt also erstens neue Profitquellen, sorgt zweitens, indem sie mit zweierlei Maß mißt, dafür, daß "der Umweltschutz...nicht zum Feind der Wettbewerbsfähigkeit" (Chef der Industriellenvereinigung Igler) wird und trägt schließlich noch aktiv dazu bei, die gesellschaftlichen Hintergründe der Ökologiekrise zu verschleiern.

Die Umweltkrise kann erst im Sozialismus beseitigt werden

Wir sehen: von der Argumentation der bürgerlichen Naturwissenschaftler bleibt als einzig Richtiges nur die Feststellung über, daß sich die Zerstörung der Umwelt zu einer Krise zuspitzt. Aber weder sind die ökologischen Probleme neu, noch treffen sie die Menschheit schlechthin, weder sind sie Produkte des wissenschaftlich-technischen Fortschrittes, noch kann es Aufgabe einer Wissenschaft im Kapitalismus sein, der Menschheit zu dienen. Vor allem aber ist die Zerstörung der Umwelt überhaupt nicht durch die Naturwissenschaft aus der Welt zu schaffen, man muß das Problem an der Wurzel packen: der ständig fortschreitenden Zerstörung der Umwelt kann nur Einhalt geboten werden, wenn man ihre Quelle, die kapitalistische Ausbeuterordnung beseitigt. Erst wenn man die Wurzel der Krisen vernichtet und die Naturwissenschaft in den Dienst des Volkes gestellt ist, können die ökologischen Probleme grundsätzlich gelöst werden. Daß dies nicht bloß Utopie ist, zeigt das Beispiel der VR China, in der die Volksmassen die Gestaltung der Lebensbedingungen mit dem Aufbau des Sozialismus immer besser in den Griff bekommen.

W. Sch.

Impressum: Eigentümer, Vervielfältiger, Herausgeber und Verleger: MARXISTISCH-LENINISTISCHE STUDENTENORGANISATION; für den Inhalt verantwortlich: Margarita Schneider; alle 1080 Wien, Mölkerg. 3

12. Februar 1934

VOR 40 JAHREN: KAMPF DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITER GEGEN DEN FASCHISMUS

Am 12. Februar greifen Österreichs Arbeiter zu den Waffen, um die Errichtung der Herrschaft des Faschismus, der offenen, terroristischen Diktatur des Finanzkapitals, zu verhindern. In Linz flammen am Morgen des 12. Februar die Kämpfe auf, sie greifen am Mittag auf Wien und die wichtigsten Industriestädte über. Simmering ist bis zum Abend in den Händen der Arbeiter, in den anderen Wiener Bezirken können wichtige Positionen erkämpft und gegen die anstürmenden Polizei- und Bundesheereinheiten verteidigt werden. In Bruck an der Mur wird der Generalstreik lückenlos durchgeführt, die Gendarmeriestation angegriffen, die anrückenden Bundesheertruppen werden zurückgeschlagen. In Steyr besetzt der Schutzbund den Arbeiterbezirk Ennsleiten, in Attnang-Puchheim den verkehrstechnisch wichtigen Bahnhof, in Wolfsegg bewaffnen sich die Bergarbeiter und machen die Bahnlinie unpassierbar. In Dutzenden Städten und Orten wird gekämpft. Fünf Tage lang führen die österreichischen Arbeiter mit beispiellosem Heldenmut einen entschlossenen Kampf gegen den Faschismus, ehe sie der drückenden Übermacht weichen.

Die von Elend und Not, Hunger und Arbeitslosigkeit gequälten Massen hatten das Vertrauen in die bürgerliche Demokratie verloren. Sie erhoben sich zum Krieg gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter, zum bewaffneten Kampf gegen den Faschismus, um mit dem Sturz des Faschismus auch den Kapitalismus, die Quelle aller Not, zu beseitigen.

Krise des Imperialismus

Mit aller Wucht war 1929 die Weltwirtschaftskrise auch auf Österreich hereingebrochen. 1931 krachte die Creditanstalt zusammen, die drei Viertel der Groß- und Mittelbetriebe kontrollierte. Fabriken sperrten zu, andere drosselten die Produktion drastisch. Ganze Ortschaften verloren ihre Arbeitsplätze. Die Löhne wurden gedrückt, die Arbeitslosenunterstützung bis zu 50% gekürzt, die klassenbewußten Arbeiter aus den Betrieben geschmissen und durch Nazis und Heimwehrleute ersetzt.
Die Zahl der Arbeitslosen stieg auf über eine halbe Million. 1932 war fast die gesamte Arbeiterjugend arbeitslos, insgesamt ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung. Ein Viertel hatte Kurzarbeit und hatte kaum soviel wie die Arbeitslosenunterstützung ausmachte. Unterernährung war der Normalfall. Die Säuglingssterblichkeit stieg rapid an und der Typhus verbreitete sich.

Zur Arbeitslosigkeit kam die Wohnungsnot. In Wien gab es im Jahr über 700 000 Übernachtungen im Obdachlosenasyl. Die Kommunistische Partei ergriff die die Initiative bei der Organisierung von Arbeitslosenkommitees und von Hungermärschen.

Mit der Weltwirtschaftskrise vertiefte sich die allemeine Krise des Kapitalismus, die Massen revolutionierten sich und erkannten immer deutlicher, daß allein der Sturz der Bourgeoisie und die Erkämpfung der Arbeitermacht Elend und Unterdrückung zu beseitigen vermag. Die Arbeiterklasse suchte den Ausweg aus der Krise in der Revolut lution. Die Bourgeoisie suchte ebenfalls einen Ausweg aus der völligen Auflösung des Kapitalismus. Sie fand ihn im Faschismus mus. Die Bourgeoisie mußte dem Anwachsen der revolutionären Kräfte zuvorkommen. Dazu brauchte sie den Faschismus. Die Bourgeoisie suchte die ganze Last der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen, sie suchte das Problem der Märkte durch versklavung der schwachen Völker, durch Steigerung der kolonialen Unterdrückung und durch eine Neuaufteilung der Welt auf dem Weg des Krieges zu lösen. Dazu brauchte sie den Faschismus.

Der Aufstieg des Faschismus

Der faschistische Umsturz 1933 in Deutschland gab der Reaktion in allen Ländern einen mächtigen auftrieb. 1934 wurden in Frankreich alle faschistischen Kräfte mobilisiert, am 6. Februar unternahmen sie einen Putschversuch. 1934 holte in Österreich die Bourgeoisie zum entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterbewegung aus. In Frankreich antwortete das Proletariat mit Generalstreik und Massendemonstrationen, in Österreich mit Generalstreik und dem bewaffneten Kampf.
Der Faschismus hatte sich in Österreich seit dem 15. Juli 1927 zu Formieren begonnen. Seit dem Tag, an dem die Wiener Polizei in die Massen unbewaffneter Demonstranten schoss, 100 Proletarier niederstreckte und Tausende verwundete. Die sozialdemokratischen Arbeiter riefen nach Waffen und stürmten gemeinsam mit Kommunisten Polizeiwachstuben. Sie wollten mit der Bourgeoisie abrechnen und erwarteten von ihrer Partei, daß sie sie in diesen Kampf führt. Doch diese hielt sie zurück, bemühte sich die "Ruhe wiederherzustellen", um - wie sie sagte - die Bourgeoisie nicht herauszufordern. Sie kapitulierte vor der Reaktion und erleichterte dadurch den Aufstieg der faschistischen Kräfte. Die faschistischen Heimwehren, unterstützt von der Industrie, von der Regierung und von den faschistischen Ländern Ungarn und Italien, erstarkten und gingen zum Angriff auf die Arbeiterbewegung über. Sie Schufen sich feste Positionen in der Polizei, im Staatsapparat und im Bundesheer, aus denen die fortschrittlichen Menschen rausgesäubert wurden. Gleichzeitig drangen sie mit Hilfe der Unternehmer in die Betriebe ein, verstärkten ihre bewaffneten Aufmärsche, steigerten die Provokationen, Terroranschläge und Ermordungen von klassenbewußten Arbeitern. 1931 putschte die steirische Heimwehr, die Aktion zerbrach am Widerstand der Arbeiterklasse. Die Regierung sorgte dafür, daß kein Heimwehrler verfolgt und nur Arbeiter verhaftet wurden, die der Heimwehr wiederstand geleistet hatten. Heimwehrführer wurden in die Regierung aufgenommen, die Waffensuche in Arbeiterwohnungen und Parteiheimen verstärkt. Die Regierung wickelte die Geschäfte durch Notsverordnungen ab, und schaltete schließlich 1933 das Parlament endgültig aus. Die Heimwehr griff nach der Macht im Staat.

Die Sozialdemokratie kapituliert vor dem Faschismus

1929 war ein Sturm der Empörung durch die ganze österreichische Arbeiterklasse gegangen, als die Heimwehr mit Maschinengewehren in eine unbewaffnete Arbeiterversammlung in St. Lorenzen schoss, 3 Arbeiter ermordete und 200 verletzte. In vielen Orten der Obersteiermark gingen die Arbeiter auf die Straße, in zahlreichen Wiener Fabriken kam es zu Streiks. Überall tauchten Gerüchte über einen bevorstehenden Generalstreik auf. Die "Rote Fahne", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs, rief: "Auf zur Gegenoffensive gegen den Mordfaschismus!"

Die KPÖ forderte die Massen zum Zusammenschluß in der proletarischen Einheitsfront auf und setzte wirksame Initiativen zur Bekämpfung des Faschismus. Diese Vorschläge wurden sämtlich von der Sozialdemokratie abgelehnt, die den einheitlich geführten Kampf gegen den Faschismus sabotierte. So wurde die KPÖ, trotz des relativ schwachen Einflusses, den sie im Vergleich zur Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse hatte, zur einzigen Kraft, die den Kampf gegen den Faschismus von allem Anfang an entschlossen führte. Sie ließ keinen Zweifel daran, daß der Faschismus niedergeschlagen werden mußte, wenn er besiegt werden sollte. die KPÖ machte den Arbeitermassen klar, daß der Kampf gegen den Faschismus ein Kampf auf Leben oder Tod war. "Schlagt die Faschisten, wo ihr trefft!" - das war die Leitlinie ihres Kampfes.

Die Sozialdemokratie hatte seit dem 15. Juli 1927 jeden Vorstoß der faschistischen Heimwehr hingenommen, um eine Verschärfung der Klassengegensätze zu "vermeiden". In Wirklichkeit trug sie durch ihre Politik zu einer Verschärfung der Klassengegensätze bei, dergestalt, daß die Reaktion immer heftigere Angriffe gegen die Arbeiterbewegung richtete und ihre Machtstellung ungehindert zu einer Festung ausbauen konnte. Durch ihre Politik des Zurückweichens hinderte sie die Massen, wirksame Gegenmaßnahmen gegen die Angriffe des Faschismus zu ergreifen. Sie suchte den Faschismus durch einen Ausgleich mit der Bourgeoisie, durch einen Kom-

promiß mit dem Klassenfeind aufzuhalten und abzuwehren. Durch ihre Orientierung an der bürgerlichen Legalität, an der bürgerlichen Demokratie und an dem Parlamentarismus war sie von vornherein im Hintertreffen gegenüber dem Faschismus, der sich um solche Dinge wenig kümmerte und offen von der Errichtung einer terroristischen Diktatur sprach. Indem die Sozialdemokratie die Massen an den Reformismus band, hielt sie sie vom einzigen Weg zur Durchsetzung ihrer Interessen und von der einzig wirksamen Verteidigung gegenüber den Angriffen der Bourgeoisie ab: vom unversöhnlichen Klassenkampf, vom revolutionären Massenkampf.

1933, nach der Auflösung des Parlaments, richtete die KPÖ ein weiteres Einheitsfrontangebot an die Sozialdemokratie, das diese Partei erneut ablehnte. Sie erklärte, die Sozialdemokratie sei imstande, allein dem Faschismus entgegenzutreten, die Einheitsfront der Arbeiterklasse sei in der Sozialdemokratie verwirklicht und sie selbst würde die Initiative ergreifen, wenn der Zeitpunkt dafür gekommen sei. Sie setzte weiterhin nicht auf den Klassenkampf, sondern auf Verhandlungen mit der Regierung. Das auch noch zu einer Zeit, als diese sich anschickte, mit der Sozialdemokratie kurzen Prozeß zu machen und sie von der Bühne zu fegen. Die Regierung kümmerte sich wenig um die Angebote der Sozialdemokratie.

1933 verbot sie den Schutzbund, die Wehrorganisation der Sozialdemokratie. Kurz darauf erließ die Regierung ein Streikverbot für die lebenswichtigen Betriebe. Die Sozialdemokratie schwieg.

Am 26. Mai wurde die Kommunistische Partei verboten, die schon seit längerem im halblegalen Zustand arbeitete. Der Kommunistische Jugendverband war bereits 1931 verboten worden. Gegen das Verbot der KPÖ legte die Sozialdemokratie verbalen Protest ein, erklärte aber kurz darauf in ihrem Zentralorgan, der Arbeiter-Zeitung, "politisch ist die Tatsache ihres Verschwindens zu begrüßen". Während die sozialdemokratische Führung weiterhin alle Einheitsfrontangebote ablehnte, begannen sich sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter zu gemeinsamen Aktionen zusammenzuschließen. Die Kommunistische Partei, die sich bisher nur schwach hatte unter den Massen verankern können, stärkte ihren Einfluß trotz Illegalität durch entschlossenes und mutiges Auftreten ihrer Mitglieder. Die Masse der Arbeiter blieb allerdings noch an den Reformismus gebunden und tastete sich nur allmählich zum Standpunkt des revolutionären Klassenkampfs vor.

Die Arbeiter greifen zu den Waffen

In dieser Situation ging die Konterrevolution zum entscheidenden Schlag über. Ende Jänner 1934 unternahmen die Tiroler Heimwehren einen Putschversuch. In Oberösterreich und in der Steiermark verlangten die Heimwehren ultimativ die völlige Beseitigung der noch bestehenden demokratischen Einrichtungen. Der Heimwehrführer Steidle erklärte: "Jetzt hat der parlamentarische Spaß ein Ende, jetzt wollen wir mit dem Aufräumen anfangen." Die Regierung ordnete Anfang Feb-

Die Rote Fahne

Sondernummer 10. Februar 1934 Nr. 3

Heraus zum Generalstreik!

Die Betriebe von Liesing, Atzgersdorf streiken bereits. Alle sozialdemokratischen Vertrauensmänner wurden dort verhaftet. In Innsbruck wurde Arbeiterheim und Druckerei von den Faschisten zusammengeschlagen. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Die Heimwehren haben im Einvernehmen mit Dollfuß in allen Bundesländern ihre Horden bewaffnet aufgeboten.

Sie fordern Kommissäre an Stelle der Landesregierungen und der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen. In mehr als 20 sozialdemokratischen Gemeinden wurden die Kommissäre bereits eingesetzt. Sie fordern Kommissäre für die Arbeitslosenvermittlungen, Sozialversicherungsinstitute und auch für die Privatbetriebe.

Die klassenbewußten Proletarier sollen wehrlos gemacht werden.

Es geht um euer Leben und euere Existenz!

Der sozialdemokratische Parteivorstand und die Gewerkschaftsführer setzen ihre Verrats- und Kapitulationspolitik weiter fort. Trotzdem Polizei und Militär das sozialdemokratische Parteihaus in der Wienzeile, das Konsumvereinsheim in Meidling und Gewerkschaftshäuser besetzte, rühren sie keinen Finger. Wie in Deutschland wollen sie die Arbeiter den Faschisten wehrlos preisgeben.

Schlagt den Faschismus nieder, ehe er euch niederschlägt!

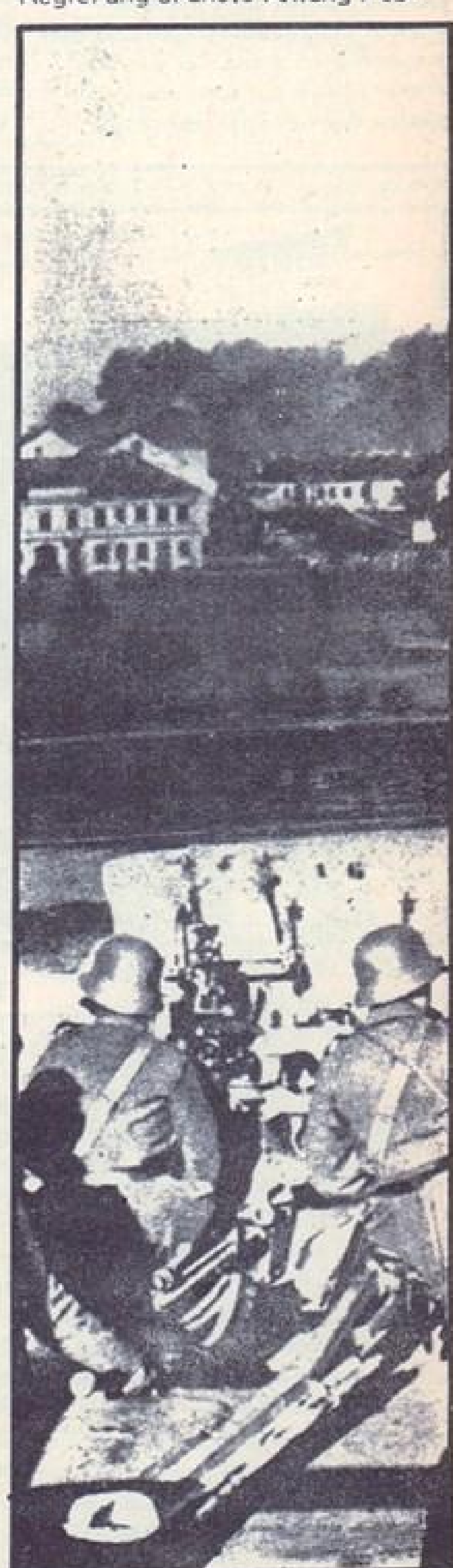
Legt sofort die Arbeit nieder! Streikt! Holt die Nachbarbetriebe heraus! Wählt Aktionskomitees zur Führung des Kampfes in jedem Betrieb! Geht auf die Straße! Entwaffnet die Faschisten! Die Waffen in die Hände der Arbeiter!

Generalstreik!

Sofortige Auflösung aller faschistischen Organisationen!
Weg mit allen faschistischen Kommissären!
Weg mit den faschistischen Verwaltungskommissionen der Arbeiterkammern!
Sofortige Wiederherstellung der Versammlungs-, Presse-, Koalitions- und Streikfreiheit!
Sofortige Freilassung aller antifaschistischen Gefangenen!
Weg mit der Todesstrafe und dem Standrecht!

Weg mit der Henker-Regierung!

Kommunistische Partei Oesterreichs (Sektion der III. Internationale)



Der Karl-Marx-Hof wurde von der Hohen Warte aus mit Artillerie beschossen.

ruar Waffensuchen in fast allen sozialdemokratischen Heimen an, die Schutzbundführer wurden verhaftet. Die Heimwehr besetzte die strategisch wichtigen Punkte in Oberösterreich, Tirol, Steiermark, Vorarlberg und Burgenland. Sie holte zum entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterklasse aus.

Die einzige Möglichkeit, diesen Angriff des Faschismus abzuwehren, bestand darin, alle proletarischen Kräfte in einer festen Einheitsfront zusammenzuschließen, den Generalstreik auszurufen, das Wirtschaftsleben lahmzulegen und die faschistischen Kräfte niederzuschlagen, ehe sie zum organisierten Angriff übergehen konnten. Die KPÖ trat in Verbindung mit der sozialdemokratischen Führung und schlug vor, einen gemeinsamen Aufruf zum Generalstreik herauszubringen und den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen. Die Sozialdemokratie lehnte ab.

Demonstration der KPÖ gegen den Faschismus 1933



Bis zum letzten Augenblick verhinderte sie gemeinsame Aktionen, lenkte die Arbeiterklasse vom einheitlich geführten Massenkampf ab und entwaffnete sie dadurch gegenüber der Offensive des Faschismus. Verrat und Verbrechen an der Sache der Arbeiterklasse - das war die Politik der sozialdemokratischen Führung.

Die KPÖ rief daraufhin am 10. Februar 1934 den österreichischen Arbeitern in einem illegalen Flugblatt zu:

"Es geht um euer Leben und eure Existenz!
Schlagt den Faschismus nieder, ehe er euch niederschlägt!
Legt sofort die Arbeit nieder!
Streikt! Holt die Nachbarbetriebe heraus!
Wählt Aktionskomitees zur Führung des Kampfes in jedem Betrieb!
Geht auf die Straße! Entwaffnet die Faschisten! Die Waffen in die Hände der Arbeiter!
Generalstreik!"

Bei einer Waffensuche leisteten am 12. Februar die Linzer Schutzbündler entgegen den Weisungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes bewaffneten Widerstand. Sie haben genug von der Kapitulationspolitik. Sie wissen, daß die Alternative steht: jetzt oder nie. Die Übermacht von Polizei und Militär sucht in das Arbeiterheim einzudringen, aber sie stoßen auf erbitterten Widerstand. Eine zur Verstärkung angerückte Maschinengewehrkompanie kann nur mit Mühe bis zum ersten Stock vordringen. Zum Schluß wird Artillerie aufgefahren. Erst nach Stunden erbitterten Kampfes ergeben sich die Schutzbündler, nachdem die Munitionsvorräte zu Ende gegangen und zwei Entsatzaktionen gescheitert sind.

Die Sozialdemokratie fällt den Kämpfenden in den Rücken

Sobald die Nachricht von den Kämpfen in Linz nach Wien gedrungen ist, schmeißen die Arbeiter in einer Reihe von Floridsdorfer Betrieben die Arbeit hin und verlangen nach Waffen. Nur mit Mühe gelingt es den triebsräten, sie noch einige Stunden hinzuhalten. Der sozialdemokratische Parteivorstand entscheidet sich nach endlosem Zögern für den Streik, um nicht den letzten Rest an Einfluß unter den Arbeitermassen zu verlieren. Aber dieser Beschluß dringt nicht in die Betriebe. Der Gewerkschaftssekretär Svitanic antwortet zwei Stunden lang auf alle telefonischen Anfragen aus den Betrieben beharrlich, ihm sei von einer Generalstreikparole nichts bekannt. Schließlich dreht eine entschlossene Arbeitergruppe der Städtischen Elektrizitätswerke den Strom ab. Diese Parole wird in den Betrieben verstanden. Das war der Beginn des Generalstreiks und der Bewaffnung des Schutzbunds.

Aber der sozialdemokratische Parteivorstand hatte dafür gesorgt, daß die österreichischen Arbeiter im Kampf unterliegen mußten. Er gab die Anweisung, daß der Schutzbund keine Angriffsaktionen durchführen dürfe und den Kampf nur dort beginnen soll, wo er angegriffen wird. Damit war der Kampf des Schutzbundes - so heldenhaft er auch geführt wurde - zum Scheitern verurteilt.

Die Defensive ist der Tod des Aufstandes, einzig und allein der entschlossene Angriffskampf hätte eine Wende zugunsten der Arbeiterklasse erreichen können. Die sozialdemokratische Führung blieb auch im Februar ihrer Politik treu. Wie sie im wirtschaftlichen und politischen Kampf zurückwich, den Kompromiß suchte und schließlich das Feld der Bourgeoisie überließ, so auch im militärischen Kampf. Der Reformismus führte die Arbeiterklasse in die Sackgasse und entwaffnete sie vor den Angriffen und den Vorstößen der Bourgeoisie.

Der heldenhafte Kampf der österreichischen Arbeiterklasse wurde geführt ohne und gegen den Willen der sich radikal gebärdenden sozialdemokratischen Führung, von der sich die kämpfenden Schutzbündler ohne Ausnahme verraten und verkauft fühlten.

Die Februarkämpfe

In Wien begannen die ersten Kämpfe um 13 Uhr bei der städtischen Wohnbauanlage Sandleiten in Ottakring. Die Polizei will den Häuserkomplex stürmen, muß sich jedoch sofort wegen des heftigen Feuers aus Gewehren und Maschinengewehren zurückziehen. Trotz stundenlangem Beschuß kann sie nicht vordringen. Eine Stunde später versuchten Polizei und Regierungstruppen, den Reumannhof auf dem Margaretengürtel einzunehmen, wo sie ebenfalls auf heftigen Widerstand stießen. Simmering fällt in die Hände der Arbeiter. Am 13. Februar verschärfen sich die Kämpfe in ganz Wien, mit Floridsdorf als Hauptkampfgebiet. Der Kampfplan der Floridsdorfer geht dahin, zuerst alle Polizeiwachstuben einzunehmen und dann das Polizeikommissariat zu erstürmen, um den Bezirk ganz in die Hand zu bekommen. Die erste Wachstube besetzen um 6.30 früh die Schtzbündler in Groß-Jedlersdorf. Auf ihrem Marsch zum Kommissariat treffen sie auf ein Überfallsauto der Polizei, das mit 16 Mann zum Entsatz des Wachzimmers fährt, und erobern es nach heftigem Schußwechsel. Den Angriff auf das Polizeikommisariat sollen die Straßenbahner tragen. Gewehre, Munitionskisten und ein Maschinengewehr werden ausgegraben. Arbeiterfrauen helfen, die Bestandteile mit Petroleum zu reinigen. Andere Frauen bringen Essen und Getränke. Junge Arbeiter und Studenten melden sich zum Kampf. Ein Angriff der Polizei wird zurückgeschlagen, ein zweiter, der mit zwei Panzerautos unterstützt wird, ebenfalls. Danach versuchen die Straßenbahner das Kommissariat zu stürmen. Sie erweisen sich aber als zu schwach, denn die Hauptfeuerwache unter Georg Weissel, die sie unterstützen sollten, ist durch Verrat eines Sozialdemokraten einem Handstreich der Exekutive erlegen. Mit Ausnahme des Kommissariats halten die Schutzbündler den ganzen Bezirk in der Hand. Die Polizei fordert nun Militärassistenz an. Die Arbeiter verteidigen ihre Stellungen, es entbrennt eine regelrechte Schlacht um Floridsdorf. Das Militär fährt Artillerie auf, schießt die Gemeindebauten "sturmreif" und rückt dann vor. In Kaisermühlen entbrennt der Kampf um den Goethe-Hof. Der Schutzbund geht offensiv vor und kann die Regierungstruppen bis zur Reichsbrücke zurückdrängen. Der Karl-Marx-Hof wird von der Hohen Warte mit Artillerie

beschossen, Bundesheertruppen dringen mit Panzerwagen gegen das Gebäude vor, das von den Schutzbündlern und Kommunisten heldenhaft verteidigt wird.

In Steyr müssen nach harten Kämpfen die Arbeiter der Artillerie weichen, während sie Bruck halten und die Angriffe der Bundesheertruppen abwehren können. Zu Gefechten kommt es in Graz, Wörgl, St. Pölten, Mödling, im Wolfsegg-Trauntaler Kohlengebiet in Ebensee und vor allem im obersteirischen Industriegebiet, in Leoben, Göß, Zeltweg, Judenburg, Voitsberg, Köflach, Kindberg und Weiz. Am 14. Februar konzentrieren sich die Kampfhandlungen nur noch auf Wien, nachdem der Generalstreik zusammengebrochen ist und sich keine zentrale Kampfleitung herausbilden konnte. In dem von der Artillerie zerschossenen Karl-Marx-Hof kommt es zu blutigem Stellungskampf, zu einem Kampf auf Mann gegen Mann. Das Gebäude kann erst am 15. Februar genommen werden, ebenso wie der Goethe-Hof, den die Verteidiger wegen Munitionsmangel räumen mußten. Kolomann Wallisch schlägt sich mit seiner Schutzbundtruppe von Bruck aus durch Gebirge, bis sie sich am 16. Februar auflösen, er selbst verraten und erschossen wird.
20 000 bis 25 000 Schutzbündler hatten gemeinsam mit den Kommunisten dem Faschismus eine bewaffnete Abwehrschlacht geliefert. 1000 bis 1200 fielen im Kampf, 4000 bis 5000 wurden verwundet. Über 10 000 wurden festgenommen und inhaftiert. Der Faschismus erhob seine blutige Fratze.

Die internationale Bedeutung

Die österreichische Arbeiterklasse wurde besiegt. Aber ihr Kampf, mit beispiellosem Heldenmut geführt, war nicht umsonst. Er war ein Weckruf für die internationale Arbeiterklasse, die 1934 nach Österreich blickte, neuen Mut faßte, ihre Kampfentschlossenheit und Energie verdoppelte. Der Februarkampf in Österreich zeigte, daß es möglich war, den Kampf zu führen, und daß es nötig war, den Kampf zu wagen. Die österreichischen Arbeiter bewiesen, daß es eine Alternative zur kampflosen Kapitulation vor dem Faschismus gibt. Der niederdrückende Sieg des Faschismus in Deutschland hatte den Kampfwillen der internationalen Arbeiterklasse herabgedrückt, der Februarkampf erweckte ihn zu neuem Leben. Ungeachtet seines Ausgangs war er eine Wende nicht nur in der österreichischen, sondern auch in der internationalen Arbeiterbewegung. Er leitete eine neue Etappe ein, trug neuen Kampfesmut in die Reihen der Arbeiterklasse und festigte die Entschlossenheit zur antifaschistischen Gegenoffensive. So in Frankreich, wo die französische Arbeiterklasse durch Entfaltung breitester Masseninitiative eine drohende Machtübernahme durch den Faschismus verhindern konnte. So in Spanien, wo die Arbeiterklasse durch das österreichische Beispiel den Mut und die Entschlossenheit fand, den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen und ihm drei Jahre lang heldenhaft standhielt.

Die Fehler

Der Faschismus konnte vor allem deshalb zur Macht kommen, weil die Arbeiterklasse durch die Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, wie sie von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten, gegenüber der angreifenden Bourgeoisie politisch und organisatorisch entwaffnet war. Die Kommunistische Partei aber war nicht stark genug, um ohne und gegen die Sozialdemokratie die Massen in Bewegung zu bringen und in den entscheidenden Kampf gegen den Faschismus zu führen.
Die Fesselung der österreichischen Arbeiterklasse an die Sozialdemokratie, an den Reformismus, verhinderte, daß sie den Weg des entschlossenen Massenkampfes einschlug. In der entscheidenden Phase, als es auf die Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats ankam, war ein Großteil der Arbeiter durch die Kapitulationspolitik zermürbt und entmutigt. Und die Schutzbündler, die zu den Waffen griffen, standen allein da, verlassen und verraten von den Führern, denen sie vertraut hatten, die versprochen hatten, sie im entscheidenden Kampf gegen den Klassenfeind zu leiten.
Gegenüber den sozialdemokratischen Führern, die nach dem Februarkampf das österreichische Proletariat mit Dreck bewarfen und erklärten, man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen, weil dies zur sicheren Niederlage geführt habe, sagte Dimitroff, der Held des Reichstagsbrandprozesses, in seinem Brief an die österreichischen Arbeiter:
"Nein, nicht der bewaffnete Kampf der österreichischen Arbeiterklasse war ein Fehler. Der Fehler bestand darin, daß dieser Kampf nicht organisiert war und nicht auf revolutionäre, bolschewistische Weise geführt wurde. Die Hauptschwäche des Februarkampfes der österreichischen Arbeiter bestand darin, daß sie infolge des schädlichen Einflusses der Sozialdemokratie nicht begriffen, daß es nicht genügt, sich gegen den Angriff des Faschismus zu verteidigen, sondern sie ihren bewaffneten Widerstand in einen Kampf zum Sturz der Bourgeoisie und für die Machtergreifung durch das Proletariat verwandeln müssen. Der bewaffnete Widerstand des österreichischen Proletariats gegen den Faschismus ging nicht in einen tatsächlichen bewaffneten Aufstand über. Darin besteht der Hauptfehler."
Bereits am 20. Februar, als gerade die Schüsse der letzten standgerichtlichen Hinrichtung verhallten, ruft die KPÖ den revolutionären Arbeitern zu: "Schließt euch zusammen in der Kommunistischen Partei und unter ihrer Führung vorwärts vom Februaraufstand zum roten bolschewistischen Oktober! Nieder mit der faschistischen Galgendiktatur! Es lebe Sowjetösterreich!" Das war die richtige Losung, die Losung, die den Arbeitern nach dem Zusammenbruch der von der Sozialdemokratie geschaffenen Illusionen vom bürgerlich-parlamentarischen Weg eine klare Richtung und ein klares Ziel wies.

Der Februar: Wende in der österreichischen Arbeiterbewegung

Die Februarkämpfe endeten mit einem Sieg des Faschismus, aber sie führten dazu, daß immer breitere Teilen der Massen der Arbeiterklasse die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfs erkannten. Sie führten dazu, daß immer breiteren Massen der wahre Charakter und der wahre Inhalt der sozialdemokratischen Politik bewußt wurde. Die Februarkämpfe leiteten den Bruch mit dem Reformismus ein, der die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie bindet und sie vor den Angriffen der Reaktion entwaffnet. Sie endete mit einer Niederlage, weil die Kommunistische Partei zu schwach, zu wenig in den Massen verankert war und von den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter infolge der Hetze ihrer Führer mit Mißtrauen betrachtet wurde. Daher war die KPÖ nicht imstande, die Führung in den Kämpfen zu übernehmen und die sozialdemokratischen Arbeiter mitzureissen. In den Februarkämpfen aber bewiesen die Kommunisten, daß nur sie es waren, die konsequent ohne zu zögern und bis zum Ende treu zur Sache der Arbeiterklasse stehen, daß sie es sind, die die Interessen der Arbeiterklasse am konsequentesten und revolutionär entschiedensten vertreten.
Sie leiteten einen neuen Aufschwung der kommunistischen Bewegung in Österreich ein. Die KPÖ konnte trotz der Illegalität entscheidende Schritte setzen und sich stärker in den Massen verankern als bisher. Die Februarkämpfe öffneten den Arbeitermassen die Augen über den Unterschied zwischen Sozialdemokratismus und Kommunismus. Sie zeigten dem österreichischen Proletariat die Notwendigkeit, den radikalen Bruch mit dem Reformismus zu vollziehen, den Weg des revolutionären Klassenkampfs einzuschlagen und die Vorhut der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei als Organisator und Führer der Arbeiterklasse in der sozialen Revolution zu stärken.

M. T.



22. PARTEITAG DER KPÖ: Offener Verrat am Sozialismus

Der 22. Parteitag der KPÖ, der im Jänner stattfand, ist ein Meilenstein in der revisionistischen Entartung dieser Partei.

1958: Der Revisionismus wird zum Programm erhoben

Schon 1958, mit der Annahme der"Leitsätze über den Weg Österreichs zum Sozialismus", hatte diese Partei vollständig und endgültig demKommunismus den Rücken gekehrt und den Revisionismus zum Programm erhoben. Aus einer proletarischen war sie zu einer Partei geworden, die sich grundsätzlich mit dem bestehenden kapitalistischen System ausgesöhnt hatte und sich im Lauf der Zeit immer mehr in dieses System integrierte. Der Sozialismus und die Revolution waren eine Sache geworden, deren man zu festlichen Anlässen in Worten gedachte, die aber in der tatsächlichen Politik keine Rolle mehr spielten. Der Kampf richtete sich nicht mehr gegen das kapitalistische System als die Wurzel aller Übel, die die Arbeiterklasse und das Volk bedrücken, sondern nur mehr gegen die einzelnen Folgen, Auswirkungen und Mißstände des Systems. Nicht mehr der Sturz des bürgerlichen Staates und die politische Machtergreifung durch die Arbeiterklasse, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, war das Ziel der KPÖ, sondern die Reformierung dieses Staates und die Eroberung von Posten und Positionen im bürgerlichen Staatsapparat. Aber damals sprachen die Revisionisten in der KPÖ das noch nicht offen aus. In Worten hielten sie am Ziel des Sozialismus fest, faktisch verrieten sie dieses Ziel, indem sie einen friedlichen, parlamentarischen Weg zum Sozialismus proklamierten. Das trat die Grundanschauungen der Kommunisten, tausendfach durch die Geschichte bestätigt, mit Füßen, nämlich, daß die Arbeiterklasse sich den Sozialismus nur mit Waffengewalt erkämpfen kann, solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen wie Militär und Polizei verfügt.

22. Parteitag: Neue Vertiefung des Revisionismus

Im neuen Programm der KPÖ wird der Verzicht auf das Ziel des Sozialismus und des Kommunismus erstmals offen ausgesprochen. Zwar steht zunächst, hauptsächlich um einen Teil der eigenen Mitglieder, denen sonst die Vertiefung des Revisionismus kaum als Marxismus-Leninismus verkauft werden könnte, zu betrügen: "Ziel der KPÖ ist die Errichtung der Arbeitermacht" (These 43), aber im nächsten Absatz wird dieses Ziel auf den St. Nimmerleinstag verschoben: Die KPÖ orientierte sich darauf, "noch vor Errichtung der Arbeitermacht, eine Phase der antimonopolistischen Demokratie zu erkämpfen, die nicht mehr Kapitalismus, aber noch nicht Sozialismus ist". Im Gegensatz dazu hat Lenin darauf hingewiesen, "daß es in der kapitalistischen Gesellschaft bei einer einigermaßen ernstlichen Verschärfung des Klassenkampfes, auf dem diese Gesellschaft begründet ist, kein Mittelding geben kann zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats." (Lenin Werke, Bd. 28, S. 478) Heute hat die Bourgeoisie nicht nur das Eigentum an den wichtigen Produktionsmitteln (Fabriken, Maschinen usw.), sondern auch, die politische Macht, um ihr Ausbeutungssystem aufrecht zu erhalten. Daß sie diese Macht heute nicht in Gestalt des Faschismus, also offen terroristisch, ausübt, sondern mittels des Parlamentarismus und der einer bürgerlicher Parteien im Parlament, die alle dem Volk vorspielen, seine Interessen zu vertreten und von seiner "Gunst" abhängig zu sein, ändert nichts daran, daß der Staat ausschließlich der "geschäftsführende" politische Ausschuß der Bourgeoisie ist, während die Arbeiterklasse auf diese Staatsmacht weder durch Wahlen noch sonstwie Einfluß nehmen kann, sondern ihr unterworfen wird. Die Bourgeoisie verfügt auch über bewaffnete Formationen, um ihre Herrschaft notfalls mit Gewalt aufrechtzuerhalten. Deshalb ist auch die "demokratischste" bürgerlich-parlamentarische Republik in Wahrheit nur die Form, in die die Bourgeoisie ihre Verfügung über die Staatsmacht kleidet und wie sie ihre politische Herrschaft gegen den Willen und die Interesssen der Volksmassen ausübt. Die Arbeiterklasse muß im tagtäglichen Kampf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen und ihre politischen Rechte verteidigen bzw. um deren Verbesserung kämpfen. Eine wirkliche und grundlegende Änderung ihrer Lage als ausgebeutete und rechtlose Klasse kann sie aber erst im Sozialismus erreichen. Die Arbeiterklasse muß daher vor allem im Kampf gegen den bürgerlichen Staat Kräfte sammeln, um ihn schließlich zu stürzen, seine Armee, seine Polizei und den ganzen Staatsapparat zu zerschlagen und die politische Macht zu ergreifen. An die Stelle der Diktatur der Bourgeoisie tritt dann die Diktatur des Proletariats, was breiteste Demokratie für das Volk, aber eiserne Diktatur gegen die bürgerlichen Ausbeuterelemente bedeutet, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen. Gestützt auf die politische Macht schafft die Arbeiterklasse das Privateigentum an den Produktionsmitteln ab und wälzt die Produktionsverhältnisse und alle gesellschaftlichen Verhältnisse um. Der Aufbau des Sozialismus ist der Weg, um schließlich zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus, zu gelangen. Wenn eine Gesellschaft wie die österreichische in zwei einander gegenüberstehende Klassen mit entgegengesetzten Interessen gespalten ist, kann nur entweder die eine oder die andere die politische Macht innehaben. Ein Mittelding gibt es nicht. "Jeder Traum von irgendwas Drittem", schreibt Lenin weiter, "ist reaktionäre Lamentation eines Kleinbürgers". Die "antimonopolistische Demokratie", diese eigentümliche Erfindung einer "neuen" Gesellschaftsordnung die weder Kapitalismus noch Sozialismus ist, ist genau eine solche Lamentation.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, daß sich hinter der "neuen" Gesellschaft nur eine Spielart der alten kapitalistischen Gesellschaft verbirgt. Zwar soll es einigen Monopolen an den Kragen gehen, aber "kapitalistische Produktionsverhältnisse bestehen weiter" (These 43) und bekanntlich bedeutet die Verstaatlichung einiger Monopole noch lange keine Änderung des Wesens des Kapitalismus und der kapitalistischen Ausbeutung. Der Charakter einer Verstaatlichung hängt vielmehr vom Charakter des Staates ab, davon, welche Klasse mittels der Staatsmacht ihre politische Herrschaft ausübt. Und gerade zur entscheidenden Frage der Notwendigkeit des Sturzes des bürgerlichen Staatsapparats findet sich kein Wort, im Gegenteil hält die These 44 am Parlamentarismus fest (d.h. einer ihrem Wesen nach bürgerlichen Art der "Volksvertretung" mit ihrem "freien und ungebundenen Mandat", d.h. ihrer Unabhängigkeit der Abgeordneten von ihren Wählern, damit sie umso leichter durch Privilegien, Bestechung und Korruption von der Bourgeoisie abhängig werden). Die "antimonopolistische Demokratie" läßt den bürgerlichen Staatsapparat unangetastet bzw. beschränkt sich auf seine Reformierung und diese bürgerliche Macht beruht weiterhin auf kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Sie ist in Wahrheit eine Spielart des Kapitalismus. Sie ändert nichts am Wesentlichen, sondern bringt einige "Verbesserungen" am kapitalistischen System an. Ein Blick auf Italien oder Frankreich, wo die'Bruderparteien" der KPÖ sich bei der Bourgeoisie sie bereits als mögliche Regierungsparteien anbiedern, legt die Vermutung nahe, daß die "antimonopolistische Demokratie" nichts anderes zum Ausdruck bringt als den Traum der KPÖ, an der Regierungsgewalt im bürgerlichen Staat teilzuhaben, die Verwaltung der bürgerlichen Gesellschaft unter Durchführung einiger Reformen zu übernehmen. An diesem grundlegendem Inhalt des Programms können auch einige radikale Phrasen nichts ändern, mit denen es zu Zwecken der Verschleierung garniert ist.

Eine neue Stufe des Revisionismus in Westeuropa

Als eines der hervorstechendsten Merkmale dieses Parteitages hob der Sekretär des ZK, Scharf, in seiner Schußansprache den "harmonischen Gleichklang" in den Auffassungen der westeuropäischen "Brunderparteien"hervor. Tatsächlich haben sich alle diese revisionistischen Parteien inzwischen auf die "Erkämpfung der antimonopolistischen Demokratie" eingeschworen. Diese Theorie, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hat, ist eine neue Stufe in ihrer revisionistischen Versumpfung und in ihrer Integration in die bürgerliche Gesellschaft.

Wie vor Jahrzehnten die Sozialdemokratie wurden auch ein Teil der ehemals kommunistischen Parteien aus Parteien, die gegen Kapitalismus kämpften, zunächst zum "Arzt am Krankenbett des Kapitalismus", der das dem Untergang geweihte Ausbeutersystem durch Reformen notdürftig am Leben und Funktionieren erhalten, für die Arbeiter - und Volksmassen halbwegs erträglich machen will und sich zugleich dem revolutionären Kampf um den

Sozialismus in den Weg stellt. Von dort ist nur ein kleiner Schritt zum direkten Sachwalter der Kapitalsinteressen, zur Partei, die im Kapitalismus Regierungsgeschäfte übernimmt und eine politische Agentur der Bourgeoisie wird. In dieser Entwicklung von bürgerlichen Arbeiterparteien zu Parteien des Monopolkapitals sind die Revisionisten Italiens und Frankreichs ihren sozialdemokratischen Vorgängern schon ziemlich weit gefolgt. Während die französische KP zusammen mit den Sozialdemokraten und anderen offen bürgerlichen Parteien ein Wahlbündnis schloß, um in die Regierung zu kommen, tut die KP Italiens alles bis zum Streikbruch, um sich bei der herrschenden Klasse ihres Landes als regierungsfähige Partei anzubiedern. Zusammen mit den Sozialdemokraten und "linken" Demochristiani will sie die politische Verwaltung des italienischen Kapitalismus übernehmen.

Wenn auch die KPÖ wegen ihrer Einflußlosigkeit und Kleinheit nicht ernstlich solche hochfliegenden Pläne haben kann, so geht sie doch genau denselben Weg. In diesem Zusammenhang ist die zunehmende Annäherung der KPÖ an die Sozialdemokratie zu sehen. Zwar fand diese Entwicklung bereits die ganzen 60er Jahre hindurch statt, sie hat aber in jüngster Zeit gewisse neue Erscheinungen hervorgebracht, die beim Parteitag dann kodifiziert wurden. Dazu gehört die ausgesprochene, prinzipielle Ablehnung jeglicher Aktionseinheit in gleich welchen Einzelfragen mit den Marxisten-Leninisten und als Gegenstück dazu das immer prinzipienlosere Packeln mit jedem sozialdemokratischen Bonzen, mit dem sie sich in irgendeiner Frage irgendwie zusammentun kann. Was dabei als "Einheit der fortschrittlichen Kräfte" ausgegeben wird, ist in der Praxis Sabotage und Spaltung der wirklichen Einheit, der Arbeiter im Betrieb, sei es z.B. bei der Protestkampagne gegen die Straßenbahnverteuerung in Salzburg, sei es bei antiimperialistischen Solidaritätsaktionen oder bei was auch immer.

Volle Unterordnung unter die Sowjetrevisionisten

Den russischen Sozialimperialisten passen diese Politik und Ziele ihrer westlichen "Bruderparteien" natürlich sehr gut in ihre Pläne, im Kampf mit den USA die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft in Westeuropa zu erringen. Revisionistische Parteien in den Regierungen Italiens oder Frankreichs können ihnen dabei sehr gut als Stützpunkte bei der Änderung ihres Einflusses dienen. Deshalb ist es kein Zufall, daß der "harmonische Gleichklang" der KPÖ und der anderen revisionistischen Parteien Hand in Hand geht mit der stärkeren Unterordnung unter die Sowjetrevisionisten.

Die "enge Verbundenheit mit der SU" ist der zweite wichtige Punkt in der Bilanz, die Scharf über den 22. Parteitag zieht. Die Unterordnung unter den Sozialimperialismus gibt er sogar als Hauptcharakteristikum der KPÖ an, wenn er sagt, daß - im Unterschied zu den Marxisten-Leninisten - gerade die "Verbundenheit mit der SU" es sei, die der KPÖ ihr "eindeutiges und vorwärtsweisendes Profil" gebe.

Die KPÖ-Revisionisten haben Angst vor der Kraft des Kommunismus

Das Erstarken der kommunistischen Bewegung und der steigende Einfluß des Marxismus-Leninismus zwingen die bürgerlichen Kräfte immer öfter, vom Totschweigen zum Verleumden überzugehen. Auch die KPÖ-Führer können ihren Mitgliedern nicht länger die Existenz und den Aufschwung der kommunistischen Bewegung verheimlichen. Zugleich wollen sie ihren eigenen Mitgliedern jede Zusammenarbeit mit den Marxisten-Leninisten verbieten. Das alles widerspiegelt die Angst, die die KPÖ-Führer vor dem Marxismus-Leninismus haben. Sie fürchten die kommunistische Bewegung, unter anderem auch deshalb, weil nicht alle Mitglieder der KPÖ die immer weitere Vertiefung des Revisionismus und den offenen Verrat am Sozialismus widerspruchslos hinnehmen. Nicht alle KPÖ-Mitglieder nehmen den revisionistischen Führern ab, daß die "antimonopolistische Demokratie" eine schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus ist. Der weitere Vormarsch der kommunistischen Bewegung, ihr zunehmender Einfluß in der Arbeiterklasse und im Volk wird die langjährige ungeteilte Herrschaft der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterklasse brechen und die Voraussetzung für eine neue proletarische Partei schaffen, die Schädlichkeit des Revisionismus und Reformismus immer deutlicher zeigen, einer Reihe von alten Kommunisten, die durch den zeitweiligen Sieg des Revisionismus aus dem aktiven politischen Leben verdrängt worden sind, wieder in die kommunistische Arbeiterbewegung hineinziehen und auch die Widersprüche in der KPÖ verschärfen.

W.L.

SOLSCHENIZYN: »Rückkehr zum Stalinismus?«

Die sowjetischen Behörden haben dem oppositionellen Schriftsteller Solschenizyn die Staatsbürgerschaft aberkannt und ihn in die BRD abgeschoben. Wie verschiedene andere Intellektuelle, die in der westlichen Presse hochgespielt und als tapfere Kämpfer und Märtyrer für die Freiheit hingestellt wurden, hat er Kritik geübt an den bestehenden Verhältnissen in der Sowjetunion. Aber nicht nur an den bestehenden Verhältnissen, sondern mehr noch an der Sowjetunion unter Lenin und Stalin. In seinem letzten Buch "Der Archipel Gulag" stellt er die ganze Geschichte des Sowjetsystems unter Lenin und Stalin als eine Geschichte von Unterdrückung und Unmenschlichkeit dar. Die westliche Presse und die bürgerlichen Politiker stellen seine Deportation als "Rückkehr zu stalinistischen Methoden" und als ungeheure Verletzung der Menschenrechte dar.

Arbeiterklasse und Volk werden brutal unterdrückt

Es stimmt, daß das heutige sowjetische Regime jeden Widerstand und jede Opposition brutal unterdrückt und seine Herrschaft mit faschistischen Methoden aufrechterhält. Tausende sitzen in den Gefängnissen, Arbeitslagern und "Irrenhäusern". Diese Unterdrückung richtet sich in erster Linie nicht gegen einige bürgerliche Schriftsteller wie Solschenizyn, sondern gegen die sowjetischen Arbeiter und Bauern, gegen das sowjetische Volk, das einen beharrlichen Kampf gegen die Diktatur der Breschniew und Konsorten führt. Aber von diesem Kampf und den Tausenden eingekerkerten Arbeitern und Bauern und fortschrittlichen Intellektuellen, die das gegenwärtige System in der Sowjetunion nicht angreifen, weil es sozialistisch ist, sondern weil es nicht mehr sozialistisch ist, weil es im Unterschied zur Zeit Lenins und Stalins die Farbe gewechselt hat und eine neue Bourgeoisie die Macht ergriffen hat - von diesen Tausenden hört man in der Presse nichts. Kein Wort erfährt man über diese wirklichen Vorkämpfer und Märtyrer der sowjetischen Arbeiterklasse und des Volks.

Kein Wort über die Kämpfe des Volks und die politische Arbeit illegaler kommunistischer Gruppen, die die Fortsetzer der Sache Lenins und Stalins sind.

Aber trotz der von Breschniew und Konsorten verhängten Nachrichtensperre und trotz des Desinteresses der westlichen Presse für die sowjetische Arbeiterklasse und das Volk sind Meldungen über den wachsenden Widerstand nach außen gedrungen. 1967 gab es in der Stadt Chimki Massenkämpfe gegen das Regime. Im November desselben Jahres führten tausende Arbeiter der Traktorenfabrik Charkow einen Streik durch. Im Mai 1969 veranstalteten Arbeiter der Wasserkraftstation Kiew eine Demonstration und trugen mit der Behörde einen heftigen Konflikt in der Wohnungsfrage aus. Im September 1972 legten tausende Arbeiter in Dnepropetrowsk die Arbeit nieder und demonstrierten. Sie besetzten die Büros der Sicherheitsorgane und zerstörten deren Archive. Sie kreisten das Stadtparteikomitee ein und forderten eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Streiks gab es in den letzten Jahren auch in den Städten Moskau, Leningrad, Schito-

mir, Nowotscherkask, Tscheliabinsk, Swerdlowsk.

Im Dezember 1970, als die polnische Arbeiterklasse sich erhob, brachen in Kaliningrad, Lwow und einigen Orten in Weißrußland Streiks zur Unterstützung der pol nischen Arbeiter aus. Während ihrer Streiks und Demonstrationen standen die Arbeiter und andere Werktätige sofort der politischen Unterdrückungsmaschinerie der neuen sowjetischen Bourgeoisie, der Polizei, der Armee und dem Staatssicherheitsdienst gegenüber. Gegen die Arbeiterstreiks, gegen die Volkskämpfe, gegen die Kämpfe der Unterdrückten nationalen Minderheiten, gegen die marxistisch-leninistischen Untergrundorganisationen gingen die sowjetischen Machthaber mit brutaler Gewalt vor, in Litauen z.B. wurden Fallschirmjägertruppen eingesetzt.

Warum konnte man von all dem kein Wort in den bürgerlichen Zeitungen des Westens lesen, obwohl diese Kämpfe das Regime weit mehr erschüttern, als die Tätigkeit einiger Schriftsteller, wie Solschenizyn?

Der Grund dafür ist, daß der Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes sich nicht gegen den Kommunismus richtet, sondern gegen den wiederhergestellten Kapitalismus. Nicht weil die Fabriken Volkseigentum und der Staat ein Arbeiterstaat ist, werden die sowjetischen Arbeiter zum Kampf gezwungen, sondern weil die Fabriken nicht mehr Volkseigentum, sondern in der Hand einer neuen Kapitalistenklasse sind, einer bürokratischen Monopolbourgeoisie neuen Typs, und der sowjetische Staat mit allen Mitteln deren Ausbeutungsregime aufrechterhält.

Der Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes hat das Ziel der Wiederherstellung der Arbeitermacht, die unter Lenin errichtet und unter Stalin gefestigt worden war. Und dafür hat die bürgerliche Presse und haben die bürgerlichen Politiker nicht die leiseste Sympathie. Im Gegenteil haben sie davor große Angst, denn es ist dasselbe Ziel, das die Geschichte auch der Arbeiterklasse der westlichen kapitalistischen Länder stellt.

»Rückkehr zum Stalinismus« ?

Von einer "Rückkehr zum Stalinismus" kann in der Sowjetunion keine Rede sein. Mit der Unterdrückung, die es in der Sowjetunion unter Lenin und Stalin gab, hat der faschistische Terror der neuen Kremlzaren nicht das geringste zu tun. Die Unterdrückung damals richtete sich ihrem Wesen nach nicht gegen die Arbeiterklasse und das Volk, sondern gegen die Versuche die Überreste der alten Ausbeuterklassen wiederherzustellen. Die Schläge des Sowjetstaates unter Stalin richteten sich nicht gegen die Arbeiter- und Bauernmassen, sondern gegen die Dorfbourgeoisie, die Ernten vernichtete und die Getreideversorgung der Städte sabotierte. Sie richtete sich gegen bürgerliche Ingenieure und andere Elemente, die die Produktion sabotierten und den Aufbau einer sozialistischen Industrie verhindern wollten. Sie richtete sich auch gegen solche ehemalige Parteiführer, die ins Lager des Klassenfeindes übergelaufen waren. Die Schläge Stalins richteten sich ihrem Wesen nach gegen solche Kräfte, die heute in der SU die Macht an sich gerissen haben. Dabei wird ein Kommunist nicht bedingungslos jeden einzelnen Schritt und jede einzelne Maßnahme des Sowjetstaates verteidigen. Zweifellos wurden Fehler gemacht. Diese Unterdrükkungsmaßnahmen haben längere Zeit die Eroberung der politischen Macht durch die Kräfte der Bourgeoisie verhindern können. Da sie aber nicht ständig mit einer umfassenden demokratischen Mobilisierung der Arbeiter- und Volksmassen verbunden waren , was auch ihre Form verändert hätte, konnten sie die Sowjetunion keineswegs auf die Dauer gegen die Eroberung der politischen Macht durch die Kräfte der Bourgeoisie schützen. Die chinesischen, albanischen und die Kommunisten in anderen Ländern , wo die Arbeiterklasse bereits die Macht erobert hat, haben die Lehren aus diesen Fehlern und aus der tragischen Entwicklung der Sowjetunion gezogen: nicht in erster Linie durch isolierte Maßnahmen des Staatsapparats, sondern durch die breite Mobilisierung der Massen und die Fortführung des Klassenkampfs können die Klassenfeinde rechtzeitig aufgespürt, von den Massen erkannt, isoliert und unschädlich gemacht werden, ehe sie nach der Macht im Staat greifen können.

Solschenizyn: Stützpunkt der westlichen Bourgeoisie in der SU

Im Gegensatz zu den Zielen der sowjetischen Arbeiterklasse ist Solschenizyn heute der bekannteste Repräsentant der Kräfte, die gegen das Regime der neuen Bourgeoisie sind, nicht weil sie die revolutionären Errungenschaften der Oktoberrevolution und der Arbeiterklasse wieder erringen wollen, sondern weil sie die ideologischen Vertreter der alten Bourgeoisie westlichen Typs sind. Wenn die Repräsentanten der neuen Bourgeoisie als Träger der politischen Macht und Herrschaft für die staatlich organisierte Ausbeutung der werktätigen Massen eintreten, so treten die Repräsentanten der alten Bourgeoisie für die klassische Ausbeutung ein. Wenn sie von Freiheit reden, dann meinen sie ihre liberale bürgerliche Freiheit, die die Freiheit auf Ausbeutung durch den Einzelkapitalisten zur ökonomischen Basis haben. Sie sind nicht gegen Ausbeutung und Unterdrückung, sondern sie wollen zurück zum alten Kapitalismus und dessen Ausbeutung und Unterdrückung. Sie sind die Ideologen der kapitalistischen Unternehmer, Händler, die endlich aus der Sphäre der Arbeitgeber von Schwarzarbeit und des Schwarzhandels herauswollen in der sie gegenwärtig noch ihre Profite scheffeln müssen. Die oppositionellen Intellektuellen wollen, daß diese Geschäfte legalisiert werden und ihnen der Heiligenschein der Unternehmerinitiative zuerkannt wird. Ihr Ideal ist die USA , Las Vegas und Chikago. Die Freiheit die sie meinen, ist die "Freiheit des Marktes", die die Arbeiterklasse der westlichen Länder zur Genüge kennt, und gegen die sie zunehmend den Kampf führt. Deshalb werden diese Kreise auch von der westlichen Bourgeoisie unterstützt und als Stützpunkte ausgenützt , um Einbrüche in den staatlich organisierten Kapitalismus der SU zu erzielen und so dem Eindringen westlichen Privatkapitals den Boden zu bereiten und es zu erleichtern. Leute wie Solschenizyn sind für die westliche Bourgeoisie Schachfiguren in ihrer Rivalität mit der sowjetischen Bourgeoisie neuen Typs. Deshalb werden sie in der SU angefeindet. Ihre scheinbare Stärke, die engen Verbindungsfäden mit dem Westen, ist in Wirklichkeit gerade ihre entscheidende Schwäche, denn sie schließt die Kehrseite der Medaille, ihre völlige Isolation vom sowjetischen Volk ein. Deshalb werden die Machthaber im Kreml so leicht mit ihnen fertig. Wenn sie eingesperrt oder abgeschoben werden, gibt es eine Zeitlang ein großes Geschrei in der westlichen Presse aber kein einziger sowjetischer Arbeiter oder Bauer rührt für sie einen Finger. Vor den Volksmassen haben die Kremlherren Angst, der Fall Solschenizyn ist ihnen nur peinlich. Und für die westliche Bourgeoisie haben diese bürgerlichen Intellektuellen nur Bedeutung, solange sie in der SU gegen das Regime auftreten. Sind sie abgeschoben und taugen nicht mehr als 'Symbol der Demokratie', verschwinden sie in der Versenkung. So ging es in den 60er Jahren Tarsis, so geht es heute Solschenizyn und morgen wird Sacharow zum Märtyrer der westlichen kapitalistischen Demokratie gemacht werden.

Für die sowjetische Arbeiterklasse und das Volk sind diese bürgerlichen Intellektuellen keine Verbündeten. Gegen die Kämpfe der Massen werden sie sich genauso stellen, wie sie sich gegen den Sozialismus unter Lenin und Stalin stellen. Diesen Kreisen gegenüber haben wir nicht die geringste Sympathie. Wir haben nichts übrig für Leute vom Schlage eines Solschenizyn, die die Zustände in faschistischen Ländern wie Griechenland, Portugal und Spanien ebenso wie die Gestapo Hitlers verharmlosen, die offen ihre Sympathie für den Zarismus, die reaktionäre russische Kirche und die russische Bourgeoisie, die durch die Oktoberrevolution hinweggefegt wurden, zeigen. Die sowjetische Arbeiterklasse kann sich mit diesen Kräften auch nicht zeitweilig und begrenzt zusammentun.

Das hindert uns nicht gegen die Unterdrückung der Solschenizyn und Co. aufzutreten. Wir sind für die Presse-, Rede-, und Versammlungsfreiheit, für die Streik-, Demonstrations - und Organisationsfreiheit in der Sowjetunion. Wir sind das, nicht damit Solschenizyn und seinesgleichen frei über den Kommunismus herziehen können, sondern damit die sowjetischen Arbeiter, Bauern und fortschrittlichen Intellektuellen bessere Bedingungen zur Vorbereitung und Organisierung des Kampfs gegen die wirtschaftliche und politische Macht der neuen Bourgeoisie haben. Wir sind das, gerade weil wir für den Kommunismus und gegen die neuen Kremlzaren sind. Unsere Sympathie und Solidarität gilt der sowjetischen Arbeiterklasse und dem sowjetischen Volk , gilt den marxistisch-leninistischen Zirkeln, die an der Spitze des Kampfs der Massen gegen die Herrschaft der neuen Bourgeoisie und für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats stehen und die das sowjetische Volk in eine neue Revolution führen werden, die das Banner des Sozialismus erneut im ersten sozialistischen Land der Welt aufpflanzen wird.

W.L.

EUROPA - Schwerpunkt des Ringens der beiden Supermächte

Die europäische Sicherheitskonferenz befindet sich in ihrer 2. Phase. Im Februar begannen neuerlich SALT-Gespräche, die Verhandlungen über die Truppenreduzierung in Europa gehen weiter. Zwischen Breschnew und Nixon wurde für dieses Jahr ein weiteres Zusammentreffen vereinbart, bei dem es sicherlich zum Abschluß einiger Verträge über "Frieden, Zusammenarbeit und Abrüstung" kommen wird. Diese zahlreichen Aktivitäten, die salbungsvollen Reden, die Abkommen, erwecken bei vielen Menschen den Anschein, als sei das Hauptmerkamal der gegenwärtigen Epoche tatsächlich die Entspannung, die Zusammenarbeit. Die Nahrung dieses Glaubens an den äußeren Schein ist aber auch die Furcht - die Furcht vor einem bewaffneten Konflikt im Herzen Europas. Nicht vergessen ist, daß 2 imperialistische Weltkriege von Europa aus ihren Anfang genommen haben und die Völker dabei um des Profites der Imperialisten wegen in Leid und Elend gestürzt wurden. Da gibt man sich gerne dem Schein hin, in der Hoffnung, die Wirklichkeit vor sich zu haben.

»Frieden und Zusammenarbeit«- erbitterte Imperialistische Politik

Nach wie vor befinden wir uns im Zeitalter des Imperialismus. Aggression und Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, Kriege bestimmen die Politik der Imperialisten. Wir dürfen uns nicht hinters Licht führen lassen, sondrn müssen die tatsächlichen Verhältnissen hinter dem Rauchvorhang von schönen Erklärungen und Beschwörungen aufspüren, nur so werden wir begreifen können was tatsächlich vor sich geht. Tun wir das, so werden wir sehen, daß nicht die friedliche Entwicklung, die Entspannung die Politik ist, die die Imperialisten betreiben, sondern daß der Kampf um die Vorherrschaft die Grundlage aller ihrer Machenschaften bildet.
Lenin hat nachdrücklich bei seiner Analyse der imperialistischen Gesetzmäßigkeiten darauf hingewiesen, daß man zum Wesen des Imperialismus vordringen muß, zu dem, was die Politik wirklich bestimmt, und nicht partikulare Erscheinungen verabsolutieren darf. "Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung "nach dem Kapital", "nach der Macht" vorgenommen - eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung; um zu begreifen, was vor sich geht, muß man wissen, welche Fragen durch Machtverschiebungen entschieden werden; ob diese Verschiebungen nun "rein" ökonomischer Natur oder ausserökonomischer (z. B. militärischer) Natur sind, ist eine nebensächliche Frage, die an den grundlegenden Anschauungen über die jüngste Epoche des Kapitalismus nichts zu ändern vermag. Die Frage nach dem Inhalt des Kampfes und der Vereinbarungen zwischen den Kapitalistenverbänden durch die Frage nach der Form des Kampfes und der Vereinbarungen (heute friedlich, morgen nicht friedlich, übermorgen wieder nicht friedlich) ersetzen heißt, zum Sophisten hrabsinken" Lenin, AW 1970, S. 240).

Die USA und die SU kämpfen um die Hegemonie

Der Aufschwung der Befreiungs bewegungen droht dem Imperialismus die wichtigste Stütze seiner Herrschaft zu entreißen: die Möglichkeit der Ausbeutung der Rohstoffe und Arbeitskräfte in den Kolonien und den formal unabhängigen, in Wirklichkeit aber völlig vom Imperialismus ökonomisch beherrschten Ländern. Niederlagen dieser Bewegungen an einzelnen Frontabschnitten sind nur zeitweilig und ändern nichts daran, daß die Herrschaft des Imperialismus seinem Ende entgegengeht. In den Metropolen der imperialistischen Staaten selbst kämpft die Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Gerade jetzt nimmt die Arbeiterbewegung einen neuen Aufschwung und wird mit jedem Tag bewußter. Die sozialistischen Länder mit China an der Spitze werden immer stärker. Der Imperialismus ist eben sterbender Kapitalismus er stirbt unter den Schlägen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker.
Die ungleichzeitige Entwicklung der einzelnen kapitalistischen Länder ist aber sowohl beim sich herausbildenden wie beim sterbenden Kapitalismus die Grundlage für die Politik, die die einzelnen imperialistischen Staaten miteinander als auch gegeneinander durchführen. Bestimmte Mächte gehen unter, verlieren an Bedeutung, andere steigen auf und verdrängen erstere. Der Verlauf der Konkurrenz, durch den das gestörte Gleichgewicht wiederhergestellt wird, kommt in eben diesem Auf und Ab zum Ausdruck. Dies geschieht durch "Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik"(Lenin, AW 1970 S. 168).
Im Zuge von 2 Weltkriegen haben die europäischen Länder ihre Vormachtstellung im imperialistischen System verloren. Fast gänzlich ihrer Kolonien beraubt, mußten sie zusehen, wie die USA sich als die unumschränkte Führermacht der imperialistischen Welt etablierten. Mit dem Machtantritt des Revisionismus in der SU ist aber eine Wende eingetreten. Die SU ist längst kein sozialistisches Land mehr. Die Bourgeoisie hat dort wieder die Macht an sich gerissen und den Kapitalismus restauriert. Damit ist Die SU zu einem imperialistischen Land geworden - zu einer imperialistischen Supermacht. Beide Mächte, beinahe gleich stark, stehen sich gegenüber und ringen um die Weltherrschaft. Das, und die Tatsache des Aufschwungs der Befreiungsbewegung, verschärfen natürlich die Widersprüche unter den Imperialisten. Die Konkurrenz ist unerbitterlich. Lenin hat darauf hingewiesen, daß "für den Imperialismus... der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie, d.h. nach der Eroberung von Ländern, "(Lenin, AW 1970 S. 253/54) wesentlich ist. Der Kampf um die Hegemonie bestimmt heute die Politik der beiden Supermächte. Kampf um Einflußspähren, Verdrängung des anderen, Umsturz, Aggression, das ist die Devise aller Imperialisten. Kooperation und Zusammenspiel schliessen sich dabei keineswegs aus. Sie sind aber nur von kurzer Dauer, eine Art Waffenstillstand für die nächste Runde des unerbittlichen Wettstreits.
Während die Zusammenarbeit - zur Unterdrückung der Revolution und zur Behinderung unliebsamer Konkurrenten - nur relativ ist, ist die Konkurrenz absolut.
Daß das der eigentliche Hintergrund aller Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten ist, läßt sich überall zeigen. Haben die Verhandlungen über die Abrüstung das Ende des Wettrüsten und die Abrüstung herbeigeführt? Keineswegs! Der neue Verteidigungshaushalt der USA beträgt 85,8 Mrd. Dolar; das sind gegenüber dem vorigen Jahr Mehrausgaben in der Höhe von mehr als 7 Mrd. Dollar. Bei der SU sehen die Steigerungsraten nicht anders aus. Ständig wird an der Verbesserung der Raketensysteme gearbeitet, Ein Vertragsbruch ist das beileibe nicht. Im Saltabkommen, mit dem eine Begrenzung der Raketenrüstung erreicht werden sollte, heißt es ausdrücklich, daß "eine Modernisierung und ein Auswechseln der strategischen, offensiven... Raketen und Startanlagen durchgeführt werden" kann. Bei der bereits erreichten ungeheuren Aufrüstung ist eine quantitative Steigerung nicht mehr sinnvoll, man begrenzt sie und läßt die qualitative Verbesserung zu. Um das ganze Abkommen aber schon von Anfang an ad absurdum zu führen heißt es in Artikel 15: "Jede der beiden Seiten hat in Ausübung ihrer staatlichen Souveränität das Recht, sich aus dem Vertrag zurückzuziehen, --- wenn außerordentliche Umstände ihre Interessen gefährdet haben". Da es sich bei diesen "Interessen" um imperialistische handelt, kann man sich denken, was solche Abkommen wert sind.

Europa ist der Schwerpunkt des Wettstreits

Zentrum dieses erbitterten Wettstreits ist Europa, das Kernland des Imperialismus. Ökonomisch und strategisch ist es von außerordentlicher Bedeutung. So sind die privaten Kapitalinvestitionen der USA in Europa z.B. von 1957 bis 1968 auf beinahe das 5-fache gestiegen. Die Investitionen in Europa machen ungefähr 1/3 aller amerikanischen Kapital anlagen im Ausland aus. Das in Europa konzentrierte Militärpotential entspricht dieser Tatsache ganz und gar. "Für den Imperialismus ist gerade das Bestreben charakteristisch, nicht nur agrarische Gebiete, sondern sogar höchst entwickelte Industriegebiete zu annektieren(...) denn erstens zwingt die abgeschlossene Aufteilung der Erde bei einer Neuaufteilung die Hand nach jedem beliebigen Land auszustrecken, und zweitens ist für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hehemonie, d. h. nach der Eroberung von Ländern nicht so sehr direkt für sich als vielmehr zur Schwächung des Gegners und Untergrabung seiner Hegemonie (...) (Lenin, AW1970, S. 253/54).
Nach dem2. Weltkrieg konnten die europäischen Länder nur mit Hilfe der USA die zerschlagene Wirtschaft wieder aufbauen und den Kapitalismus restaurieren. Seit damals rührt die enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit bzw. Abhängigkeit Europas von den USA her. Militärisch drückt sich das in der NATO aus, 1949 gegründet und eindeutig unter der Führung der USA

stehend.

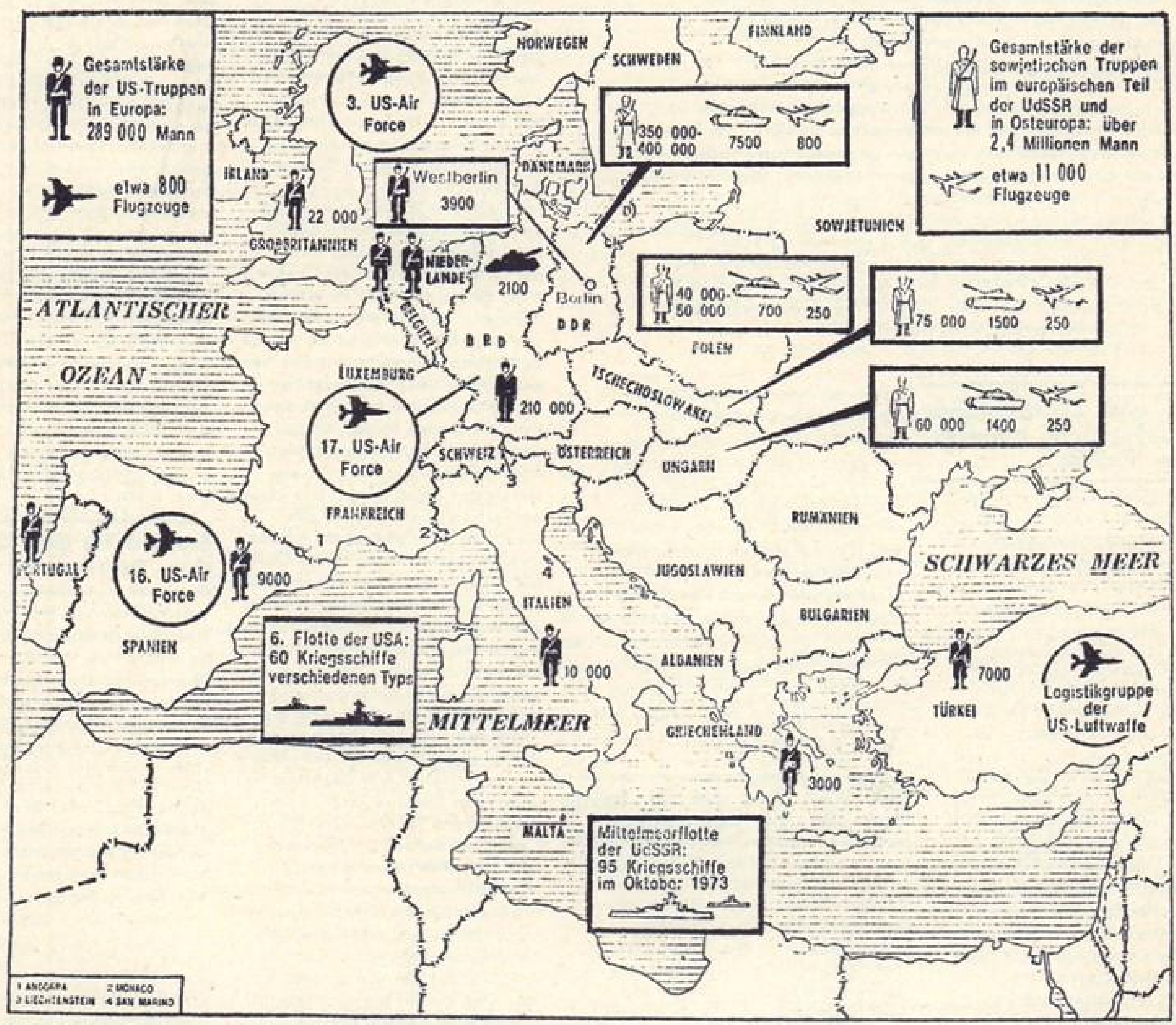
Seit damals aber ist 1/4 Jahrhundert vergangen und die ökonomische und politische Wirklichkeit hat sich mannigfaltig gewandelt. Die SU ist aus einem sozialistischen zu einem

dern. Der Streit geht nun darüber, wo vermindert werden soll und wo nicht, also wie man abzieht und doch gleichzeitig nicht abzieht. "Von den vorbereiteten Gesprächen über Truppenabrüstung in Europe, die im Jänner dieses Jahres eben-

status" nicht zuerkennen. Nunmehr ist auch Ungarn "Beobachterstaat"! (Volkstimme, 31. 10. 73)
Was es mit einer Abrüstung in Mitteleuropa auf sich haben kann, wenn Italien und Ungarn davon ausgenommen sind,

permacht die imperialistische Konkurrenz stark verschärfen. Diese neue Supermacht wäre sowohl für die USA als auch für die SU ein großes Hemmnis für die Durchsetzung der eigenen Interessen.
Der Kampf in Europa geht heu-

AMERIKANISCHE UND SOWJETISCHE TRUPPEN IN EUROPA



Sozialimperialistischen Staat geworden, der die Warschauerpaktstaaten zu ihen Vasallenstaaten gemacht haben. Mit dem Einmarsch in die CSSR 1968 hat die SU vollens ihren sozialimperialistischen Charakter entlarvt. Mit dieser Entartung ist sie auch dazu übergegangen nicht nur ihren Besitzstand in Osteuropa zu festigen und abzusichern, sondern ihre Arme auch nach Westeuropa auszustrecken. Diese Entwicklung ist gleichbedeutend mit dem Beginn der imperialistischen Konkurrenz zwischen den USA und der SU um Europa. Mehr sowietischer Einfluß ist mehr amerikanischer. Beide Interessen stehen sich diametral gegenüber. Bei den Gesprächen über die Truppenverminderung in Europa geht es eben darum: den anderen hiauszudrängen und selbst dazubleiben. Bei diesen Verhandlungen will man sich darüber einigen, die auf fremden Territorien stehenden Truppen der SU und der USA abzuziehen bzw. zu vermin-

falls in Wien begannen, unterscheidet sich nun die tatsächliche Konferenz v. a. in 2 wichtigen Punkten: Die NATO ließ die ursprüngliche Konferenzbezeichnung "MBFR" fallen. Es war hier vor allem um das B für "balanced" - ausgewogen- gegangen. Darunter verstand die NATO im wesentlichen, daß die Länder des Warschauer Vertrages stärker abrüsten sollten als der Westen , eben um"eine Ausgewogenheit" - in westlichen Augen- wiederherzustellen. Auch in der Frage der"Flankenstaaten" hat die NATO inzwischen nachgegeben. Es ging hier v. a. um Ungarn. Während die NATO Italien, Griechenland und die Türkei nur Beobachtungsstatus zuerkennen wollte, was bedeutete, daß die amerikanischen Truppen in diesen Ländern - ca 30 000 Mann - von der Abrüstung ausgenommen worden wären, wollte man Ungarn diesen "Flanken-

ja sogar neue Truppen dorthin verlegt werden könnten, ist offensichtlich.
Da die USA ihren Einfluß in Europa behalten wollen, die SU zusätzlichen Einfluß gewinnen will, stehen beide, wenn auch etwas unterschiedlich, der Herausbildung der EWG feindlich gegenüber. Die USA wollen, wenn überhaupt, eine Einigung der europäischen Länder nur unter ihrer Führung, ihren eigenen ökonomischen, politischen und militärischen Interessen untergeordnet. Die SU will diese Einigung überhaupt verhindern. Gelingt es ihr die USA aus Europa hinauszudrängen, den Zusammenschluß der europäischen Imperialisten zu verhindern, dann sind alle Voraussetzungen dafür gegeben, den eigenen Einfluß gewaltig auszudehnen und die USA im Kampf um die Hegemonie auszustechen. Gelingt aber der Zusammenschluß, so wird sich durch die Herausbildung einer meuen Su-

te darum , ob die USA ihren Einfluß behalten können, ob die SU ihren ausdehnen kann, oder ob die europäischen Länder sich zu einem Block mit eigenständiger Politik zusammenschließen werden können.
Lenin hat darauf hingewiesen: "Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die "fortgeschrittenen" und "zivilisierten" Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär"(Lenin, AW 1970, S. 167). Reaktionär, weil es ein Zusammenschluß zur Unterdrückung der Arbeiterklasse als auch zur Ausbeutung der unterdrückten Völker ist. "Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die vereinigten Staaten von Eu-

ropa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten. ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonjen gegen Japan und Amerika verteidigen könnte..."(ebenda S. 168). Wenn wir von der damaligen Konstellation der imperialistischen Mächte absehen, handelt es sich auch heute um genau dasselbe- den eigenen imperialistischen Einfluß gegenüber den anderen sichern und ausbauen. Die Einigung Europas wäre aber nur möglich bei Einschränkung der Konkurrenz durch eine europäische imperialistische Führungsmacht (Deutschland oder Frankreich)

Die Arbeiterklasse hat keinerlei imperialistische Interessen

Imperialistische Konkurrenz wird immer auf dem Rücken der arbeiterklasse und der unterdrückten Völker ausgetragen. Um sich günstige Ausgangspositionen im Kampf um die Aufteilung der imperialistischen Beute zu sichern, müssen die einzelnen Bourgeoisiei die ökonomische Ausbeutung und die Unterdrückung in ihrer eigenen Ländern verschärfen. Die Entwicklung der Widersprüche zwischen den Imperialisten zu verfolgen ist für die Völker Europas von größter Bedeutung. Es gibt sowohl die Machenschaften der beiden Supermächte zu verurteilen und zu bekämpfen als auch dem europäischen Imperialismus entgegenzutreten. Wir müssen jede Aggressions- und Kriegspolitik bekämpfen, ob sie nun von den Supermächten betrieben wird, oder von kleineren imperialistischen Mächten.

Zurückweisung jeglicher Einmischung durch irgendeine imperialistische Macht in Österreich,

Bekämpfung jeglicher Zusammenarbeit der österreichisch - en mit anderen Imperialisten, sowie einer eigenständigen imperialistischen Politik wie etwa im Iran.

Solidarität mit der internationalen Arbeiterklasse, und den unterdrückten Völkern in ihrem Kampf gegen Imperialismus und einheimischer Reaktion. P.M.



Truppenentflechtung am Suezkanal

Am Freitag, den 18. Jänner, wurde am Kilometerstein 101 der Straße Kairo-Suez zwischen Israel und Ägypten ein Abkommen über Truppenrückzug und Truppenentflechtung geschlossen. Laut den Bestimmungen der Resolution 338 des UNO-Sicherheitsrates soll die Truppenentflechtung der erste vorbereitende Schritt für die Aufnahme von Friedensverhandlungen sein.

Das unter der wachsamen Oberaufsicht Kissingers erzielte Übereinkommen sieht den Rückzug der israelischen Truppen auf ein Gebiet vor, das die gesamte Sinai-Halbinsel bis zu den Pässen Giddi und Mitla (nur 30 km östlich des Suezkanals) einschließt. Die Ägypter erhalten die gesamte Suezkanalzone zurück, einschließlich des Ostufers des Kanals. Zwischen den beiden Frontlinien sollen UNO-Truppen stationiert werden, die die Aufgabe haben, die Einhaltung des Waffenstillstandes zu überwachen.

Zum ersten Mal seit 1956 ist somit der gesamte Suezkanal seinem rechtmäßigen Besitzer rückerstattet worden. Erstmals in der Geschichte überhaupt sind die zionistischen Truppen dazu gezwungen worden, sich von der arabischen Front zurückzuziehen. Diesen Erfolg am Verhandlungstisch verdankt die ägyptische Delegation in erster Linie den großen militärischen Siegen, die die arabischen Soldaten im Oktoberkrieg errungen haben und der tatkräftigen Hilfe und Solidarität, die ihnen seitens der Volksmassen aller arabischen Länder während der Kriegstage bewiesen wurde. Der Rückzug der israelischen Truppen kann überhaupt nur erklärt werden, wenn man bedenkt mit welchem beispiellosen Heroismus, mit welcher Kampfentschlossenheit die arabischen Völker für ihr Ziel eintreten, alle 1967 besetzten Gebiete und schließlich ganz Palästina von der zionistischen Gewaltherrschaft zu befreien. Zugleich darf man nicht vergessen, daß der erstmalige Einsatz des arabischen Erdöls als politische Waffe gegen den Imperialismus und Zionismus diese Verhandlungen zusätzlich sehr positiv für Ägypten beeinflußt hat.

Der Rückzug der israelischen Truppen vom Suezkanal und dessen Rückgabe an Ägypten ist jedoch nur die eine Seite des Verhandlungsergebnisses. Zugleich nämlich werden den Ägyptern durch den Vertrag in jeder Hinsicht die Hände gebunden. Es ist ihnen nicht gestattet, mehr als 30 Panzerwagen und 7000 Soldaten am Ostufer des Suezkanals zu stationieren. Schwere Waffen und Angriffswaffen dürfen am Ostufer nicht in Stellung gebracht werden. Trotz des Rückzugs sind die Israelis nach dem Vertrag noch immer in einer weit günstigeren Situation. Einschränkungen bezüglich der Art der Rüstung der israelischen Truppen enthält der Vertrag nicht. Die Pässe Giddi und Mitla bleiben von den Zionisten besetzt. Von diesen beiden strategisch wichtigen Punkten der Sinaihalbinsel kann der Suezkanal bequem kontrolliert werden. Ebenfalls unter israelischer Besatzung bleiben die Erdölfelder der Halbinsel, die mit einer Förderung von 30 Millionen Tonnen jährlich heute bereits den Selbstbedarf Israels an Öl decken können.

Nichts deutet darauf hin, daß die neuen Waffenstillstandslinien kurzfristig und provisorisch sind im Hinblick auf einen vollständigen Abzug der Israelis aus den 1967 besetzten arabischen Gebieten. Israelische Stellen haben mehrmals versichert, daß sie im Gegensatz zur ägyptischen Regierung nicht der Ansicht sind, daß die Truppenentflechtung am Suezkanal der erste Schritt zu einem endgültigen und befristeten Abzug der israelischen Truppen vom ägyptischen Territorium ist.

Die Zionisten haben ihre grosse Zufriedenheit über den Vertrag bekundet, weil sie sehr genau erkennen, daß er der für Israel gegenwärtig beste Ausweg aus einer sehr bedrohlichen Situation ist. Sie streben heute einen Waffenstillstand an, der dauerhaft genug ist, daß sie in Ruhe wieder aufrüsten und neue Kriegsvorbereitungen treffen können. Israel braucht den Waffenstillstand aber auch deshalb, weil der Krieg zu großen Spannungen im Inneren geführt hat. Die israelischen Werktätigen leiden immer mehr unter der zionistischen Aggressionspolitik, die für sie nur immer wieder neue Lasten und neues Elend (Inflation von mehr als 11%, Lohnstopp, zwangsweise Verlängerung des gesetzlichen Arbeitstages auf 9 Stunden, Drosselung der Konsumgüterproduktion zugunsten der Rüstung) bringt. In gewisser Weise ist die Zustimmung der Zionisten, die Truppen vom Suezkanal zurückzuziehen, also auch ein Ergebnis des Drucks der Massen in Israel, die immer stärker den Frieden fordern.

Besonderen Grund zur Freude über den Abschluß dieses Vertrages haben die beiden Supermächte. Vor allem die USA, die ihren Einfluß in Ägypten beträchtlich erweitern konnten, aber auch die Sowjetunion, die sich von der angekündigten Wiedereröffnung des Suezkanals großen strategischen Nutzen erhofft. Die von den beiden Supermächten immer angestrebte und aufrechterhaltene Situation von "weder Krieg noch Frieden" wurde wieder voll hergestellt. Diese Situation ist die Grundlage dafür, daß die USA und die Sowjetunion ihre Vorherrschaft über diesen Teil des Nahen Ostens weiter festigen und ausdehnen können.

Sadat hat es ziemlich schwer, diesen ägyptisch-israelischen Separatvertrag vor den Massen und auch vor einigen anderen arabischen Regierungen zu verteidigen. Die palästinensische Befreiungsbewegung, die irakischen und syrischen Truppen, die zur Zeit des Abschlusses der Verhandlungen auf den Golan-Höhen dem israelischen Feind noch schwere Niederlagen zufügten, fühlen sich zu Recht von der ägyptischen Regierung verraten. Denn es ist Verrat, wenn man am Verhandlungstisch Zugeständnisse an den Feind macht, während günstige Bedingungen zur siegreichen Weiterführung des Befreiungskampfes bestehen. K.P.Sch.

Bolivien

AUFSTAND GEGEN DAS BANZERREGIME

Der Widerstand der Volksmassen gegen die Unterdrückung in Bolivien hat einen neuen Aufschwung genommen. Die Bauern, dem Regime gegenüber bisher loyal, haben den Kampf gegen das Banzerregime aufgenommen. Dem war eine Verschlechterung der Lebensbedingungen im ungeheuren Ausmaß vorangegangen. Die wichtigsten Grundnahrungsmittel wurden bis um das Doppelte angehoben, manche sogar um 150 %. Dies bedeutet für die Bergarbeiter, Landarbeiter und auch die kleinen Bauern eine Verdoppelung ihres Elends.

Das Banzer-Regime war 1972 durch einen Putsch gegen die nationalbürgerliche, fortschrittliche Regierung des General Torres an die Macht gekommen. Torres wollte mit der Abhängigkeit vom US-Imperialismus Schluß machen, der die Reichtümer des Landes - Zinn und landwirtschaftliche Produkte - hemmungslos ausbeutete und die Entwicklung einer selbständigen Volkswirtschaft verhinderte. Daher wurde er von den Reaktionären, unter unmittelbarer Mitwirkung der brasilianischen Gorillas und mit Unterstützung der USA gestürzt. Die Volksmassen organisierten und bewaffneten sich zu spät, so daß sie trotz wochenlangen Widerstandes und Tausenden von Todesopfern unterlagen.

Banzer errichtete ein blutiges Regime, das jede Opposition, auch innerhalb der Bourgoisie zu ersticken und die Revolutionäre systematisch auszurotten versuchte.

Durch einen Pakt mit den Bauern, dem "Pakt des Militärs mit den Bauern", gelang es ihm für einige Zeit, die Volksmassen zu spalten und zu schwächen. Dieser Pakt versprach den Bauern Entwicklung, Maschinen und materielle Unterstützung. Als Gegenleistung versicherten die Bauern, daß sie sich der Regierung gegenüber loyal verhalten würden.

Unter dem Regime Banzers verschlechterte sich der Lebensstandard der Massen systematisch. In den letzten zweieinhalb Jahren stiegen die Lebenshaltungskosten um 140 %.

Sofort nach der Ankündigung der letzten Preiserhöhungen streikten in La Paz 14.000 Arbeiter für 36 Stunden, am nächsten Tag schlossen sich 35.000 Minenarbeiter an. Am 21. und 22. Jänner traten in den beiden Städten La Paz und Cochabamba 50.000 Arbeiter in den Streik. Studenten und Hausfrauen veranstalteten Protestdemonstrationen.

Durch diese neuerliche Preistreiberei wurden auch die bisher loyalen Bauern schwer in Mitleidenschaft gezogen. Darüberhinaus hatten sich die Versprechungen Banzers als Seifenblase entpuppt. Vom Entwicklungsplan blieb nichts als ein Fetzen Papier. Als die Massenaktionen an Breite und Entschlossenheit gewannen, schlossen sich auch die Bauern an und übernahmen in der Region Cochabamba die Führung der Kämpfe. Sie errichteten Straßensperren und Barrikaden rund um die Großstadt Cochabamba und brachten damit den Großteil des Verkehrs in Bolivien überhaupt zum Erliegen. Die Bauern forderten die Rückgängigmachung der Preiserhöhungen, und wollten über einen Abbau der Barrikaden nur mit Banzer persönlich verhandeln. Für den Fall, daß sie von Polizei- und Militärkräften angegriffen würden, kündigten sie an, daß für die Bauern der Pakt mit dem Militär vorbei sei und daß sie den Kampf gegen diese Regierung aufnehmen würden.

Das Regime jedoch konnte sich ein Nachgeben nicht mehr leisten.



Der Bauernführer Inturias (rechts) des Blockadekomitees gibt eine Erklärung ab. Er ist von anderen Führern umgeben.



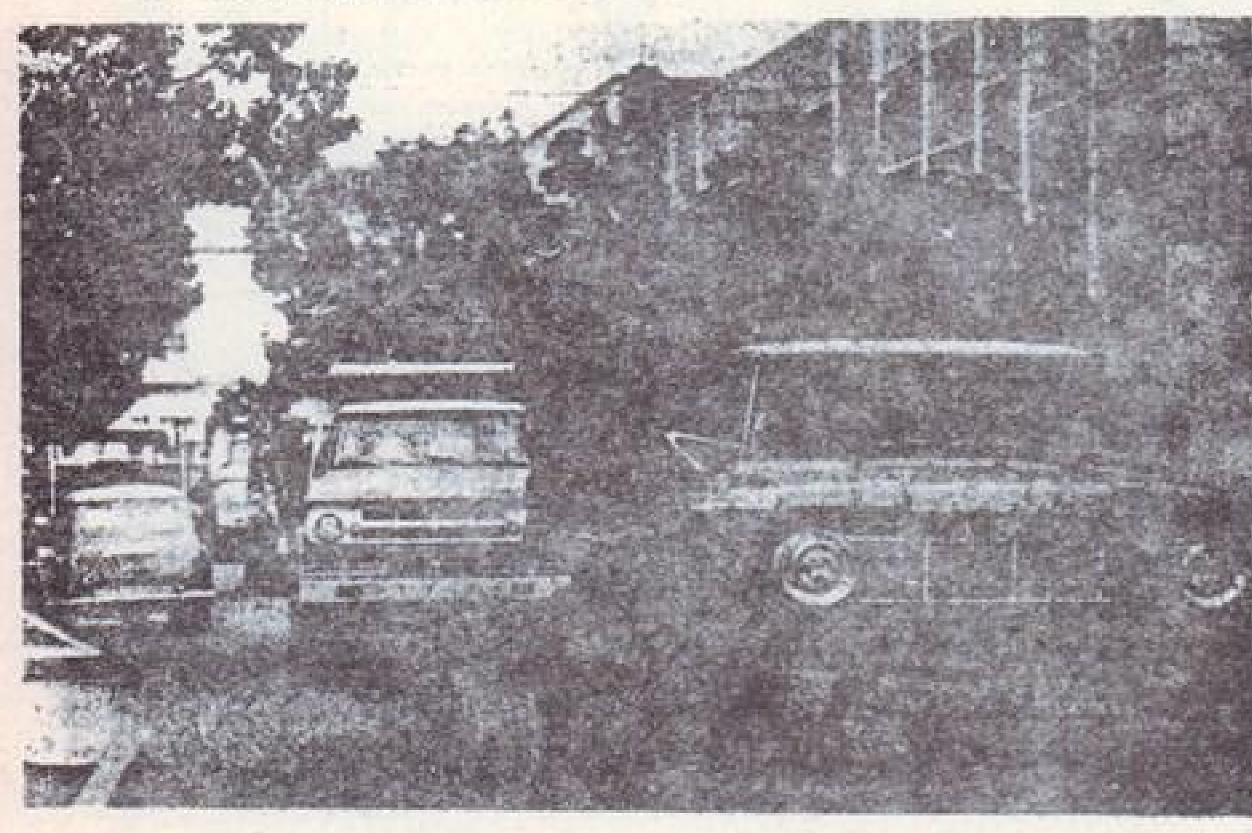
Blockierung einer der Zufahrtsstrassen von von Cochabamba durch die em empörten Bauern.

Zu schwach ist bereits seine Basis. Mit Panzern und Bomben versuchten die Reaktionäre den Widerstand zu brechen. Banzer selbst erkläre in einer Pressekonferenz, er werde mit allen gesetzlichen und notfalls auch außergesetzlichen Mitteln gegen diese angeblich "internationale" Verschwörung" vorgehen.

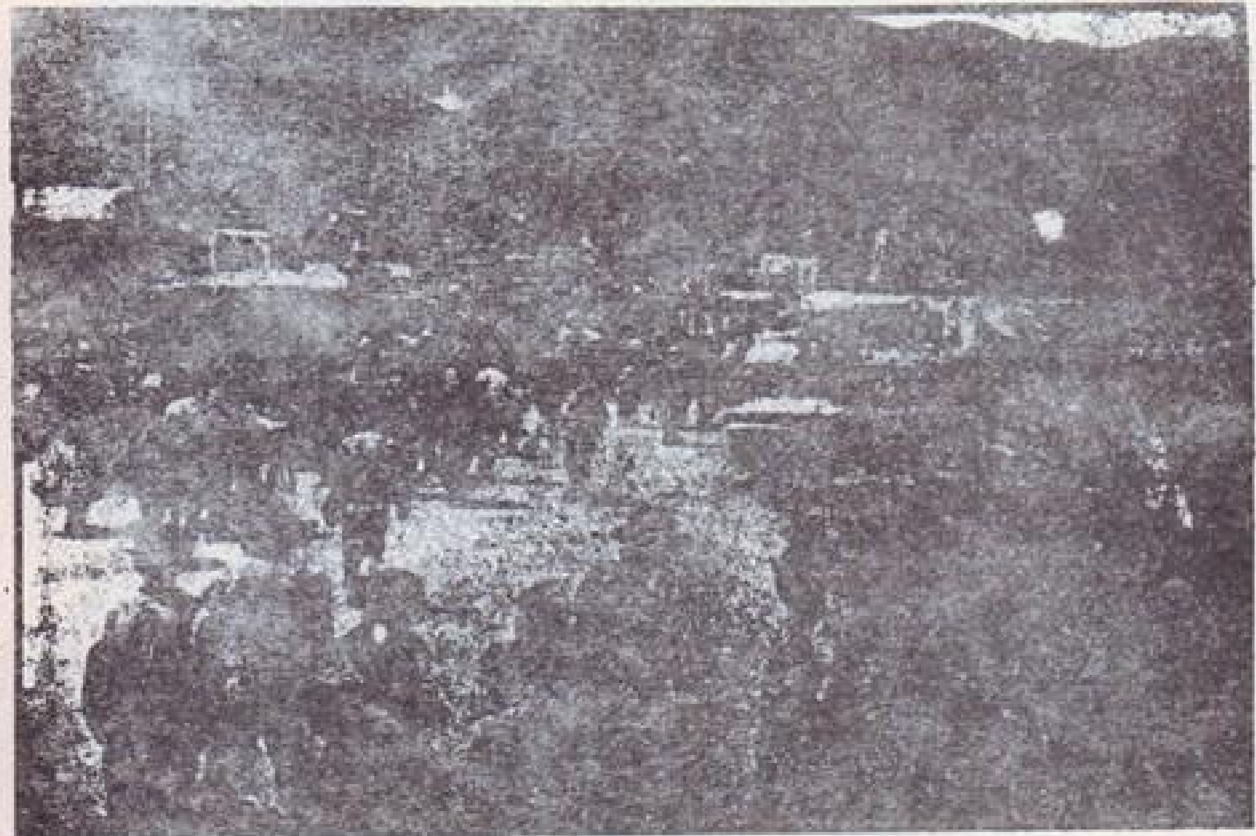
Mindestens acht Tote und eine große Anzahl Verletzter sind das Ergebnis der Terroraktion der Militädiktatur. Die Bauernführer wurden eingesperrt oder gingen in den Untergrund haben dort den Kampf gegen das Regime aufgenommen.

Die Basis des reaktionären Regimes ist äußerst schmal geworden und schwankt. Bisher konnten die bolivianische Kompradorenbourgoisie und der Imperialismus die Massen immer wieder niederschlagen, weil es ihnen gelang, die Minenarbeiter von den Landarbeitern, das Stadtproletariat von der Landbevölkerung, das Kleinbürgertum von der Arbeiterklasse zu trennen. Heute zeichnet sich jedoch von Tag zu Tag eine umfassendere und einheitlichere Kampffront gegen das Regime ab, reihen sich immer breitere Teile des Volkes in diesen Kampf ein. Das Kleinbürgertum, vertreten in der MNR (nationalrevolutionäre Bewegung) hat

dem Banzer-Regime die Unterstützung entzogen und hat sich mit den anderen politischen Organisationen der Arbeiterklasse und des Volkes auf einer einheitlichen Plattform zum Sturz des Regimes zusammengeschlossen.
Die ungeheure Verschlechterung der Lebenslage aller Teile des Volkes und die brutale Willkürherrschaft haben den Ansatz zur Überwindung der bisherigen Spaltung geschaffen. Die Ursache der elenden Lage liegt auf der Hand: Die Korruption und schrankenlose Blutsaugerei der Großgrundbesitze nd die imperialistischen Ausplünderer.



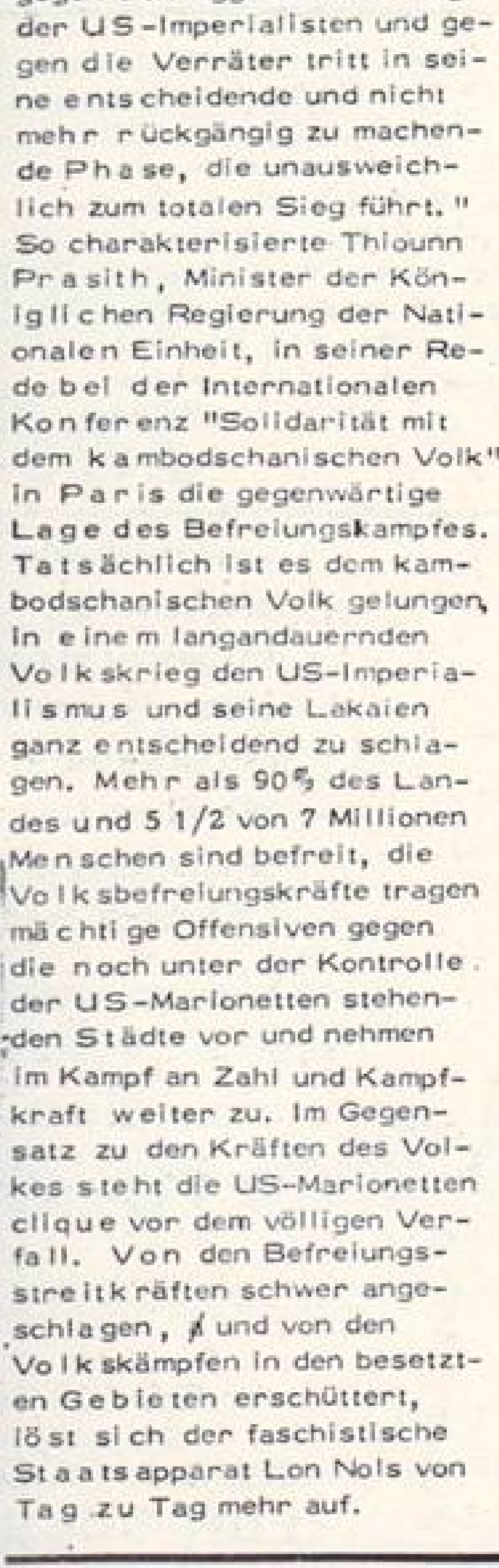
Die Regierung bringt Militär in die Zone von Cochabamba



Von den Bauern festgehaltene Lastwagen auf der Straße nach Cochabamba

Kambodscha:

DER ZUSAMMENBRUCH DER LON NOL -CLIQUE IST UNAUFHALTSAM



"Der Widerstandskrieg des kambodschanischen Volkes gegen den Aggressionskrieg der US-Imperialisten und gegen die Verräter tritt in seine entscheidende und nicht mehr rückgängig zu machende Phase, die unausweichlich zum totalen Sieg führt." So charakterisierte Thiounn Prasith, Minister der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit, in seiner Rede bei der Internationalen Konferenz "Solidarität mit dem kambodschanischen Volk" in Paris die gegenwärtige Lage des Befreiungskampfes.
Tatsächlich ist es dem kambodschanischen Volk gelungen, in einem langandauernden Volkskrieg den US-Imperialismus und seine Lakaien ganz entscheidend zu schlagen. Mehr als 90% des Landes und 5 1/2 von 7 Millionen Menschen sind befreit, die Volksbefreiungskräfte tragen mächtige Offensiven gegen die noch unter der Kontrolle der US-Marionetten stehenden Städte vor und nehmen im Kampf an Zahl und Kampfkraft weiter zu. Im Gegensatz zu den Kräften des Volkes steht die US-Marionetten clique vor dem völligen Verfall. Von den Befreiungsstreitkräften schwer angeschlagen, und von den Volkskämpfen in den besetzten Gebieten erschüttert, löst sich der faschistische Staatsapparat Lon Nols von Tag zu Tag mehr auf.

Das Volk und seine Armee zerschlagen die Lon Nol - Clique

Die militärische Initiative ist voll und ganz in den Händen der Befreiungsstreitkräfte. Die Lon-Nol-Truppen kämpfen nur defensiv, sie haben keine Kräfte mehr, um größere Operationen durchzuführen, da ihre Elitetruppen, die an den kritischen Punkten eingesetzt wurden, in den letzten Monaten aufgespalten und vernichtet wurden. Die Marionettentruppen haben riesige Verluste, durchschnittlich 10 000 Mann im Monat an Toten, Verwundeten und Gefangenen. Darüber hinaus desertieren ganze Garnisonen. Vor kurzem sind grosse Einheiten der Miliz samt Gepäck und Waffen in die befreiten Gebiete geflüchtet. Durch verschärfte Rekrutierungen (auch von Kindern) versucht Lon Nol die immer größer werdenden Verluste auszugleichen, aber es gelingt ihm nicht: vom 25. 10. 1973 bis Jahresende hätte die Marionettenarmee 25 000 Rekruten benötigt, konnte aber nur die Hälfte in die Armee zwingen.

In letzter Zeit beschossen die Befreiungsstreitkräfte mit ihrer Artillerie die strategischen Positionen des Feindes im Inneren Phnom Penhs. Die Geschosse fielen auf den "Präsidenten"palast Lon Nols, den Sitz des Kriegs"ministers" Sosthène Fernandez und auf die Hauptquartiere von Marine und Luftwaffe. Die Panzerkaserne, militärische Ausbildungslager, das Gebäude der Geheimpolizei und vor allem der Flughafen Pochentong waren weitere Ziele der Artillerieangriffe.
Um die Opfer unter dem Volk möglichst gering zu halten, fordert die F.U.N.C. über ihren Radiosender und über in allen Vierteln Phnom Penhs massenhaft verteilte Flugblätter das Volk auf, die Stadt zu verlassen und in die befreiten Gebiete zu kommen oder falls das nicht möglich ist, die Vierteln, in denen sich die Marionetten befinden, ihre Villen, ihre Kasernen, ihre Verwsltungsgebäude, usw., zu meiden.
Im Augenblick, als die Befreiungsstreitkräfte von allen Seiten ihre Angriffe auf Phnom Penh verstärkten, begannen im Inneren der Stadt ihre Spezialeinheiten Aktionen gegen die Volksverräter durchzuführen.
Am 18. Dezember 1973 warfen Befreiungskämpfer Handgranaten auf das Auto des Generals Thappana Nginn, wobei einige seiner Leibwächter getötet oder verwundet



wurden. Am 5. Jänner attackierten Guerillas Posten der Militärpolizei, wobei ebenfalls einige Volksfeinde getötet wurden. Am 6. Jänner überfielen sie die Residenz Sosthène Fernandez mit automatischen Waffen und Handgranaten, wobei Teile des Gebäudes schwer beschädigt wurden. In den Hauptstadt verschärfen sich die Widersprüche immer mehr. Seit Ende 1973, Anfang 1974 führen Arbeiter, Handwerker und Intellektuelle Kämpfe in verschiedensten Formen gegen den Reismangel, die riesigen Preissteigerungen (Reis ist seit dem Putsch um das 50fache teurer geworden, der Benzinpreis wurde vor kurzer Zeit um das dreifache erhöht) und gegen die faschistische Herrschaft um Demokratie.

Das Regime Lon Nol ist so isoliert und brüchig, daß der Korrespondent der Neuen Züricher Zeitung zugeben muß: "Das Regime hier kann kaum mehr umstürzen, denn spätestens seit letzten Sommer steht es nicht mehr, sondern schwebt bloß noch in der Luft auf einem von den Amerikanern gehaltenen Hilfenetz." (NZZ 12.1.74)

Der US-Imperialismus verstärkt seine «Hilfe»

Die USA intensivieren indessen ihre Hilfe für das Lon Nol Regime. Nixon schrieb vor einigen Wochen an Lon Nol.:"Die Vereinigten Staaten bleiben fest entschlossen, ihrem heroischen Defensivkampf jede mögliche Hilfe zu leisten. "(Nach Le Monde, 3o. 1.1974) Der US-Kongreß bewilligte für das Finanzjahr 1974 1 86 Millionen Dollar, das sind ca 40 Millionen mehr als 1973. Die ganze Zeit werden Piloten und neue Kampfflugzeuge aus Thailand, Saigon und Taiwan nach Phnom Penh gebracht. Nach einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuter griff ein US-Flugzeug auch wieder direkt in die Kämpfe ein, als es zum Schutz für einen Versorgungskonvoi Stellungen der Volksstreitkräfte am Mekong bombardierte. Der US-Imperialismus versucht mit allen Mitteln, seine Stellung in Phnom Penh zu halten. Die Gefahr, daß die Hauptstadt dem Erdboden gleichgemacht wird, wenn Lon Nol endgültig fällt, ist groß. Für das kambodschanische Volk kommt es daher darauf an, die herrschende Clique unter Vermeidung unnötiger Verluste, zu stürzen. Deswegen auch die Aufforderung so weit es möglich in die befreiten Gebiete überzuwechseln und die Hauptstadt zu verlassen.

Nur die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes und die Anspannung aller Kräfte zur völligen Zerschlagung des Lon Nol -"Staats"apparats kann daher die völlige Befreiung und die Errichtung der Volksmacht in ganz Kambodscha bringen.

Da nun der Kampf des Kambodschanischen Volkes in einem entscheidenden Stadium ist, müssen wir diesen Kampf breit unterstützen und unseren Beitrag zur Isolierung des amerikanischen Imperialismus leisten.

R.F. /Indochinakomitee Wien

AKTIONSAUFRUF DER PARISER KONFERENZ

Die internationale Konferenz zur Solidarität mit dem kambodschanischen Volk, die sich am 8. und 9. Dezember 1973 in Paris versammelte, empfiehlt nach der Annahme der politischen Erklärungen:

1) Die Weltöffentlichkeit von der Ernstheit der Situation in Kambodscha als Folge der amerikanischen Agression zu informieren und zu diesem Zweck:

- eine Woche der Solidarität mit dem Kampf des kambodschanischen Volks vom 17. bis 24. März 1974 zu organisieren,
- die Dokumente der FUNK zu veröffentlichen und zu verbreiten,
- Dokumente, Artikel, Studien, und anderes in den Zeitungen, Zeitschriften und verschiedenen Publikationen zu veröffentlichen,
- Plakate herzustellen, die sich auf die Ereignisse im Zusammenhang mit diesem Krieg beziehen,
- Informationskonferenzen und öffentliche Versammlungen zu organisieren,
- die Benützung amerikanischer Stützpunkte in verschiedenen Ländern zu brandmarken.

2) Den Kampf des kambodschanischen Volkes zu unterstützen:

- indem alle Völker aufgerufen werden, von ihrer Regierung - soweit sie es noch nicht getan hat - die Anerkennung der GRUNK und die Wiederherstellung ihrer legitimen Rechte in der UNO zu fordern
- indem in den verschiedenen Ländern Komitees der aktiven Unterstützung für den Kampf des kambodschanischen Volks und Gesellschaften der Freundschaft mit Kambodscha gebildet und verstärkt werden
- indem finanzielle und materielle Hilfe geleistet wird.

NIEDER MIT DEM US-IMPERIALISMUS!

WEG MIT DEM US-MARIONETTENREGIME LON NOLS!

FÜR DIE ERRICHTUNG DER VOLKSMACHT IN KAMBODSCHA!
ES LEBE DER SIEG IM VOLKSKRIEG!

FÜR DIE ANERKENNUNG DER G.R.U.N.C. DURCH DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG!

FÜR DIE WIEDERHERSTELLUNG DER LEGITIMEN RECHTE DER G.R.U.N.C. IN DER UNO!

KAMBODSCHA: SIEG IM VOLKSKRIEG

DEMONSTRATION 22. MÄRZ